

ANDRÉ LACIRE-LANGEVIN:
Ein Streik:
französisch in der Form,
europäisch im Inhalt

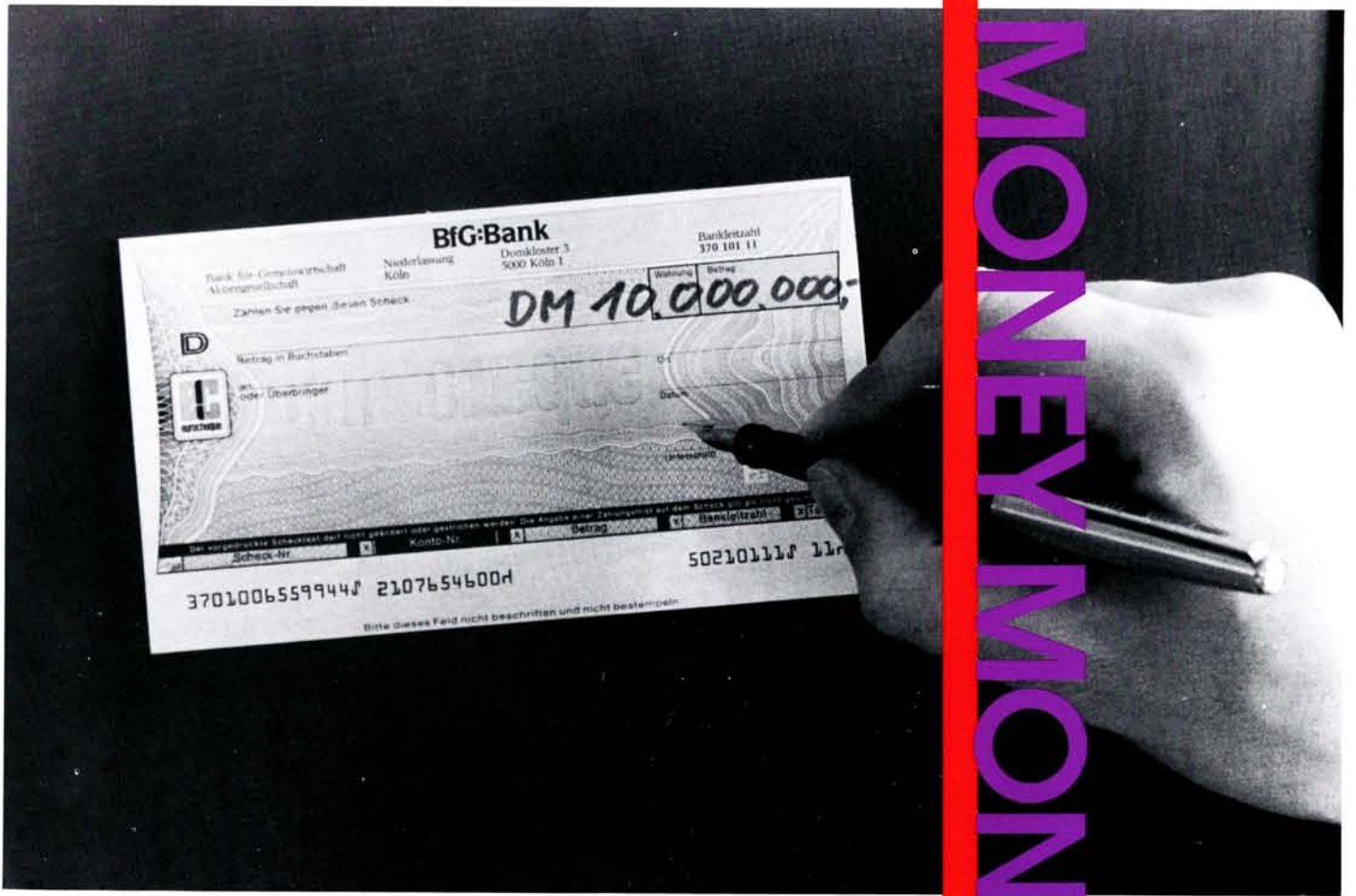
MARKUS MARTERBAUER:
Dominanz
der Finanzmärkte

MICHAEL BUCKMILLER:
Karl Korsch –
Erneuerer der
Marxschen Theorie

SOW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

MONEY MONEY MONEY



KURZUM

von Uwe Kremer

An dieser Stelle ist schon mehrfach eine Sicht kritisiert worden, die auf die „offizielle“ Politik und die Welt von Regierungen, Parlamenten und Parteitag fixiert ist. Demgegenüber sei die eigenständige und eher wachsende Bedeutung des „sozio-politischen“ Raumes zu betonen. Wobei ich mit „sozio-politisch“ jenen Raum meine, der durch soziale Bewegungen und Konstellationen gebildet wird. Ich möchte nun aus aktuellen Anlässen eine zweite Abgrenzung vornehmen, nämlich gegen diejenige Sichtweise, die sozio-politische Vorgänge nach ihrer „ökonomischen Vernunft“ beurteilt (und diese Sichtweise ist durchaus links wie rechts verbreitet). Die aktuellen Anlässe: Der französische Volksaufstand gegen „Maastricht“ und das deutsche „Bündnis für Arbeit“. Zwei sehr bemerkenswerte, wenngleich auch sehr unterschiedliche Vorgänge im sozio-politischen Raum. Gemeinsam ist beiden, daß sie mit „ökonomischer Vernunft“ bzw. der Frage, was ökonomisch richtig oder falsch ist, eigentlich nur wenig zu tun haben.

Das „Bündnis für Arbeit“ trägt z.B. ökonomisch gar nichts aus - das Arbeitsvolumen wird nicht vergrößert, die Binnennachfrage nicht gesteigert, eine zusätzliche Investitionsdynamik nicht in Gang gesetzt. Alles richtig, aber dennoch gibt es keine Alternative zu diesem Weg. Zur Lage: Die IG Metall und andere Gewerkschaften haben sich im Zuge von „Standortkrise“ und „Standortdebatte“ trotz mancher gravierenden Einbrüche noch einigermaßen in den Betrieben und Branchen halten und auch ihre Streikfähigkeit noch in bemerkenswerter Weise sichern können; aber die fortschreitende Erosion ihrer Basisstrukturen, Kampflinien und auch der Moral ist dennoch spürbar. Diese Erosion läßt sich nur stoppen, wenn in organisierter und geregelter Weise neue Spielräume für Kompromißbildungen auf betrieblicher, regionaler und Branchenebene geschaffen werden. Nicht aus Gründen

ökonomischer Vernunft, sondern um Handlungsfähigkeit auch unter miesen Bedingungen zu sichern. Dies hat teilweise den Charakter eines „geordneten Rückzugs“, um solide Auffanglinien in den Betrieben und Branchen zu bilden..
Kurzum: Das „Bündnis für Arbeit“ ist ein Gebot des klassenpolitischen Realismus.

Das Problem der gegenwärtigen Bündniskonstruktion liegt dabei m.E. auch nicht auf der Ebene der ökonomischen Argumentation - etwa bei der Frage, ob die IGM die „Lohnverzicht schafft Arbeitsplätze“-Argumentation der anderen Seite anerkannt habe (was sie nicht getan hat). Eines der Hauptprobleme liegt vielmehr in der Frage, ob damit tatsächlich gewerkschaftliche Machtpositionen (bzw. die von Betriebsräten) stabilisiert oder vielleicht sogar ausgebaut werden können (durchaus auch als Tausch gegen sozial- bzw. lohnpolitische Konzessionen). Hierum geht es bei der Frage von Beschäftigungsgarantien und Mehrarbeitsregelungen. Im letzteren Falle ist es aber möglicherweise so, daß eine sozial erwünschte vollständige Reduzierung von Mehrarbeit die bisherige Machtposition von Betriebsräten (aufgrund ihrer Mitstimmungsrechte) untergräbt... Hierbei liegen dann schon jene auf der innergewerkschaftlichen Lauer, die aus der Not eine Tugend machen wollen und denen es eben nicht um klassenpolitischen Realismus, sondern sozialpartnerschaftlichen Illusionismus geht. In welche Richtung der Zug fährt, hängt auch und gerade davon ab, ob die Gewerkschaftslinken das Terrain des „Bündnisses für Arbeit“ ohne die bisherige Scheu betritt.

Doch zurück zur Frage der „ökonomischen Vernunft“ und nun zu Frankreich: „Der Hintergrund der aktuellen sozialen Bewegung ist die unerträgliche Spannung, die eine an Maastricht orientierte Politik der Gesellschaft auferlegt“, so wird der Historiker und Ökonom (und Wahlkampfberater von Chirac) Emmanuel Todd im Handelsblatt zitiert. Und der ehemalige sozialistische Parteichef, Henri Emmanuelli, bringt die Sache auf den Punkt - *kurzum: „Unter einem gewissen Aspekt ist die derzeitige soziale Bewegung die erste Revolte gegen die Internationalisierung der Wirtschaft“.* Ökonomisch gesehen halte ich allerdings die Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion für einen zweifellos „vernünftigen“ Vorgang, der die Bedingungen für eine künftige wirtschaftliche

und insbesondere auch investive Dynamik erheblich verbessern würde. Insofern wäre die französische Rebellion vielleicht sozial-moralisch gesehen sympathisch, aber ökonomisch gesehen Blödsinn. Aber die Frage ist, wie und vor welchem Hintergrund eine Sache wie „Maastricht“ ins Verhältnis zu den Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen der Bevölkerung gesetzt wird. Was ökonomisch eigentlich vernünftig ist, wird im vorliegenden Fall sozial gesehen erst dadurch trag- und beherrschbar, daß es zunächst bekämpft wird (während der überwiegende Teil der hiesigen Linken zwar natürlich auch soziale Konvergenzkriterien wünscht, dies aber nicht zur Bedingung seiner Zustimmung zur Wirtschafts- und Währungsunion macht und im übrigen die Internationalisierung unter der Abteilung „damit muß man leben“ abhakt).

Anders herum: Entscheidend ist nicht eine ökonomische Lösung an und für sich, genausowenig wie eine offizielle politische Entscheidung (auf Parteitagen und in Parlamenten) an und für sich entscheidend ist. Entscheidend ist vor allem, inwieweit die Handlungsfähigkeit von sozialen Bewegungen und Kräften gewährleistet bzw. entwickelt wird, so daß die „Massen“ nicht Objekt von ökonomischer oder politischer „Vernunft“ bleiben, sondern selbstbewußt formulieren, was sie für vernünftig halten. In Frankreich kann es sein, daß aufgrund der mangelnden Organisiertheit in der Breite doch wieder die faktische Unterwerfung der aufbegehrenden Volksschichten hergestellt wird. In Deutschland kann es sein, daß der organisierte Versuch, sich bzw. vor allem den Betriebsräten über ein „Bündnis für Arbeit“ Handlungsfähigkeit zu verschaffen, zur Einordnung in den „Standortblock“ führt. Wir reden über zwei sehr verschiedene Vorgänge - gewiß. Nichts wäre allerdings fataler, als sie gegeneinander auszuspielen - also die französische Bewegung der deutschen „Sozialpackelei“ entgegenzuhalten oder das auf einer relativen gewerkschaftlichen Stärke (im internationalen Vergleich) gegründete „Bündnis für Arbeit“ dem desaströsen Zustand der französischen Gewerkschaften (zumindest im Privatsektor). Die Bedingungen sind zu unterschiedlich. Aber Zukunftsfähigkeit der Linken entwickelt sich m.E. nur über mutige Operationen im „sozio-politischen“ Raum - und das ist das, was beide (noch) gemeinsam haben.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Diether Dehm (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Bremen)
 Kurt Neumann (Berlin)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Hannover)

Redaktion:

Thorsten Cabalo
 Ulrike Hensel
 Heiner Kockerbeck
 Christoph Meyer
 Silvia Rosendahl
 Reinhold Rünker
 Ralf Schmitz
 Stefan Schostok
 Georg Schulze
 Joachim Schuster
 Norbert Sprafke
 Barbara Underberg
 Claudia Walther

Redaktionssekretär

Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresienstraße 26, 44289 Dortmund
 Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)
 Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)
 Telefax 02 31/40 24 16
 E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de

Geschäftsführung:

Andreas Bach
 Ulla Saß
 Hans-Peter Schulz

Konto des Verlages:

Postgiroamt Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-
 ermäßigtes Jahresabonnement
 (für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose) DM 49,-,
 Auslandsabonnement DM 61,-.

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Manuskripte sollen in
 Maschinenschrift und mit einem aus-
 reichenden Rand versehen sein.
 Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
 Diskette mit einem Ausdruck geliefert
 werden (MS-DOS-Textverarbeitungs-
 system, 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll).

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1996.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Titelfoto:

Stephan Hoppe, Köln

Satz und Gestaltung:

Judith Nußbaum, Köln

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1-3 Tausend, Januar 1996

Uwe Kremer

kurzum 2

MAGAZIN

André Lancire-Langevin

Ein Streik: französisch in der Form, europäisch im Inhalt 4

Andreas Schieder

Österreich - nach der Wahl 6

Rüdiger Brandt

Wohin geht die Reise, Herr Fischer? 8

SOZIALSTAAT

Dieter Dohmen

Ausbildungsförderung - quo vadis? 10

STADT-POLITIK

Hans Günter Bell

Auf dem Weg zum ökologischen
 und solidarischen Stadtumbau? 13

spw-intern 16

GEWERKSCHAFTS-POLITIK

Barbara Underberg

Volkswagen: Innovative Unternehmensstrategie
 oder modernisierter Klassenkampf? 17

MAASTRICHT II

Detlev Samland

Europa als linkes Zukunftsprojekt 21

Albert Statz, Christian Sterzing

Integration ist kein Selbstzweck 24

REGISTER 94/95

spw-Jahresregister 1994/95 27

MONEY MONEY MONEY

Thomas Westphal

Einleitung zum Schwerpunkt 35

Markus Marterbauer

Dominanz der Finanzmärkte -
 Perspektiven der Wirtschaftspolitik 36

Olaf Struck-Möbbeck

Bankenstrategien in der Bundesrepublik Deutschland 41

Werner Rügemer

Die Ökonomie des schwarzen Lochs 47

Werner Ruhoff

Geld oder Leben 49

GESCHICHTS-POLITIK

Peter Reif-Spirek

Gute Zeiten für sozialdemokratische Hobbyhistoriker?
 Eine Replik auf den Beitrag von Peter/Sprafke in spw 85 53

THEORETIKER/INNEN

Michael Buckmiller

Karl Korsch - Erneuerer der Marxschen Theorie
 und früher Kritiker des Stalinismus 56

Ein Streik: französisch in der Form, europäisch im Inhalt

André Lacire-Langevin*

Man mußte nicht lange warten, um die Schwäche der Legitimität von Präsident Chirac zu ermessen. Beobachter hatten das bereits bei seiner Wahl im Mai letzten Jahres unterstrichen. Niemals hatte ein Präsident der Republik im ersten Wahlgang ähnlich wenige Stimmen erhalten (eine von fünf). Im zweiten Wahlgang gegen Lionel Jospin wurde er vor allem mit dem Slogan gewählt: "Nein zu einer dritten sozialistischen Amtszeit!". Den Sieg im ersten Wahlgang über den vormaligen Premierminister Edouard Balladur hatte er davongetragen, indem er einen Diskurs von einem sozialen Radikalismus entwickelte, der zuweilen den der Linken übertraf. Es war klar, daß der neue Präsident, sobald er einmal gewählt sein würde, seinen Wahlreden den Rücken zukehren würde. Seine Popularität in den Meinungsumfragen nahm rapide ab, mit Semesterbeginn nahmen die StudentInnen ihre Proteste auf. Sie wurden rasch abgelöst durch die Angestellten der öffentlichen Verkehrsbetriebe (Eisenbahn, Metro und Bus in Paris und der ÖPNV einiger großer Städte). Danach traten die Beschäftigten der Post, France Télécom, Elictricité de France und einiger anderer großer öffentlicher Unternehmen in den Streik. Auch die Staatsverwaltung war betroffen, wenn auch nur gemäßigt und episodisch.

Juppés Reformpläne

Das auslösende Element war die Ankündigung einer Reform der Sozialversicherung durch Premierminister Alain Juppé, vor allem die Infragestellung von Sonderregelungen für die Pensionierung von Staatsbediensteten. Die französische Sozialversicherung umfaßt mehrere Regime, die sich vor allem in den Regelungen für die Pensionierung unterscheiden. Für den privaten Sektor gilt theoretisch eine Altersgrenze von sechzig Jahren. Aber seit der Reform vom August 1993 sind 40 und nicht

mehr 37,5 Beitragsjahre für den vollen Rentensatz erforderlich. In Anbetracht der prekären Arbeitsmarktlage und des immer späteren Berufseintritts mit Festanstellung bedeutet das ein Rentenalter weit über sechzig oder lediglich eine Teilrente.

Die Regierung beabsichtigte, dieses Regime auf den öffentlichen Sektor auszudehnen, in gerader Fortsetzung der liberalen Reformen der letzten Jahre eine Harmonisierung auf dem niedrigsten Niveau. Im Privatsektor war die Reform fast unbemerkt durchgegangen. Sie wurde durch einfaches Dekret gewissermaßen heimlich mitten im Sommer in Kraft gesetzt, unmittelbar nach der Wahlniederlage der Linken bei den Wahlen zur Nationalversammlung im März 1993. Vor allem jedoch wirkten sich die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung in den privaten Unternehmen und die dort herrschende Furcht vor Arbeitslosigkeit aus. Der öffentliche Sektor dagegen, wo die Gewerkschaften weiterhin verankert sind und die Beschäftigten eine Beschäftigungsgarantie besitzen, griff den ihm von Juppé hingeworfenen Fehdehandschuh auf. Er hatte dazu umso größere Veranlassung, als die Rentenpläne sich mit der Bedrohung des öffentlichen Dienstes durch Privatisierung und Deregulierung verzahnen. Nach einigen Wochen entschlossenen Streiks mußte sich der Premierminister zurückziehen und diesen Teil seines Plans völlig aufgeben.

Zu Beginn der Bewegung versuchte die regierende Partei, die gaullistische RPR, die öffentliche Meinung durch die Schaffung von "NutzerInnenkomitees" gegen die Streikenden zu mobilisieren. Meinungsumfragen während des Streiks zeigten das vollständige Scheitern des Manövers; sie ergaben eine mehrheitliche Unterstützung für den Streik trotz extremer Schwierigkeiten bei der Fortbewegung in den großen Städten, vor allem in der Region Paris. Unterstützung in einem Ausmaß, daß man sagen konnte, daß auch die Beschäftigten des Privatsektors "durch Vollmachterteilung streikten".

Die politische Dimension

Rasch nahm der Streik eine "politische" Wendung, dies nicht in dem Sinne, daß der Sturz der Regierung bezweckt worden wäre, wohl aber in dem Sinne, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Frage gestellt wurde, die alle französischen Regierungen unter dem Druck des Liberalismus seit mehr als fünfzehn Jahren verfolgen. Über die Änderung der Vorruhestandsregelungen hinaus sieht der Plan Juppé eine neue Abgabe von 0,5% auf alle Einkommen, darüber hinaus eine Besteuerung der Familienzuweisungen vor, also einen weiteren Aderlaß bei der Kaufkraft. Durch die Popularität des Streiks drückte die Gesellschaft ihre Ablehnung weiterer Angriffe auf die Lebensbedingungen der Menschen im Namen einer Zukunft aus, wo sie keine Zukunft sieht. Abgelehnt werden nicht nur die Zumutungen des Plans Juppé, sondern ein Weiterschreiten auf dem Weg des Liberalismus und der Standortpolitik, wenn das mehr ungesicherte Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse bedeutet, mehr Arbeitslosigkeit, eine weitere Infragestellung öffentlicher Dienste, sozialer Sicherheit und kollektiver Abmachungen. Ein Verlangen nach Politik, ein Verlangen nach Sinn, brach sich Bahn: Wohin gehen wir, für welche Zukunft sollen wir, gegebenenfalls, in der Gegenwart Opfer bringen? Welche Gesellschaft wird für unsere Kinder vorbereitet?

Der Widerstand gegen die Liquidation der Sozialversicherung und des öffentlichen Dienstes ist ein guter Indikator für diese Geisteshaltung. In Frankreich materialisiert sich ihnen die Republik mit großem "R", die Bindungskraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Gleichheit (auch sie mit großem "G"), das Mittel, um allen BürgerInnen die gleichen Rechte zuzusichern. Sie sind ein Element der nationalen Identität, ebenso wie der "Sozialstaat" und die Mark Bestandteile der deutschen nationalen Identität sind. Zur Rechtfertigung ihrer Angriffe auf die Sozialversicherung und den öffentlichen Dienst berief sich die Regierung auf die Notwendig-

* André Lacire-Langevin ist Herausgeber der französischen Zeitschrift "Démocratie". Die Übersetzung besorgte Thorsten Cabalo.

keit, die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrags zu erfüllen (vor allem diejenigen, die sich auf die Defizite der öffentlichen Hände beziehen), und die "Brüsseler" Vorgaben für die Liberalisierung von Staatsmonopolen.

Streik gegen Maastricht?

Auf der Rechten und der äußersten Rechten, aber auch auf der Linken, glaubten nun einige, in der Bewegung einen Streik gegen Maastricht entdecken zu können. Ist das der Fall? Ja und nein, denn die Formel ist doppeldeutig: ja, insofern sich der Streik gegen den Liberalismus richtete, dessen Zeichen der Kompromiß von Maastricht trägt, nein, insofern die Bewegung nicht die europäische Konstruktion als solche im Sinne eines Rückgangs auf das Nationale zurückwies. Es gibt in Frankreich keine Mehrheit für einen Rückgang auf das Nationale, es gibt eine Mehrheit gegen den Liberalismus.

Der Vertrag von Maastricht hat die Deutschen gegen eine Währung versichert, die weniger hart als die Mark sein würde. Die Franzosen kennen die deutsche Geschichte und verstehen, welche Bedeutung ihre Nachbarn der Geldwertstabilität zumessen. Sie hängen diesem Ziel sogar selbst an, sofern und sobald es in den Dienst des sozialen Fortschritts gestellt wird (selbst wenn sich die europäische Konzeption der Geldwertstabilität derzeit vor allem dem liberalen monetaristischen Dogma verdankt). Nachdem die Geldwertstabilität garantiert wurde, muß Europa soziale Garantien abgeben. Die Währungsunion muß mit einer Sozialunion verbunden werden. Auf der Ende März in Mailand beginnenden Regierungskonferenz ("Maastricht II") müssen die Erhaltung und Entwicklung des öffentlichen Dienstes in die Fundamente der europäischen Union eingeschrieben werden. Dies würde dazu beitragen, der europäischen Konstruktion eine neue Dynamik zu verleihen, indem auch die Völker in sie einbezogen werden. Das Interesse der BürgerInnen der anderen europäischen Staaten für die französische soziale Bewegung zeigte, daß sie alle den sozialen Errungenschaften, der sozialen Sicherheit und den öffentlichen Diensten, die Rechtsgleichheit garantieren, anhängen.

Der Streik und seine Popularität waren Ausdruck des sozialen Protests ge-

gen eine arrogante Regierungsmethode, für mehr Demokratie, Verantwortung und Autonomie, gegen einen in Allmachtsphantasien befangenen Staat (tout-Etat). Man hat in Deutschland wahrscheinlich Mühe, sich eine Regierung vorzustellen, die über einen Plan von solcher Bedeutung entscheidet, ohne zuvor mit irgendjemandem Rücksprache zu halten, weder mit den Gewerkschaften noch mit den Parlamentariern noch mit den Vertretern der Sozialversicherten. Das ist dennoch das, was Juppé zu tun versuchte. Das hängt wahrscheinlich mit "französischen Besonderheiten" zusammen, auf die wir nicht recht stolz sein können, die berühmte Schwäche der Gewerkschaftsbewegung und die Tradition des Eatismus, zumal im Gewande des Bonapar-

Es gibt in Frankreich keine Mehrheit für einen Rückgang auf das Nationale, es gibt eine Mehrheit gegen den Liberalismus.

tismus, wie er in den von General de Gaulle gegründeten Institutionen der Fünften Republik Gestalt annimmt.

Soziale Demokratie entwickeln!

In Begriffen sozialer Beziehungen versteht man leicht, wie ein Fehler den anderen nährt. Die etatistische Tradition in Frankreich ist tausend Jahre alt; seit dem ersten Kapetinger-König ist es der Staat, der die Nation schafft und nicht die Nation, die ihren Staat errichtet, wie es in Deutschland der Fall war. Zur Zeit des Aufstiegs der Arbeiterbewegung in Frankreich ließ der Staat, in der Hand von ländlichen Notabeln und Rentiers, den gesellschaftlichen Akteuren wenig Raum. Er rief das Mißtrauen der Arbeiterbewegung hervor; der "revolutionäre Syndikalismus" drängte sich auf, der per definitionem in einer Minderheitsposition verbleibt, dem System streitbar und unversöhnlich gegenübersteht. Diese Tradition setzte sich in der kommunistischen Mehrheitsströmung in der Gewerkschaftsbewegung fort. Man muß sich ins Gedächtnis rufen, daß die CGT die Einrichtung der

Sozialversicherung nach dem Zweiten Weltkrieg bekämpfte. Im Gegenzug konnten der Staat und die Unternehmerschaft die "unverantwortlichen Gewerkschaften" denunzieren und sich konstant weigern, ihnen irgendwelche Verantwortlichkeit anzuvertrauen. Da die Interessenkonflikte keine Lösung innerhalb der sozialen Demokratie finden, ist die soziale Explosion oft das einzige Mittel, sich Gehör zu verschaffen. Was die öffentliche Gewalt in der Regel dazu bewegt, ihre Vorhaben schlicht und einfach aufzugeben, um sie zu einem späteren Zeitpunkt durchzuschmuggeln.

Frankreich hat in Angelegenheiten der politischen und sozialen Demokratie viel zu lernen. Die Fünfte Republik hat keine Antwort auf das Verlangen der BürgerInnen nach mehr Verantwortung, Initiative, Autonomie. Die Gesellschaft erstickt unter diesem Regime erschlicher Souveränität. Man muß Macht und Verantwortlichkeiten an die gesellschaftlichen Akteure delegieren. Wenn dieser Streik an die Bewegung vom Mai 1968 erinnerte, wie man gesagt hat, dann in dieser Forderung nach Öffnung, nach Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Ohne Zweifel muß die Gewerkschaftsbewegung einen Ausweg aus ihrer "Balkanisierung" finden, die sie als Ergebnis einer vergangen Epoche mit sich herumträgt, und eine Neubestimmung ihrer Rolle in der Absicht wagen, sich gegenüber den abhängig Beschäftigten insbesondere des Privatsektors zu legitimieren.

Die demokratische Entwicklung Frankreichs könnte durch eine Entwicklung der europäischen Institutionen in dieselbe Richtung ermutigt werden. Von einer Angelegenheit der Märkte, der Industriellen und der Beamten muß Europa die Angelegenheit der Völker werden. In Richtung einer politischen Union zu schreiten, heißt, den BürgerInnen die Mittel in die Hand geben, einen wirklichen Einfluß auf Entscheidungen auszuüben, sie nicht den Händen der Zentralbank oder eines anderen nicht legitimierten Machtorgans zu überlassen. Die europäische Linke könnte erneut zu einer Identität finden, wenn sie anlässlich der Konferenz zur Revision des Maastricht-Vertrags präzise Vorschläge formulierte, die sowohl den liberalen Kurs umkehren als auch den BürgerInnen der Nationen, aus denen es besteht, erlauben, Europa zu erbauen, ihr gemeinsames Schicksal in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Österreich - nach der Wahl

von Andreas Schieder*

Wien, Sonntag 17. Dezember, 20 Uhr: Bei klirrender Kälte und eisigem Regen fanden sich über 1000 Menschen zum Feiern bei der SPÖ-Zentrale hinter dem Burgtheater. Diese Feiern sind wohl auch Ausdruck von Erleichterung. Eine Woche vor der Wahl war die SPÖ in den Umfragen zwar auch stärkste Partei, allerdings ließ die große Zahl unentschlossener Wähler (25%) alles befürchten. Seit 1979, als Bruno Kreisky ein Ergebnis von über 51% einfahren konnte, hatte die österreichische Sozialdemokratie bei keiner Wahl Stimmen und Mandatsgewinne verzeichnen können. Besonders schmerzhaft war der historische Tiefstand 1994 bei 34,9% (65 von 183 Mandaten). Aber so schnell ändern sich die Zeiten: Dieselbe SPÖ, die eben 1994 die große Verliererin war, ist nun die einzige Gewinnerin. Und das obwohl sie in den Sommerumfragen bereits unter 30% gefallen war und auch während des Wahlkampfes ein Kopf an Kopf Rennen mit ÖVP und FPÖ prognostiziert wurde.

Das Endergebnis lautet: SPÖ 38,6% (+3,7%), ÖVP 28,3% (+0,6%), FPÖ 21,9% (-0,6%), Grüne 4,8% (-2,5%), Liberale 5,5% (-0,5%). In Mandaten bedeutet das: 71 (+6) für die SPÖ, 53 (+1) ÖVP, 40 (-2) FPÖ, 9 (-4) Grüne und 10 (-1) Liberale.

Ursachen des Wahlergebnisses

Die Ursache für dieses Ergebnis ist die Polarisierung in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zwischen SPÖ und ÖVP. Das sind natürlich Fragen, bei denen Kleinparteien mit ihren gesellschaftlichen Positionen (oft bewußte Minderheitspositionen) nicht leicht punkten können. Die Grünen, die als größte Verliererinnen dieser Wahl bezeichnet werden können, haben zudem einen extrem entpolitisierten Wahlkampf geführt. In einer Auseinandersetzung um die wirtschaftliche Zukunft und das soziale Netz in Österreich einen Gutteil der Kampagne hindurch giftgrüne Plakate mit dem inhaltsleeren Hin-

weis, man solle „jetzt Farbe bekennen“ zu affizieren, ist wohl ein Drama für sich. Außerdem haben die Grünen alles auf ihre Spitzenkandidatin Petrovic gesetzt, die allerdings von einer TV-Konfrontation zur nächsten immer verkrampter wirkte und sich einen schweren Fehler in der Studiodiskussion mit Jörg Haider leistete. Sie bezichtigte Haider, seine Partei hätte im Parlament gegen ein Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeitgeber gestimmt, obwohl jede Zeitungsläserin und jeder Zeitungsläser wußte, daß die FPÖ in diesem Fall mit den Sozialdemokraten und Grünen für dieses Gesetz stimmte. Als in der Schlußphase des Wahlkampfes die Umfragedaten Verluste der Grünen

Daß die SPÖ Zugewinne verzeichnen konnte, läßt sich auf die Rückeroberung der sozialen Kompetenz durch die Sozialdemokratie zurückführen.

und eine Stabilisierung der Sozialdemokratie vorhersagten, versuchten sie zu retten, was zu retten ist und entdeckten die SPÖ als ihren Hauptfeind. Es wurde die Parole ausgegeben, „Vranitzky hat Österreich an den schwarz-blauen Abgrund geführt“, eine Parole, die ebenso grundfalsch wie unwirksam war.

Daß die Freiheitlichen erstmals mit Jörg Haider verlieren mußten, macht dieses Ergebnis erfreulich. Besonders erfreulich ist, daß die FPÖ in Wien überdurchschnittlich, nämlich über zwei Prozent verloren hat und die SPÖ sechs Prozent dazu gewonnen hat. Dieses Resultat hält auch im Detail was es verspricht. Gerade in den Gebieten Wiens mit hohem Ausländeranteil, seit den letzten Landtagswahlen bereits oft mit relativer FPÖ-Mehrheit, mußte die FPÖ Verluste hinnehmen und hat die SPÖ Zugewinne verzeichnen können. Das läßt sich auf die Rückeroberung der sozialen Kompetenz durch die Sozialdemokratie zurückführen. Jedoch konnte

sich die FPÖ als zweite Arbeiterpartei etablieren, laut Zielgruppenanalyse der Wochenzeitschrift NEWS haben 43% der Arbeiter SPÖ und 41% FPÖ gewählt. Auch wenn diese Daten hinsichtlich ihrer Genauigkeit und Verlässlichkeit mit Vorsicht zu behandeln sind, ein höchst alarmierendes Signal. Aber die Haider von den Wählerinnen und Wählern zugedachte Rolle ist die eines Hechtes im Karpfenteich. Auch FPÖ-Wähler/innen wollen den Führer ihrer Partei als polternden Oppositionspolitiker und nicht in der Regierung sehen.

Für die Österreichische Volkspartei war es - ex post - ein schwerer Fehler, diese Wahlen vom Zaun zu brechen, sie konnten nur leicht dazugewinnen. Dabei hat sich ihr Abstand zu den Sozialdemokraten auf den historischen Höchststand von mehr als zehn Prozent vergrößert. Sie sind damit ihrem erklärten Ziel, Nummer eins zu werden, weiter entfernt denn je. Schüssel versuchte sich als „neuer“ Politiker zu präsentieren. Es ist jedoch schier unmöglich, so etwas nach einem Leben in der Politik als Wirtschaftskammerfunktionär, Abgeordneter und jahrelanger Ministertätigkeit, wirklich glaubhaft zu verbreiten. Anstatt „neu“ zu sein, fiel er den Leuten durch seinen permanent angespannten Lachmuskel eher auf die Nerven. Auch konnte Schüssel den Vorwurf, seine Partei plane eine Koalition mit der FPÖ, nicht vom Tisch schaffen. Wie soll er auch, wenn zum Beispiel seine Partei in der Sondersitzung des Nationalrates entgegen den Vereinbarungen der Sozialpartner die gemeinsame Mehrheit mit der FPÖ ausnützt, um die Rechte der Handelsangestellten zu untergraben (8. Dezember). Oder wenn er sich in der Fernsehkonfrontation von Haider lediglich in seinen Umgangsformen und Manieren abgrenzt, frei nach dem Motto: Wir wollen eh dasselbe, nur mach ich es ohne braune Rülpsen. Es waren Österreichs Konservative, die die Angst vor einer schwarz-blauen Koalition erzeugten, indem sie nicht bereit waren, eine Zusammenarbeit mit der rechtsextremen FPÖ auszuschließen - im Gegensatz zu allen anderen Parteien. Und diese Rechnung - zuerst Erste zu werden und dann gegebenenfalls mit Unterstützung der FPÖ zu regieren, ist nicht ganz aufgegangen,

* Andreas Schieder, Wien, Mitglied der Sozialistischen Jugend Österreichs und Vize-Präsident der International Union of Socialist Youth

obwohl Schwarz-Blau nach wie vor ein dünne Mandatsmehrheit behalten hat.

Das erfreuliche sozialdemokratische Wahlergebnis begründet sich nicht nur durch Angst vor Schwarz-Blau, obwohl eine Stimme für die SPÖ die einzige wirksame Stimme gegen Schwarz-Blau war und ist. Die SPÖ hat sich gerade noch rechtzeitig ihrer Bestimmung besonnen und einen Wahlkampf geführt, in dem soziale Sicherheit und Stabilität die größte Rolle gespielt haben. Im Gegensatz zu den letzten Jahren hat sie es geschafft, die eigenständigen Positionen der SPÖ zu präsentieren und nicht die Arbeit der Regierung. Der Kanzlerwahlverein hat die Partei wiederentdeckt, so standen die politischen Inhalte und nicht der Kandidat im Vordergrund. Dieser Wahlerfolg war auch ein Sieg gegen die Berichterstattung und Kommentare der meisten österreichischen Tageszeitungen.

Wie weiter?

Auch wenn diese „Richtungsentcheidung“ (Schüssel, ÖVP) den Sozialdemokraten die eindeutige Führungsrolle in Österreich zugesprochen hat, ist es nicht klar, wie es weiter gehen wird. Die Möglichkeit einer Ampelkoalition mit SPÖ, Grünen und Liberalen ist rechnerisch ausgeschlossen. Nur eine SPÖ-ÖVP und eine ÖVP-FPÖ Koalition haben die notwendige Mandatsmehrheit im Nationalrat. Allerdings haben sich sowohl SPÖ als auch ÖVP in diesem Wahlkampf in ihren Positioneneinzementiert. Und es verlangt die interne ÖVP-Situation, daß Schüssel, um zu überleben, bei einer Neuauflage der großen Koalition einen Verhandlungserfolg erzielt, sowohl in Ministerämtern (die ÖVP möchte das Finanzministerium) als auch politisch (radikale Spar- und Sozialbaupolitik). Auch nach den Wahlen hat Schüssel eine Zusammenarbeit mit der FPÖ nicht ausgeschlossen und schwieg auffallend lange in der Debatte um Haider's Ehrbekundungen gegenüber Waffen-SSlern. Jedoch würde eine bürgerliche Koalition gerade eben wegen dieses ARD-VideoeinigeVP-Abgeordnetezum Absprung bewegen, womit die Mehrheit weg wäre. Zwar ist in den letzten Tagen Schwarz-Blau unwahrscheinlicher geworden, aber das Schweigen des ÖVP-Obmannes zu Haider's Aussagen (gegen den bereits die Staatsanwaltschaft wegen Verstoßes gegen das NS-Wiederbetätigungsgesetz ermittelt) hat auch

eine Koalition mit dem Antifaschisten Vranitzky nicht einfacher gemacht.

Auch die SPÖ kann der ÖVP nicht so wie in der Vergangenheit Zuckerl in Form von Ministerämtern und politischen Zugeständnissen geben, nur damit sie in der Regierung bleibt. Es ist höchste Zeit, daß in Österreich wieder sozialdemokratische Außenpolitik gemacht wird - nach den Jahren der konservativ-reaktionären Außenpolitik Mock, dessen Fehler heute noch den Kontinent erschüttern, und der nichtvorhandenen Schüssels (Schüssel nahm von 14 Terminen in Ausland nur 2 wahr). Außerdem muß die SPÖ auch ihre Wahlversprechen einlösen, das lautete: „sparen ja, aber gerecht, nicht auf Kosten der sozial Schwachen“. Das steht wiederum im klaren Widerspruch zum Schüssel-Ditz-Kurs, an dessen Umsetzung die ÖVP eine Regierungsbeteiligung geknüpft hat. Gibt die SPÖ für den Preis einer Regierung ohne Haider zuviel ihrer Positionen auf, werden sich ein Gutteil jener Wähler, die diesmal der SPÖ ihre Stimme geliehen haben, verabschieden. Dann allerdings auf nimmer Wiedersehen.

Die SPÖ hat mit diesem Wahlergebnis einen Auftrag zur Reform bekommen. Auch die Richtung ist klar: nicht feig dem Zeitgeist hinterher laufen und eigene Grundsatzpositionen aufgeben, wie es zum Beispiel in der Ausländerpolitik der Fall war, sondern selbstbewußt die eigenen Grundsätze zur Maxime des Handelns machen. Diesmal hat die SPÖ dazu gewonnen, und das auch trotz oder besser auf Grund einer Umorientierung in der Ausländerpolitik in Richtung Humanismus und Menschlichkeit. Daher muß die österreichische Sozialdemokratie, will sie dieses Ergebnis nicht verspielen:

- Klare, eigenständige Positionen vertreten, die Unterschiede zwischen einer SPÖ-Position und dem Regierungskompromiß der Öffentlichkeit klar machen. Ein erster Schritt dahin ist Transparenz in den Koalitionsverhandlungen;
- Soziale Kompetenz verstärken, durch ein Arbeitsplatzschaffungsprogramm und sozial ausgewogene Budgetanierung. Keine Anbiederung an zeitgeistige Yuppies, sondern Herausstreichen von mehr Menschlichkeit;
- Die eigenen Strukturen repolitisieren. Zur Lösung der Probleme der Zukunft bedarf es einer offenen Diskussion, in der klare Standpunkte erarbeitet werden.



PIPER

Vom wirtschaftslibertären Fundamentalismus zum sozialökologischen Generationenvertrag.

»Die Welt ist aus den Fugen. Doch die Politiker liefern sich Scheingefechte. Der Ökosozialist Hermann Scheer analysiert die Krise der Parteien.«

TAZ

»Hermann Scheer entwirft ein grand design, einen umfassenden Entwurf zur Lösung der aktuellen Probleme.«

Frankfurter Allgemeine

»Das wichtigste Buch des Jahres 1995 auf dem Gebiet des politischen Sachbuchs.«

Europawelle Saar



238 Seiten. 29.80

Wohin geht die Reise, Herr Fischer?

Die Bündnisgrünen nach ihrem Bremer Parteitag

von Rüdiger Brandt*

Der Weg zu dem Beschluß vom Mittwoch (Bundestagsentscheidung zur Entsendung der Bundeswehrsoldaten nach Bosnien, R.B.) war lang. Aber er konnte nicht verkürzt werden, sollte der Bundeswehreininsatz nicht nur von der Regierungskoalition und den Soldaten, sondern neben der Mehrheit der SPD-Abgeordneten sogar von Teilen der Grünen getragen werden, damit in der Bevölkerung nicht ein schwerer Streit ausbreche" (Leitkommentar in der FAZ vom 7.12.1995 von G.H.).

Dafür der ganze Aufwand? Läßt sich die vielgerühmte Rolle der Bündnisgrünen, die Gewaltfreiheits- und Bosnien-debatte stellvertretend für die gesamte Gesellschaft zu führen, auf diese legitimatorische Funktion reduzieren?

Nicht ganz: "Daß sich eine starke Minderheit der Parteitagsdelegierten zur 'Gewalt' sogar in dem strengen Sinne des Militärischen bekannt hat, bezeichnet den Einzug der Grünen in das abgesteckte Feld der politischen Auseinandersetzung der von ihnen früher verächtlich als 'Altparteien' bezeichneten herkömmlichen Gruppierungen der deutschen politischen Szene."¹

Die Eingemeindung in die Reihen herrschender Diskurshoheitsträger erscheint tatsächlich als wesentliche Motivation eines Großteils bündnisgrüner PolitikerInnen. Dabei geht es nicht unmittelbar und gar in bewußter Strategie um die "Regierungsfähigkeit", welche längst erwiesen ist. In ihrem bürgerlich-parlamentarischen Bewußtsein haben die 22 bündnisgrünen mit der Regierung stimmenden Abgeordneten tatsächlich eine "Gewissensentscheidung" getroffen. Daß für demokratische politische Entscheidungen jedoch etwas mehr erforderlich ist als das individuelle Gewissen, nämlich die inhaltliche und strategische Absprache und Rückversicherung mit einer größeren Zahl von Menschen, gerade wenn man Alternativen zur derzeitigen Politik entwickeln möchte, geht dabei verloren.

In der Geschichte der Grünen hat es bisher keinen Parteitag gegeben, in der die Delegierten klarer mit jeweiligen Mandaten ihrer Kreisverbände ausgestattet waren als in Bremen. Die lange mit außen- und friedenspolitischen Diskussionen der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik (BAG Frieden) und Briefen des „Dicken“ und Fraktionsprechers vorbereitete Debatte wurde und wird von vielen Mitgliedern als wesentlich und existentiell für die Partei wahrgenommen: dies führte zu einer umfassenden Diskussion in den Kreisverbänden, die durchaus kontrovers war. Es ist weitgehend von einer imperativen Mandatierung der Delegierten auszugehen.

Außenpolitik - Die Anträge

Zur Beschlußfassung lagen 4 Hauptanträge vor: Ein Antrag von Hubert Kleinert u.a. ("Menschenrechte, Gewaltfreiheit und die Zivilisierung der internationalen Politik - Aufgabe und Verantwortung der Bündnisgrünen"), der häufig als „radikalpazifistisch“ bezeichnete - Uli Cremer/Lühr-Henken-Antrag ("Deutschland als internationaler Zivildienstleistender"), der Ludger Volmer-Antrag ("Aktive Friedens- und Menschenrechtspolitik statt militärischer Kampfeinsätze, Leitgedanken für eine Zivilisierung der Außenpolitik"), und ein Antrag aus Osnabrück-Land ("Wir gehen in die Offensive: Frieden schaffen ohne Waffen!"), der auf der niedersächsischen Landesdelegiertenversammlung beschlossen wurde.

Der Kleinert-Antrag konstruiert einen möglichen Widerspruch zwischen den Grundwerten "Gewaltfreiheit und Zivilisierung" einerseits und der "Durchsetzung der Menschenrechte" andererseits. Er spricht von der "neuen Geißel ethnonationalistischer Kriege" und einer "Phase wachsender Instabilität". Der "internationalen Staatengemeinschaft und ihren Organisationen" werden die idealistischen Aufgaben von "Mediatoren von Konfliktlösungen und friedlichem Interessenausgleich zwischen Staaten und Völkern" sowie der

"Treuhanderin von Völkerrecht und Menschenrechten" zugeordnet. Bei einem Scheitern dieser hehren Aufgaben drohe ein "Rückfall der Staatenwelt in nationalistische Macht- und Sicherheitspolitik", als wenn diese schon überwunden wäre. Die deutsche Geschichte verlange "vor allem den Verzicht auf nationale Alleingänge". Da dies inhaltlich nicht näher bestimmt wird, liegt hierin eine Pauschalabsage an Alternativen in der Außenpolitik.

Überwiegt im sonstigen Text schon die militärische Definition der "Blauhelme", wird der Unterschied zu den anderen Anträgen bei der Schöpfung einer "Völkermordsklausel" deutlich: Ein "Eingreifen im Fall von Völkermord" sei zwar "in der heutigen Welt nicht in jedem Falle möglich" und man sei "gegen eine inflationären Umgang mit dem Begriff Völkermord", man dürfe aber "friedensschaffende UN-Einsätze, die ihre Legitimation aus einer solchen Völkermordsklausel beziehen, nicht von vornherein ausschließen."

An anderer Stelle wird Joseph Fischer deutlicher: Deutschland könne sich „auch an peace enforcement nach Kapitel 7 UN Charta durch die den (sic!) UN zur Verfügung gestellten Einheiten“² beteiligen. Wenn das keine „militärische Interventionspflicht“ für „bestimmte Bundeswehrkontingente“, die der „UN zur Verfügung gestellt“ werden, ist!

Die idealistische Anlehnung an die UN-Charta wird bei der Bejahung des "Kapitel VII. Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen" zur Legitimierung aktueller Militäreinsätze, wobei das Scheitern der UN in vielen Fällen vorprogrammiert ist. Ein tiefer Fall von einer idealen neuen UN-Ordnung in die reale Machtpolitik dieser Welt ist nicht zu vermeiden, wenn von der Unzulänglichkeit der Akteure und ihrer Interessenverstricktheit geschwiegen wird.

Die Parteilinke trat mit zwei konkurrierenden Anträgen an, obwohl eine gemeinsame umfassende Diskussion vor dem Parteitag in der BAG Frieden und auf Treffen des "Babelsberger Kreises" (der Parteilinken) stattfand. Die Diffe-

* Rüdiger Brandt, Berlin, Redakteur der Zeitschrift „Andere Zeiten“.

renzen sind aber doch offenbar zu groß, als daß schon vor Bremen ein innerlinker Kompromiß möglich gewesen wäre.

Die Unterschiede liegen ganz wesentlich in der Definition der Blauhelme. Volmer u.a. möchten, daß sie über "leichte Waffen zum Selbstschutz" verfügen und "zur Leistung individueller Notwehrhilfe und zum begleitenden Schutz berechtigt" sind. Ein deutsches Kontingent ist dabei "kein Bestandteil der Bundeswehr" und wird vom "Auswärtigen Amt der UNO zur Verfügung gestellt". Die Antragsteller der beiden anderen nichtmilitärischen Anträge sehen hierin ein Einfallstor für eine militärische Definition des deutschen Kontingentes.

Der Antrag Lühr Henken u.a. lehnt die positive Verwendung des Begriffes "Blauhelme" ab. Stattdessen werden zivile Instrumente (Mediationsarbeit von NGOs, UN-Massenmedien, Friedensstiftungsfonds, unbewaffnete "zivile Friedensdienstorganisation" u.a.) vorgeschlagen. Dem Volmer-Postulat "Wirtschaftssanktionen sind für uns die 'ultima ratio' der internationalen Friedenserzwingung" wird ein konkretistisches Konzept eines UN-Sanktionshilfefonds und -mechanismus beigefügt. "Gerade Deutschland wäre", so Henken u.a., "vor dem Hintergrund seiner Geschichte prädestiniert, als internationaler Zivildienstleistender eine Vorreiterrolle für die Zivilisierung internationaler Politik zu übernehmen."

Das Verfahren - inhaltlicher Sieg und taktische Niederlage für die Parteilinke

Das inhaltliche Ergebnis des Parteitages, eine Absage an den Kleinert-Antrag, war auch dessen Antragstellern schon vorher klar: so ging es im wesentlichen um das pozentuale Abstimmungsergebnis und die verfahrenstechnische Legitimation der Entscheidung.

Als Abstimmungsverfahren wurde das sogenannte K.O.-Verfahren gewählt, bei dem im ersten Durchgang alle Anträge mit Ja, Nein, Enthaltung abgestimmt werden. Die beiden Anträge mit den meisten Ja-Stimmen werden im zweiten Schritt alternativ abgestimmt. Zum so gefundenen Leitantrag werden Änderungsanträge abgestimmt, die jedoch keine Revision der vorherigen Entscheidungen ergeben dürfen. Auf

dem Bremer Parteitag wurde wegen der Wichtigkeit der Entscheidung die erste Abstimmung geheim durchgeführt. Jede/r Delegierte hatte 4 Stimmen.

Der erste Wahlgang ergab folgendes Ergebnis: Volmer 371 Ja, 212 Nein; Henken 316 Ja, 277 Nein; Osnabrück-Land 279 Ja, 282 Nein; Kleinert 260 Ja, 402 Nein. Trotz dieses eindeutigen Ergebnisses beantragte der Parteisprecher Jürgen Trittin eine Auszeit. Die "Linke" kam in der Auszeit nach ausgiebiger Diskussion zur fatalen Einschätzung, man könne die Souveränität der Delegierten in Frage stellen und nun, mitten im beschlossenen Abstimmungsverfahren, den zweitstärksten Antrag Henken/Cremer zurückziehen und Volmer gegen Kleinert abstimmen lassen. Das ließen sich das Präsidium und die Versammlung natürlich nicht gefallen. Die Linke hatte sich durch eigene Schuld den Stempel der "Taktiererei" abgeholt.

Die inhaltliche Beschlußfassung sah dagegen recht gut aus. Die Versammlung leistete, was vorher anscheinend nicht möglich war: die Integration wichtiger Teile des Henken-Antrages und anderer Änderungsvorschläge in den zum Leitantrag bestimmten Volmer-Text: das Wort "Blauhelme" wurde gestrichen oder ersetzt durch "Einheit für friedensbewahrende Einsätze", das umfassende Sanktions-(hilfe)instrumentarium wurde eingebaut, eine Klärung der "Grundvoraussetzungen eines Konzeptes von Friedenserhaltung (peace-keeping)"³ wurde vorgenommen und alle mißverständlichen Begriffe wie "leichte Waffen" und "Notwehrhilfe" wurden gestrichen.

An der Schlußabstimmung nahmen etliche Delegierte nicht teil: der endgültige Beschluß wurde mit 278 gegen 90 Stimmen gefaßt.

Die Dayton-Abstimmung

Getrennt von der Abstimmung über die Leitgedanken wurde am nächsten Vormittag über das Dayton-Abkommen bzw. das Abstimmungsverhalten bündnisgrüner MdBs zum Antrag der Bundesregierung⁴ diskutiert. Der linke Antrag⁵, der eine Achtung des Parteitagbeschlusses von der Bundestagsfraktion erwartet, wird von "Wir fordern unsere Bundestagsfraktion auf, (...) den entsprechenden Antrag der Bundesregierung abzulehnen" in "Wir bitten (...) nicht zuzustimmen" geändert und konnte - trotz dieser "goldenen Brücke" sich

nur knapp gegen einen anderen Antrag, der der Bundestagsfraktion die Entscheidungsfreiheit beließ, durchsetzen.

Die weiteren Themen

Der Parteitag sollte eigentlich die für 1996 vorgesehene Schwerpunktsetzung "Wirtschafts- und Sozialpolitik" einleiten. Davon blieb im wesentlichen eine kurze sozialpolitische Debatte ohne großes Engagement und die Debatte über einen Bundesausbildungsförderungsfonds (BAFF), der das bisherige BAFÖG ersetzen soll. Der verabschiedete Antrag soll eine elternunabhängige, bedarfsdeckende und solidarisch finanzierte Studierendenförderung durch ein Kassenmodell gewährleisten. Die emanzipatorisch richtige Forderung nach Elternunabhängigkeit kann in diesem Modell allerdings die de facto Herkunftsabhängigkeit bei den Studienchancen trotz einer sozialen Nachbesserung nicht kompensieren.

Abschließend muß gesagt werden, daß der inhaltliche Sieg einer antimilitaristischen Realpolitik nicht stark genug war, um sich gegen ein Verständnis von "Realpolitik" durchzusetzen, wo diese auf die umstandslose Zustimmung zu den Prozessen, wie sie stattfinden, reduziert wird. "Die Frage freilich, wofür Grün steht, zu welchem Behufe diese Partei denn dereinst mitregieren soll, harrt einer Antwort. In Bremen ist sie nicht gegeben worden" (Kommentar von Astrid Hölscher in der FR vom 4.12.1995).

- 1 Leitkommentar von fr. in der FAZ vom 4.12.1995.
- 2 Joschka Fischer: "Auf der Flucht vor der Wirklichkeit? Eine öffentliche Antwort auf den offenen Brief von Kerstin Müller, Claudia Roth, Jürgen Trittin und Ludger Volmer an unsere Partei" vom 27. November 1995
- 3 Beschluß der 6. Ordentlichen Bundesversammlung Bremen, 1.-3.12.1995: "Aktive Friedens- und Menschenrechtspolitik statt militärischer Kampfeinsätze, Leitgedanken für eine Zivilisierung der Außenpolitik".
- 4 „Deutsche Beteiligung an den militärischen Maßnahmen zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina“.
- 5 "Ja zum Friedensschluß von Dayton - Nein zur Politik von Kohl, Kinkel und Rühe"

Ausbildungsförderung - quo vadis?

von Dieter Dohmen*

1. Einleitung

Seit Mitte 1995 ist die Ausbildungsförderung wieder verstärkt in der politischen Diskussion. Hauptgrund ist die von Bundesbildungsminister Rüttgers vorgeschlagene Umstellung des Darlehensanteils des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) auf ein Bankdarlehen. Darüber hinaus haben aber auch das Deutsche Studentenwerk und eine Gruppe um Michael Daxner zusammen mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen eigene Vorschläge unterbreitet. Im Dezember hat sich auch die SPD über Grundzüge eines eigenen Modells verständigt.¹ Da dieser Vorschlag vom Grundsatz her dem DSW-Modell entspricht, letzteres jedoch weiter konkretisiert ist, wird die Diskussion anhand des DSW-Vorschlags geführt.

2. BAföG und Familienleistungsausgleich 1996

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz wurde 1971 durch eine Allparteienkoalition eingeführt, nicht nur um Studienberechtigten aus sozial schwachen Familien ein Studium zu ermöglichen, sondern auch, um die vorhandenen Begabungsreserven auszuschöpfen. Bis 1974 erfolgte die Förderung überwiegend durch eine Zuschußförderung, anschließend wurden die ersten 70 DM, später die ersten 150 DM als Darlehen ausbezahlt. Zum Wintersemester 1983/84 erfolgte die – heftig kritisierte – Umstellung auf ein unverzinsliches Voll-darlehen, eine Regelung die 1990 – aus verfassungsrechtlichen und politischen Gründen – wieder rückgängig gemacht wurde. Seither werden die Studierenden jeweils zur Hälfte durch einen Zuschuß und ein unverzinsliches Darlehen gefördert.

Die normale Höchstförderung für Studierende mit einer eigenen Wohnung beträgt 905 DM und für Elternwohner in den westlichen Bundesländern 670 DM. In den östlichen Bundesländern erhalten die bei den Eltern wohnenden Studierenden maximal 625 DM pro Monat. Grundlage der Förderungs-

höhe ist das Einkommen der Eltern, nur in wenigen Ausnahmefällen wird eltern-unabhängig gefördert. Die Rückzahlung beginnt fünf Jahre nach dem Ende der Förderungshöchstdauer und dauert längstens 20 Jahre, bei einem Rückzahlungsbetrag von mindestens 200 DM pro Monat.

Neben der an die Studierenden ausbezahlten Ausbildungsförderung werden weitere Transferleistungen an deren Eltern gewährt. Sofern die Studierenden Kinder das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wird grundsätzlich das Kindergeld gewährt, das sich nach der Rangzahl der Kinder richtet und für das erste und zweite Kind jeweils 200 DM, für das dritte Kind 300 DM und für jedes weitere Kind 350 DM pro Monat beträgt.² Bei Bruttojahreseinkommen über 170.000 DM, also ca. 5% der Familien, ist der alternativ dazu gewährte Kinderfreibetrag mit einer maximalen Entlastung von 277 DM im Monat günstiger.³

Der weiterhin gewährte steuerliche Ausbildungsfreibetrag ist bei studierenden Kindern abhängig von deren Wohnsituation. Haben die Studierenden eine eigene Wohnung, werden 4.200 DM pro Jahr gewährt; wohnen sie bei den Eltern, verringert sich der Freibetrag auf 2.400 DM. Auf den Ausbildungsfreibetrag wird der BAföG-Zuschuß jedoch ebenso angerechnet wie eigene Einkünfte des Kindes, soweit sie 3.600 DM pro Jahr überschreiten. Der Ausbildungsfreibetrag ermöglicht eine Entlastung der Eltern von bis zu 186 DM pro Monat.

Sind die studierenden Kinder älter als 27 Jahre, so können die Eltern anstelle der bisher genannten Transferleistungen einen steuerlichen Unterhaltsfreibetrag in Höhe von 12.000 DM pro Jahr geltend machen, wenn das Kind nicht über ausreichende eigene Einkünfte und Bezüge verfügt. Die tatsächliche Entlastung durch den Unterhaltsfreibetrag beträgt zwischen 250 und 530 DM pro Monat. Gemeinsam mit dem BAföG ist eine monatliche Gesamtentlastung von fast 1.260 DM möglich.⁴

Durchschnittlich vermindert sich jedoch nach Wegfall fast aller Transferleistungen bei Vollendung des 27. Lebensjahres die Unterstützung der Stu-

dierenden durch die Eltern. Die Folge ist eine deutliche Erhöhung der studentischen Erwerbstätigkeit.⁵

3. Der Vorschlag des verzinslichen Darlehens

Der Bundesbildungsminister hat im Juli 1995 seine Vorstellungen zur Veränderung des BAföG unterbreitet, die von fast allen politischen Parteien, einschließlich Teilen seiner eigenen, und den hochschulpolitischen Organisationen abgelehnt werden.

Danach soll der Darlehensanteil des BAföG ab dem Wintersemester 1996/97 durch die Deutsche Ausgleichsbank als privatrechtliches Darlehen ausbezahlt und verzinst werden. Der Zinssatz soll sich an den sogenannten FIBOR, der im Interbankenhandel gilt, anlehnen. Während der Studienzeit und einer anschließenden Karenzzeit von vier Jahren werden die Zinsen durch die öffentliche Hand getragen. In dieser Zeit erhöht sich der FIBOR um 1 Prozentpunkt zur Abdeckung des Verwaltungsaufwandes. Wenn die Darlehensnehmer neun Jahre nach Studienbeginn mit der Rückzahlung beginnen, kommt ein Risikozuschlag von einem weiteren Prozent hinzu, so daß sich der FIBOR um insgesamt 2 Prozentpunkte erhöht. Um den gleichen Anteil erhöht sich ein alternativ möglicher Zinssatz für längerfristige Bankschuldverschreibungen, der zur Zeit bei 6,5 - 7% liegt.

In den heutigen Zeiten niedriger Zinsen liegt der FIBOR unter 4%, so daß eine Umstellung aus staatlicher Sicht tatsächlich lohnend erscheint. Vor drei Jahren lag der FIBOR jedoch bei 10%, wodurch die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte erheblich ansteigen würde. Für die Studierenden ergibt sich ein Zinskorridor von 6 bis 12%, der auf 8 bis 10% verringert werden kann, wenn die Option auf den langfristigen Zinssatz wahrgenommen wird. Die Bundesregierung hat in ihren bisherigen Veröffentlichungen eine maximale monatliche Rückzahlungsrate von 300 DM ausgewiesen, die bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 8,5% erreicht würde. Aufgrund zwischenzeitlicher Änderung der Zinskonditionen⁶ müssen die Darlehensnehmer mit einem höheren durch-

* Dieter Dohmen, Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FIBS), Köln

schnittlichen Zinssatz von 9,5% kalkulieren, wodurch sich die maximale Rückzahlungsrate auf 320 DM erhöht.

Ziel der Bundesregierung ist die Einsparung von Haushaltsmitteln bei der Ausbildungsförderung, die für andere hochschulpolitische Maßnahmen verwendet werden sollen. Diese Rechnung geht in den nächsten fünf bis sechs Jahren tatsächlich auf, anschließend jedoch nicht mehr. Ab Mitte des kommenden Jahrzehnts führt der Vorschlag der Bundesregierung zu einem erheblich höheren Zuschußbedarf und zwar sowohl haushaltsrechnerisch als auch ökonomisch, d.h. abdiskontiert.

Die Bundesregierung macht bei ihren Betrachtungen einige entscheidende Fehler, wenn sie die im heutigen System aus der Darlehensförderung resultierenden Einnahmen ebenso unberücksichtigt läßt wie die Absetzbarkeit von Zinsen für zu Ausbildungszwecken aufgenommene Darlehen im Rahmen der Einkommensteuer. Aufgrund der Zinszahlungen ist anzunehmen, daß sich die monatlichen Rückzahlungsraten erhöhen. Aus der Analyse der Inanspruchnahme der Teilerlaß- und Stundungsregelungen läßt sich zudem die Erwartung ableiten, daß die höheren monatlichen Rückzahlungsraten von einer steigenden Inanspruchnahme der Erlaß- und Stundungsregelungen begleitet sein werden, was sich negativ auf die öffentlichen Haushalte auswirkt.

Aber auch während der Studienzzeit ist von einem Anpassungsverhalten auszugehen. Die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes zeigen, daß während der Zeit der Voll Darlehensregelung knapp 10% der förderungsfähigen Studierenden auf eine Antragstellung verzichteten, weil sie keine Schulden machen wollten.⁷ Wenn die Studierenden auf die Inanspruchnahme der Ausbildungsförderung verzichten, bleibt ihnen bei mangelndem Einkommen der Eltern nur der Ausweg, ihr Studium über verstärkte Erwerbstätigkeit zu finanzieren. Nach allen Erfahrungen ist dies mit einer Verlängerung der Studienzzeit verbunden.⁸

Zusammenfassend ist somit davon auszugehen, daß die Nachfrage nach staatlicher Ausbildungsförderung sinken wird, entweder weil die Studienberechtigten auf ein Studium verzichten oder während des Studiums ihre Erwerbstätigkeit verstärken. Während der Darlehensrückzahlung dürfte es in größerem Umfang als bisher zu Rückzah-

lungsausfällen durch die Inanspruchnahme der Teilerlaß- und Stundungsregelungen kommen. Die Folge wäre ein gegenüber dem heutigen System weiter steigender Zuschußbedarf, obwohl dieses Modell bereits ohne diese Entwicklung einen höheren realen Zuschußbedarf als das heutige System hat.

4. Das DSW-Modell

Das Deutsche Studentenwerk hat vorgeschlagen, die heute den Eltern gewährten Transferleistungen zu streichen und die hieraus resultierende Entlastung den Studierenden als Grundförderung unabhängig vom Einkommen der Eltern auszuzahlen. Ausgegangen wird von einem Betrag von 300 DM für Studierende, die bei den Eltern wohnen, und 400 DM für Studierende mit einer eigenen Wohnung.⁹

Auf diese Grundförderung aufbauend soll eine einkommensabhängige Förderung, je zur Hälfte Zuschuß und Darlehen, bis zu einem Förderungshöchstbetrag von 1.050 DM pro Monat gewährt werden. Die Differenz bis zum monatlichen Bedarf der Studierenden von rund 1.250 DM¹⁰ soll entweder durch Erwerbstätigkeit oder ein verzinsliches Darlehen finanziert werden. Das Deutsche Studentenwerk geht davon aus, daß dieses verzinsliche Darlehen nur in Ausnahmefällen in Anspruch genommen wird.¹¹ Zu diesem Vorschlag sind drei kritische Anmerkungen notwendig.

Die vorgesehene Höhe der Grundförderung ist nach Berechnungen des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FIBS) kostenneutral nur realisierbar, wenn einige Positionen einbezogen werden, die hinsichtlich ihrer Einbeziehung rechtlich umstritten sind, wie z.B. die kindbedingten Ortszuschläge im öffentlichen Dienst.¹² Weiterhin müßte die Förderung grundsätzlich auf Studierende bis zum 10. Semester beschränkt werden.

Die Einführung des DSW-Modells führt aufgrund des vorgesehenen Förderungshöchstsatzes von 1.050 DM zu einer geringeren Entlastung von einkommensschwachen Familien, die auf der Basis des Familienleistungsausgleichs 1996 eine Entlastung von über 1.100 DM erhalten. Unter Berücksichtigung des Kranken- und Pflegeversicherungszuschlages ergibt sich eine höhere Differenz von rund 150 DM pro Monat. Eine geringere Entlastung als bisher er-

halten ferner Familien mit drei und mehr Kindern sowie Familien mit alleinstehenden Eltern und einem zu berücksichtigenden Kind, da für diese der Haushaltsfreibetrag gestrichen würde.

Im Ergebnis würde die Neuordnung der Studienfinanzierung nach den Vorstellungen des Deutschen Studentenwerkes zu erheblichen Verwerfungen im Vergleich zum Familienleistungsausgleich 1996 führen.

Darüber hinaus bestehen verfassungsrechtliche Bedenken hinsichtlich der vorgesehenen Streichung der Steuerfreibeträge zur Finanzierung des Lebensunterhalts bei unzureichenden staatlichen Transferleistungen insbesondere im oberen Einkommensbereich. Nach Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und nach überwiegender steuerrechtlicher Auffassung darf das Einkommen insoweit nicht der Besteuerung unterworfen werden, als es zur Finanzierung des Existenzminimums, einschließlich dem der Kinder, benötigt wird.

Soweit die Studierenden nicht die Vollförderung erhalten, ist eine Kofinanzierung durch die Eltern zur Finanzierung des Lebensunterhalts der Studierenden notwendig. Die diesbezüglichen Belastungen müßten folglich bei der Besteuerung der Eltern berücksichtigt werden, d.h. die Steuerfreibeträge könnten in diesem Umfang nicht gestrichen werden. Damit wäre eine kostenneutrale Neuordnung im Sinne der DSW-Vorstellungen nicht möglich, obwohl die grundsätzlichen Überlegungen zur ausschließlichen Förderung der Studierenden positiv zu bewerten sind.

5. Bundesausbildungsförderungsfond

Während das DSW mit seinen Vorstellungen weitgehend im Rahmen der bestehenden Struktur des heutigen Familienleistungsausgleichs bleibt, schlägt eine Gruppe um Michael Daxner, der sich Bündnis 90/ Die Grünen angeschlossen haben, die Einrichtung eines Bundesausbildungsförderungsfonds (BAFF) vor.

Grundlage dieses Vorschlages ist die Abschaffung der bisherigen elternorientierten Ausbildungsförderung und die Gründung einer Ausbildungskasse, die den Studierenden während des Studiums einem monatlichen Betrag von höchstens 1.050 DM auszahlen soll. Anders als die bisherige Orientierung

auf eine staatlich festgelegte Förderung bis zum Ende einer fachspezifischen Förderungshöchstdauer, erhalten die Studierenden ein Gesamtbudget, das sich an einer 12-semesterigen Förderung von 1.000 DM orientiert. Diesen Betrag von insgesamt 72.000 DM können die Studierenden auf einen Zeitraum von maximal 16 Semestern verteilen.¹³

Nach dem Ende des Studiums wird die erhaltene Förderung durch einen monatlichen prozentualen Einkommensanteil über einen Zeitraum von 25 Jahren in die Ausbildungskasse zurückgezahlt. Der individuelle Prozentsatz ist abhängig von der erhaltenen Gesamtförderung und soll auf 5% des Einkommens und ein Einkommen von maximal 140.000 DM pro Jahr begrenzt werden. Diese würden z.B. bei einem durchschnittlichen Einkommen von 100.000 DM ein Rückzahlungsvolumen von 125.000 DM bedeuten, d.h. die erhaltene Förderung würde fast in doppeltem Umfang zurückgezahlt.

Die Kosten dieses Vorschlages werden mit rund 12 Mrd. DM pro Jahr veranschlagt,¹⁴ was bei 1,55 Mio. Studierenden, die bis zum 12. Semester an deutschen Hochschulen eingeschrieben sind, und der darüber hinaus bis zum 16. Semester anspruchsberechtigten Studierenden, zu niedrig erscheint.¹⁵ Hinzukommt, daß ein Teil der Kosten auf das Wohngeld verlagert wird und in dieser Rechnung nicht enthalten sind. Aufgrund des vom FIBS errechneten verfügbaren Finanzvolumens von 9,5 Mrd. DM (vgl. Fußnote 12) wären die entsprechenden Mehrausgaben aus den öffentlichen Haushalten zu finanzieren, wovon angesichts der derzeitigen Situation der öffentlichen Haushalte nicht auszugehen ist.

Ein Be- und Entlastungsvergleich des Bundesausbildungsförderungsfonds mit dem heutigen Familienleistungsausgleich zeigt eine geringere Entlastung im unteren Einkommensbereich, während Familien mit mittleren und hohen Einkommen eine höhere Entlastung erhalten. Verfassungsrechtliche Bedenken ergeben sich aufgrund der grundsätzlichen Ausgestaltung der Förderung als Darlehen, letztlich mit einem variablen Zinssatz. Wer wenig verdient, zahlt wenig zurück, und wer viel verdient, zahlt auch viel zurück.

Diese Betrachtung verdeutlicht jedoch auch die von dem Ausbildungsförderungsfond ausgehenden Anreizmechanismen, d.h. die Leistungen sind

um so lukrativer, je geringer die Einkommenserwartungen sind. Dies bedeutet jedoch, daß die langfristige Finanzierbarkeit des Modells in Frage gestellt ist. Wenn nämlich die Förderung vor allem von Studierenden mit einer niedrigen Einkommenserwartung in Anspruch genommen wird, ergibt sich langfristig ein höherer Prozentsatz für die Rückzahlung oder es ist mit einem steigenden staatlichen Zuschußbedarf zu rechnen.

6. Zusammenfassung

Der Vorschlag zur Einführung eines privatrechtlichen Darlehens, wie dies Bundesbildungsminister Rüttgers plant, wird das gesteckte Ziel, Kosten in den öffentlichen Haushalten einzusparen, nur für einige Jahre erreichen. Spätestens ab Mitte des kommenden Jahrzehnts wird sein Vorschlag einen höheren Zuschußbedarf haben als eine Beibehaltung des heutigen Systems. Dazu kommen weitere problematische Auswirkungen auf das Studienverhalten und in sozialer Hinsicht.

Der grundsätzlich sinnvolle Vorschlag des Deutschen Studentenwerkes führt zu erheblichen Verwerfungen, wenn seine Entlastung mit der des Familienleistungsausgleichs verglichen wird. Die vorgesehene ausschließliche Förderung der Studierenden ist allerdings ein richtiger Ansatz, da die Entlastung der Studierenden im heutigen System nicht durch deren Bedarf, sondern durch die berufliche Stellung der Eltern bestimmt wird.

Der weitergehende Vorschlag der Ausbildungskasse bzw. des Bundesausbildungsförderungsfonds erscheint aus finanzwirtschaftlichen und verteilungspolitischen Gründen ebenfalls ungeeignet, so daß die vorstehenden Ausführungen zeigen, daß keines der zur Zeit diskutierten Modelle in der vorliegenden Form umsetzbar erscheint.

Die vorliegende Darstellung zeigt das Dilemma, in der sich die Politik derzeit befindet. Sie ist in der Situation der öffentlichen Haushalte und der damit verbundenen Machtkonstellationen gefangen. Vorliegende Reformvorschläge werden nicht nach ökonomischen, d.h. allokativen und distributiven Kriterien gemessen, sondern ausschließlich an den Auswirkungen auf kameralistisch geführte Haushalte gemessen, und danach ist alles gut, was dort Einsparungen verursacht.

Wenn z.B. auch die sozialversicherungsrechtlichen Regelungen sowie die Erwerbstätigkeit der Studierenden in eine umfassende Reform und Verbesserung der Ausbildungsförderung einbezogen werden, könnte nicht nur der Anteil von Studierenden aus einkommenschwachen Familien erhöht, sondern auch über Studienzeitverkürzung und höhere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen die Mehrausgaben mittelfristig refinanziert werden.

- 1 Vgl. Pressemitteilung des SPD-Parteivorstandes vom 14.12.95.
- 2 Zu Analysen des bisherigen ausbildungsbedingten Familienlastenausgleichs siehe Dieter Dohmen: Renaissance der Darlehensförderung, in: Wirtschaftsdienst, 75. Jahrgang, 1995, Heft X, S. 549-555; ders.: Reformmodelle zur Ausbildungsförderung - eine Analyse, in: Sozialer Fortschritt, 45. Jahrgang, 1996, Heft 1 (I.E.).
- 3 Daß die alternative Gewährung von Kindergeld und Kinderfreibetrag zu erheblichen Verwerfungen beim verfügbaren Einkommen führt, sei hier nur am Rande erwähnt.
- 4 Vgl. Dieter Dohmen: Be- und Entlastung von Familien mit Kindern in schulischer, hochschulischer und beruflicher Ausbildung, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, unveröff. Manuskript, Köln 1996.
- 5 Vgl. Deutsches Studentenwerk: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, hrsg. vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bonn 1995, S. 170 und S. 302ff.
- 6 Die Bundesregierung war bei den ursprünglichen Überlegungen von einer Erhöhung des FIBOR um einen Prozentpunkt ausgegangen. Im nunmehr vorliegenden Gesetzentwurf erhöht sich der Zinssatz für die Darlehensnehmer jedoch um 2 Prozentpunkte.
- 7 Vgl. Deutsches Studentenwerk: 11. Sozialerhebung, Bonn 1986, S. 284; dass.: 12. Sozialerhebung, Bonn 1989, S. 296.
- 8 Vgl. DSW: 14. Sozialerhebung, 1995, S. 131ff.
- 9 Vgl. Deutsches Studentenwerk: Das Drei-Stufen-Modell des Deutschen Studentenwerkes. Für eine Ausbildungsförderung im Rahmen eines einheitlichen Familienlastenausgleichs, Bonn 1995.
- 10 Vgl. DSW: 14. Sozialerhebung, 1995, S. 154.
- 11 Vgl. DSW: Das Drei-Stufen-Modell..., 1995, S. 35.
- 12 Berücksichtigt wurden: Kindergeld/Kinderfreibetrag (3,2 Mrd. DM), Ausbildungsfreibetrag (0,9 Mrd. DM), Haushaltsfreibetrag (0,2 Mrd. DM), Unterhaltsfreibetrag (0,6 Mrd. DM), kindbedingter Anteil des Ortszuschlags (0,5 Mrd. DM), Waisenrenten (0,5 Mrd. DM), sonstige Leistungen (0,5 Mrd. DM); alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 1996. Für die Ausbildungsförderung könnten 2,2 Mrd. DM und für die Darlehenseinnahmen rund 0,75 Mrd. DM angesetzt werden. Vgl. ausführlich Dohmen 1995, a.a.O.
- 13 Vgl. ; Michael Daxner/Thomas Gehring/Bernd Kuckert: Das kollektive Darlehen, in: Deutsche Universitätszeitung (DUZ), Heft 4/1995, S. 24-26; Bündnis 90/Die Grünen: Einrichtung eines Bundesausbildungsförderungsfonds (BAFF). Beschluß der Bundesdelegiertenkonferenz am 2./3. Dezember 1995.
- 14 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen 1995, S. 4.
- 15 In früheren Betrachtungen gingen Daxner/Kuckert von einem Finanzvolumen von 18 Mrd. DM p.A. aus (vgl. Michael Daxner/Bernd Kuckert: Grundsatzpapier zu BAföG und zur Ausbildungskasse, unveröff. Manuskript, Oldenburg 1995, S. 6).

Auf dem Weg zum ökologischen und solidarischen Stadtumbau?

Ein kritischer Blick auf die Zukunftsfähigkeit sozialdemokratischer Kommunalpolitik

von Hans Günter Bell*

„Möchten Sie etwas kaufen?!“ - ich blicke auf. Vor mir steht eine schwächliche Frau, ihre Kleidung ist gräßlich. Was will die denn von mir? In ihrem Bauchladen ist nur Trödel. „Nein, vielen Dank!“ - ich wende mich wieder einer Broschüre zu.

„Die solidarische Stadt“ ist das Thema der Arbeitsgruppe, die gleich beginnen soll. Ich befinde mich auf dem Stadtkongreß der hannoveraner SPD. Die Frau geht durch die Reihen. Wir alle warten auf den Beginn der Arbeitsgruppe, keineR kauft ihr etwas ab.

Jetzt steht sie oben an der Türe und fragt uns: „Worum geht es hier?“, „Um Armut“, ist die Antwort. „Ach, so“ - meint sie, und geht nach vorne auf die Bühne. „Um Armut geht es hier ...“ Die Arbeitsgruppe hatte bereits begonnen, ohne daß ich es bemerkt hatte.

Diese eindringliche Darstellung der Kabarettgruppe „Hebebühne“ stand am Anfang einer Arbeitsgruppe zur „Armut in der Risikogesellschaft“ auf dem Kongreß „Zukunftsfähiges Hannover“ des SPD Unterbezirks Hannover-Stadt im September 1995. Die sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen beginnen in die Diskussion über die Zukunft der Stadt einzugreifen. Bereits im Frühjahr 1994 erschien ein „Manifest der Oberbürgermeister“¹ mit der Aufforderung „Rettet unsere Städte jetzt!“. Einen weiteren Beitrag leistete die „Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik“ (SGK) im Oktober 1995 mit dem Kongreß „Die Stadt - Ort der Widersprüche“.

Die mir bisher bekannten inhaltlichen Beiträge sozialdemokratischer PolitikerInnen sind jedoch eher enttäuschend. In meinem Artikel versuche ich, einzelne interessante Beiträge vorzustellen und kritisch zu diskutieren.

1. Die Städte sind intensiven Veränderungsprozessen ausgesetzt

Prof. Dr. Dieter Sauberzweig stellt in seinem Vortrag auf dem SGK-Kongreß „intensive Veränderungsprozesse“ fest, denen die Städte in den letzten Jahrzehnten unterworfen gewesen seien, und betont: „Ausdehnung und Ausuferung auf der einen und Umbrüche in den Zentren durch Eingriffe in die gewachsenen Strukturen auf der anderen Seite haben das städtische Leben verändert und beeinträchtigt.“²

Die Ursachen dieser Veränderungsprozesse sind auch in dieser Zeitschrift

Hier der Umbau zum Erlebnisort, dort die allmählich verfallenden Wohnsiedlungen und Armutsnischen.

schon mehrfach erläutert worden. Der fortschreitende Einsatz neuer Kommunikationstechnologien ermöglicht eine neue räumliche Verteilung wirtschaftlicher Tätigkeiten. Die Tertiärisierung führt zum Verlust von Arbeitsplätzen und zu einer Spaltung des Arbeitsmarktes. „Auf der einen Seite stehen gut bezahlte Tätigkeiten für hochqualifizierte Arbeitskräfte im Sektor professioneller Dienstleistungen. Auf der anderen Seite stehen schlecht entlohnte und nicht selten unsichere Jobs für Menschen mit geringerer Qualifikation.“³

Eine neue internationale Arbeitsteilung erlaubt den Unternehmen die flexible Nutzung unterschiedlicher Standortbedingungen. Hinzu kommt, daß das Kapital ungebundener gegenüber seiner räumlich-sozialen Basis

geworden ist. Den sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen tritt die Globalisierung jedoch in Form der Zuwanderung entgegen. Sie waren denn auch die ersten in der SPD, die nach der Abschaffung des Asylrechts riefen, und sie klagen auch heute noch lautstark über den „Zuwanderungsdruck“⁴.

2. Die ökologische Krise erfordert den ökologischen Stadtumbau

Sauberzweig arbeitete in seinem Vortrag heraus, daß der ökologische Umbau zu einer Hauptaufgabe der Stadtplanung werden müsse. Die wichtigste Strategie hierzu sah er in der Durchsetzung von „Verdichtung und Mischung“ mit den entsprechenden Veränderungen der Raumstrukturen. Durch die „Verringerung der Entfernungen und die Verbesserung der kleinräumigen Erreichbarkeit“ werde die Entstehung von Verkehr wirksam begrenzt. Er merkt jedoch kritisch an: „Maßnahmen dieser Art sind in größerem Umfang nur zu verwirklichen, wenn man den Primat der öffentlichen Planung mit erheblicher Eingriffstiefe akzeptiert und eine Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen vornimmt.“⁵

Einer der wichtigen Bereiche, in dem sich der ökologische Stadtumbau durchsetzen muß, ist die Verkehrspolitik. Ende 1994 waren in Deutschland 46,6 Millionen Kraftfahrzeuge gemeldet; damit ist der Kfz-Bestand gegenüber dem Vorjahr um 1,01 Millionen Fahrzeuge angewachsen.⁶ Daher ist Prof. Dr.-Ing. Kurt Ackermann Recht zu geben, der den Deutschen einen Bewußtseinswandel, jedoch keinen Verhaltenswandel zugestand. Jedem/jeder sei zwar bewußt, daß jede Autofahrt die Umwelt erheblich belastet. Dies führe jedoch nicht im notwendigen Umfang dazu, das Kraftfahrzeug stehen zu lassen und den öffentlichen Personenverkehr oder das Fahrrad zu nutzen.

* Hans Günter Bell; Dipl. Ing. für Städtebau und Regionalplanung und stellv. Vorsitzender der Jusos Mittelrhein, Köln



Foto: Stephan Hoppe

Norbert Burger, der Oberbürgermeister Kölns, fordert in seinem Beitrag zum „Manifest der Oberbürgermeister“ eine „grundlegende und tiefgreifende Änderung der Verkehrspolitik“⁷ und beschreibt die Ziele einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik mit drei Stichworten: „Umweltbelastung senken, Mobilität erhalten, Urbanität erhalten.“⁸ Was jedoch ist „Mobilität“? Die wissenschaftliche Definition lieferte Ackermann: Mobilität sei die Anzahl der Ortsveränderungen je Person und Tag. Und seiner Meinung nach habe jeder BürgerIn einen Anspruch auf Sicherung ihres/seines Mobilitätsanspruchs. Jedoch - und diese Klarstellung ist m.E. äußerst wichtig - nicht nur als Pkw-NutzerIn; dieser Anspruch gelte für alle. Demgegenüber Burger: „Für jeden Berufstätigen ist heutzutage Mobilität ein berufliches Muß. Die Zeiten, als die große Mehrheit der Beschäftigten ihre Arbeitsplätze noch zu Fuß erreichen konnte, sind längst vorbei. (...) Zudem ist Mobilität ein Ausdruck persönlicher Freiheit. (...) Eine Änderung der Verkehrspolitik kann also nicht den Ansatz haben, Mobilität nachhaltig einzuschränken.“⁹

Solche Ausführungen erwecken den Eindruck, „Mobilität“ sei v.a. der erwähnte „Ausdruck persönlicher Freiheit“. Dies ist aber nur die eine Seite. Auf der anderen steht die *erzwungene Mobilität*. Es ist zwar richtig, daß heute die Mehrheit der Beschäftigten ihre Arbeitsplätze nicht mehr zu Fuß erreichen kann; aber, begrüßen wir dies? Was ist mit den Menschen, die

über keinen eigenen Pkw verfügen? Was also ist mit Kindern und Jugendlichen, mit Frauen oder mit Menschen, deren Einkommen so gering ist, daß sie sich gar keinen eigenen Pkw leisten können? Ihre „persönliche Freiheit“ endet dort, wo die „freie Fahrt für freie Bürger“ herrscht! Dabei spricht Burger selbst die Notwendigkeit an, die Verkehrspolitik als „integralen Bestandteil der gesamten Stadt- und regionalen Entwicklungspolitik“ zu begreifen¹⁰. Dieser, auch von *Sauberzweig* vorgetragene Ansatz zielt darauf, die durch die Siedlungsstruktur erzwungene Mobilität zu verringern. Insofern sind seine Aussagen zur Mobilität nicht schlüssig. Würüber man auch streiten kann, ist die Entschlossenheit, mit der die Aussage, „die konsequente Vorrangpolitik für den Umweltverbund muß zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs gehen“¹¹, umgesetzt wird. Die Kölner Erfahrungen sind hier leider so, daß dieser vollmundigen Ankündigung nur unzureichende Taten folgen.

3. Der sozialen Spaltung entgegenwirken

Die intensiven Veränderungsprozesse, denen die Städte unterworfen sind, schlagen sich in einer fortschreitenden sozialen Spaltung nieder. *Henning Voscherau*, der erste Bürgermeister Hamburgs, beschreibt diese Entwicklung in seinem Beitrag zum „Manifest der Oberbürgermeister“: „Auf der einen Seite gibt es wachsenden Wohlstand (...). Auf der anderen Seite bilden sich

deutliche Konturen von Armutsghettos heraus.“¹² Diese „bedrohliche Kluft“¹³ schlägt sich auch in der Struktur der Stadt nieder. Hier der Umbau zum Erlebnisort, dort die allmählich verfallenden Wohnsiedlungen und Armutsnischen.

Diese Ausgrenzung thematisierte auf dem SGK-Kongreß auch Prof. *Alain Touraine*. Sie sei die wesentliche Erscheinung der heutigen Stadt. 20 Prozent der EinwohnerInnen würden noch nicht einmal mehr (im marxistischen Sinne) ausgebeutet, da sie keine Möglichkeit mehr hätten, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Damit hätten sie jedoch auch keine Möglichkeit mehr, ihren Lebensunterhalt auf legale Weise selbst zu verdienen. Touraine leitete hieraus die These ab, daß nicht mehr zwischen „oben“ und „unten“, sondern zwischen „drinnen“ und „draußen“ zu unterscheiden wäre. Was bliebe sei ein Nebeneinander von Ghettos, die nur noch über den Markt, die Autobahnen und die Gewalt miteinander in Verbindung stünden.

Auch Prof. Dr. *Hartmut Häußermann* griff diese Herausforderung auf und redete der Integrationsleistung sozialdemokratischer Wohnungspolitik das Wort. Durch sie seien unter sozialstaatlichen Bedingungen weitgehend einheitliche Stadtgesellschaften entstanden und ein sozialer Puffer zwischen die Wohnsituation und die Situation auf dem Arbeitsmarkt gelegt worden. Jetzt stünden die Städte jedoch durch die Polarisierung der Lebenslagen und die Verringerung der Zahl preiswerter Wohnungen an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung. Dies könne jedoch durch die Sicherung der Wohnung durchbrochen werden. Deshalb sei die *Wiederbelebung sozialdemokratischer Wohnungspolitik von zentraler Bedeutung*.

An einer Stelle muß ich *Häußermann* und *Touraine* widersprechen: Sie erkennen neue Spaltungslinien zwischen „Arbeitsplatzbesitzern“ und „Arbeitslosen“, zwischen „drinnen“ und „draußen“. Dabei sind diese „Spaltungslinien“ weder neu, noch benennen sie die tatsächlich die kapitalistische Gesellschaft prägende Spaltung, nämlich diejenige zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung der Ergebnisse dieser Produktion. Die in Mode gekommene Suche nach Spaltungslinien zwischen denjenigen, die darauf angewiesen sind, lohnabhängig beschäftigt zu sein, hat ihre Berechtigung, darf sich jedoch

nicht verselbständigen und zum Verwischen des Grundkonfliktes führen. Der Stellenwert, den *Häußermann* und *Touraine* den Spaltungslinien innerhalb der Arbeiterklasse (um es einmal ganz klassisch auszudrücken) beimessen, ist m.E. geeignet, zu diesem Verwischen beizutragen.

Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt ist eine Folge, zugleich jedoch auch eine Ursache weiterer sozialer Spaltungen. Die Haushalte mit höherem Einkommen treiben durch ihre Nachfrage die Wohnungskosten weit über das hinaus, was Haushalte mit geringem Einkommen oder gar Arbeitslose aufbringen können. Weder der freifinanzierte noch der soziale Wohnungsmarkt sind in der Lage, die Wohnungsverorgung von Haushalten mit geringem Einkommen zu sichern. Diese Aufgabe haben in den letzten Jahren städtische Wohnungsgesellschaften übernehmen müssen. Hinzu kommt eine folgenschwere Entwicklung im Wohnungsbestand. *Häußermann* und Prof. *Walter Siebel* stellten bereits 1987 fest, daß dann, wenn für untere Einkommensgruppen erschwingliche Wohnungen tatsächlich nicht mehr gebaut würden, „die Verringerung des Angebots an billigen Altbauwohnungen durch Aufwertungsmodernisierung die Lage der unteren Einkommensgruppen absolut verschlechtern (werde).“¹⁴ Sie äußern daher die Vermutung, daß „die bisherige Modernisierungs- und Erneuerungspolitik dazu beiträgt, daß sich die Wohnversorgung der unteren Einkommensgruppen absolut verschlechtert.“¹⁵

M.E. steht die kommunale Politik vor einer grundsätzlichen Richtungsentscheidung: Schreibt sie die soziale Spaltung der Stadt fest oder versucht sie ernsthaft, diese zu beseitigen. Vieles deutet bisher darauf hin, daß die kommunale Politik versucht, durch „Um-schichtung, Entmischung und repressive Abgrenzung gegensätzlicher sozialer Räume (...), selektive beschäftigungspolitische Maßnahmen und sich ausweitende fiskalische Hilfen (...) die schlimmste Not der 'neuen Armen' zumindest unter einem bestimmten Niveau der Wahrnehmbarkeit zu halten“¹⁶ und eine tiefgreifende Erschütterung des Systems, trotz anhaltender sozialer Spaltung, zu vermeiden.

Auch weil es auf dem SGK-Kongreß wiederholt erwähnt worden ist, empfehle ich einen Blick in das kommunalpolitische Programm der Jusos von 1971. In

diesem Programm wird als Ziel der Kommunalpolitik formuliert, „vor allem die Nachteile der lohnabhängigen Bevölkerung und der benachteiligten Schichten gegenüber den einkommensstarken Bürgern zu beseitigen.“¹⁷ Meine Empfehlung ist: Nicht nur in nostalgischen Erinnerungen schwelgen, sondern an diese Forderungen anknüpfen! Einen richtigen Schritt in diese Richtung hat die SPD Hannover-Stadt getan. Sie erklärt in ihren „Thesen zur weiteren Stadtentwicklung“: „Bei der Realisierung von Projekten in den Stadtteilen müssen eindeutige Prioritäten in Brennpunkten mit besonderen Belastun-

Bodenwertzuwachssteuer, Planwertausgleich und Aufsplitterung des Eigentums am Boden in ein Verfügungs- und ein Nutzungseigentum - diese Stichworte sind aktuell.

gen gesetzt werden.“¹⁸ Nun ist dies nicht gerade ein sozialrevolutionärer Ansatz, aber angesichts anderer Beiträge in der sozialdemokratischen Diskussion bin ich schon mit wenig zufrieden.

4. Handlungsfähigkeit zurückgewinnen

Um die Städte in die Lage zu versetzen, den beschriebenen Anforderungen gewachsen zu sein, sind m.E. grundlegende Reformen vor allem in vier Bereichen notwendig:

- die Finanzausstattung der Städte,
- das Verhältnis zwischen den Städten und ihrem Umland,
- die Einflußnahme der BürgerInnen und
- die Bodenordnung.

4.1. „Nur reiche Leute können sich eine arme Stadt leisten.“¹⁹

Die finanzielle Lage der Städte spitzt sich ständig weiter zu. So werden z.B. die geplanten Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz und die Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe

den Kommunen erhebliche Mehrbelastungen aufbürden. Aber es sind v.a. strukturelle Fehlentwicklungen, die die Städte belasten. Die Sozialversicherungssysteme decken heute typische Lebensrisiken nicht mehr ausreichend ab, häufig bleibt als letzte Auffangmöglichkeit nur noch die Sozialhilfe. Im Ergebnis „entwickeln sich die Einnahmen der Großstädte in Deutschland seit Jahren wesentlich weniger dynamisch als ihre Ausgaben.“²⁰

Daher ist eine *grundlegende Reform der Kommunalfinanzierung dringend notwendig*. M.E. muß es darum gehen, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen überhaupt erst wieder herzustellen und damit die kommunale Selbstverwaltung zu sichern. Zu meiner Überraschung ist jedoch weder in dem „Manifest der Oberbürgermeister“ noch auf den beiden Kongressen ausführlich über diese Reform diskutiert worden.

Immer wieder angesprochen wurde hingegen das „spektakuläre Ungleichgewicht zwischen den Großstädten und ihrem Speckgürtel.“²¹ Die großen Städte erfüllten zahlreiche Aufgaben für das Umland, ohne daß ihnen hierfür die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Auch aus diesen Gründen sei eine Reform der Kommunalfinanzierung notwendig.

4.2. Regionalisierung

Daneben ist es jedoch mindestens ebenso wichtig, zu erkennen, daß eine isolierte Entwicklung der Kernstadt undenkbar ist. „Zu beobachten ist eine historisch neue Einbeziehung und Abhängigkeit des Umlandes in die urbane Ökonomie.“²² Daher wird es nur eine gemeinsame Entwicklung von Kernstadt und Region geben können.

Bisher besteht jedoch ein undurchschaubares Neben- und z.T. auch Gegeneinander unterschiedlicher Einrichtungen, die in der Region Einfluß nehmen. Bezirksregierung, Bezirksplanungsrat, Industrie- und Handelskammer, die unterschiedlichsten Zweckverbände und eine Vielzahl privater und öffentlicher Vereine - sie alle mischen sich ein. In NRW wird mit der regionalisierten Strukturpolitik zwar ein Versuch unternommen, in den Regionen endogene Kräfte zu erschließen, aber bisher stellen die Regionalkonferenzen nur ein weiteres zusätzliches Gremium dar, dessen demokratische Legitimation für die BürgerInnen nicht durchschaubar ist und

dessen Einflußmöglichkeiten sehr begrenzt sind.

Notwendig wären entschlossene Schritte auf die *Einrichtung regionaler Wirtschafts- und Sozialräte* hin. Diese Wirtschafts- und Sozialräte müßten sowohl eine repräsentative und demokratisch legitimierte Zusammensetzung haben als auch über tatsächliche Entscheidungskompetenz verfügen. Diese Institution ist zwar im Grundsatzprogramm der SPD verankert, z.Zt. geschieht jedoch nichts, um ihrer Einrichtung näher zu kommen.

4.3. „Demokratie in allen Lebensbereichen“²³

Mehrere Autoren und RednerInnen beklagen einen „Rückzug ins Private“ und sehen sich aufgerufen, diesen Prozeß wieder umzukehren. Die geeigneten Mittel hierzu habe ich jedoch bisher vergeblich gesucht. Dabei ist diese Diskussion nicht neu. Bereits im kommunalpolitischen Grundsatzprogramm der SPD von 1977 wird der „Ausbau von Mitsprache und Mitverantwortung der Bürger“²⁴ gefordert.

Touraine plädierte auf dem SGK-Kongreß für eine „Graswurzel-Demokratie“, die aus den Stadtteilen wachsen

solle, und forderte eine „Politik des Dialogs“ ein. Auch Prof. Dr. *Marco Venturi* hat in seinem Vortrag darauf hingewiesen, daß die Weiterentwicklung der demokratischen Strukturen mit den Veränderungen der städtischen Gesellschaften nicht mithalte. Während für die BürgerInnen als WählerInnen nach wie vor das Wohnortprinzip gelte, sei in der alltäglichen Lebenswirklichkeit dieser Wohnort schon längst nicht mehr der alleinige Lebensmittelpunkt. Arbeitsstätte und Orte der Freizeit lägen häufig in anderen Kommunen, auf deren Politik diese BürgerInnen jedoch keinen Einfluß nehmen könnten. Um dieser Fehlentwicklung entgegenzuwirken schlug er vor, über neue Entscheidungsebenen nachzudenken.

Während *Venturis* Überlegungen möglicherweise auf die von mir erwähnten regionalen Wirtschafts- und Sozialräten hinauslaufen könnten, setzt *Touraine* weiter unten an. Kommunale Bürgerbegehren und -entscheide könnten Ansätze seiner „Graswurzel-Demokratie“ sein wie Workshops der Volkshochschulen, Sanierungsbeiräte, Anwaltsplanungen oder andere Formen der BürgerInnenbeteiligung. Doch auch hierbei darf es letztlich nicht bleiben, weitergehende Ansätze müssen gesucht werden.

4.4. Eine neue Bodenordnung

Klaus Wedemeier, der Vorsitzende der Bundes-SGK, verwies in seinem Eröffnungsreferat auf dem SGK-Kongreß darauf, daß „Probleme der Bodenordnung“ bereits 1971, im kommunalpolitischen Arbeitsprogramm der Jusos, als Hauptursache für die Fehlentwicklungen in den Städten angesehen worden sind, und bezog sich positiv auf die Beschlüsse zur Bodenrechtsreform des SPD Bundesparteitags 1973. Und in der Tat, die Stichworte der damaligen Diskussion sind bis heute aktuell: Bodenwertzuwachssteuer, Planwertausgleich und Aufspaltung des Eigentums am Boden in ein Verfügungs- und ein Nutzungseigentum. Diese Forderungen wieder aufzunehmen, ist notwendiger Bestandteil einer Strategie, die den Städte ihre Handlungsfähigkeit zurückgeben will.

- 1 Georg Kronawitter (Hrsg.): *Rettet unsere Städte jetzt! Manifest der Oberbürgermeister*; Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1994
- 2 Dieter Sauberzweig: „Die Bewohnbarkeit der Stadt“; Rede auf dem Kongreß „Die Stadt“ im Oktober 1995
- 3 Henning Voscherau: *Die Großstadt als sozialer Brennpunkt - am Beispiel Hamburg*; in: Georg Kronawitter (Hrsg.): a.a.O.
- 4 So z.B. Henning Voscherau, a.a.O.
- 5 Dieter Sauberzweig, a.a.O.
- 6 Zahlen aus: *Straßenbaubericht 1995 der Bundesregierung*
- 7 Norbert Burger: *Eine neue Verkehrspolitik in unseren Städten - am Beispiel Köln*; in: Georg Kronawitter (Hrsg.): a.a.O.
- 8 Norbert Burger, ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Henning Voscherau, a.a.O.
- 13 Henning Voscherau, a.a.O.
- 14 Hartmut Häußermann/Walter Siebel: *Neue Urbanität*, Frankfurt a.M. 1987
- 15 Ebd.
- 16 Josef Esser/Joachim Hirsch: *Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie*; in: Walter Prigge (Hrsg.): *Die Materialität des Städtischen*, Basel/Boston 1987
- 17 Wolfgang Roth (Hrsg.): *Kommunalpolitik - für wen? Arbeitsprogramm der Jungsozialisten (Dokumentation einer Konferenz am 24. und 25.04.1971 in Mannheim)*, Frankfurt a.M. 1979
- 18 SPD Unterbezirk Hannover - Stadt, *Thesen zur weiteren Stadtentwicklung*, beschlossen im Mai 1995
- 19 Georg Kronawitter; in: Georg Kronawitter (Hrsg.), a.a.O.
- 20 Andreas von Schoeler: *Die Großstadt als Sanierungsfall - am Beispiel Frankfurt am Main*, in: Georg Kronawitter (Hrsg.), a.a.O.
- 21 Andreas von Schoeler, a.a.O.
- 22 Martina Koelschky: *Editorial Heft 02/95 der Zeitschrift „Forum Wissenschaft“*
- 23 Vorstand der SPD (Hrsg.): *Kommunalpolitisches Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Beschl. vom SPD-Bundesparteitag 1975 in Mannheim)*, Bonn 1979
- 24 Ebd.

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

am 3. und 4. Februar 1996, also unmittelbar nach Erscheinen dieses Heftes, findet in Berlin der Kongreß „Crossover - für einen radikalreformistischen Neuanfang“ statt, der ein großer Erfolg zu werden verspricht. Das nächste Heft wird Anfang April als gemeinsame Ausgabe der veranstaltenden Zeitschriften *Andere Zeiten*, *Utopie kreativ* und *spw* erscheinen und sich schwerpunktmäßig mit diesem Kongreß, seinen Diskussionen und den sich daraus ergebenden Perspektiven befassen.

Am 9. und 10. Dezember 1995 fand ein Kongreß anlässlich des 100. Todestags von Friedrich Engels statt, den eine Reihe von Juso-Bezirken und die Zeit-

schrift *spw* veranstalteten und an dem über 100 Genossinnen und Genossen teilnahmen. Die Referate und Diskussionen dieses Kongresses, darunter insbesondere ein längerer grundlegender Beitrag des *spw*-Mitherausgebers Peter von Oertzen zu den Theorien von Marx und Engels, werden in einer Broschüre dokumentiert, die voraussichtlich ab März beim *spw*-Verlag für 5,- DM plus Versandkosten erhältlich sein wird.

Vom 26. bis 28. April 1996 wird die Frühjahrstagung von *spw* bzw. ihres Projekts *Moderner Sozialismus* stattfinden, voraussichtlich zum Oberthema „Sustainable Development im Kapitalismus - immanente Aufgabe oder Systemüberwindung?“. Ausgehend von der Studie „Sustainable Europe“ (vgl. *spw* 86) und der Kritik daran sollen Perspektiven des ökologischen Umbaus und der Ökologiebewegung diskutiert werden. Wer daran Interesse hat und teilnehmen möchte, kann sich bei der *spw*-Redaktion melden.

Ralf Krämer

Volkswagen: Innovative Unternehmensstrategie oder modernisierter Klassenkampf?

von Barbara Underberg*

Mein Wunsch an die Gewerkschaften ist, daß wir unsere Autos dann bauen, wenn man sie verkaufen kann - und daß weniger gearbeitet wird, wenn die Kunden weniger Autos kaufen." Die Erfüllung dieses Wunsches von VW-Chef Ferdinand Piëch ist durch die letzte Tarifrunde wieder ein Stück nähergerückt. Flexibilisierungshardliner wie Piëch sind aufgrund unvermindert anhaltender Produktivitätssteigerungen einerseits, politischer Rückendeckung durch die Bonner Regierungsparteien und durch den geschröckerten Teil der SPD andererseits derart in der Offensive, daß sie sich um sozialpartnerschaftliche Höflichkeiten kaum noch kümmern müssen. Die Gewerkschaften, auch die mitgliederstärkste IG Metall, verharren in dem Dilemma zwischen Abwehrkampf und Gestaltungszwang. So konnte der VW-Chef im Vorfeld der vergangenen Tarifaueinandersetzung unbeirrt verkünden, daß er am liebsten im Frühjahr an sechs und im Herbst an drei Tagen pro Woche arbeiten ließe.

Die sogenannte Viertagewoche des Volkswagenwerkes sorgte bei ihrer Einführung Anfang 1994 für Furore, da sie das Kunststück zu vollbringen schien, einen für alle Seiten tragbaren Interessenausgleich unter verschärften ökonomischen Bedingungen herzustellen. Auch die Neuauflage der Viertagewoche im letzten Jahr lief medienwirksam unter dem Ticket der Beschäftigungssicherung. Doch Skepsis ist angebracht, sieht man sich die Situation des Automobilherstellers und seiner Beschäftigten genauer an. Erst der Vergleich des ersten Tarifabschlusses mit seiner konkreten Umsetzung und die Betrachtung der VW-Unternehmensstrategie als Ganzes ermöglichen eine realistische Einschätzung dieses als innovativ bekannt gewordenen Modells. Andererseits gewinnt die Betrachtung dieses Modells in der gegenwärtigen Debatte um ein "Bündnis für Arbeit" wieder an

Bedeutung, da es den Blick lenkt auf das Instrument der Arbeitszeitverkürzung zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigung - ein Instrument, das Anfang der 80er Jahre im Mittelpunkt der Gewerkschaftspolitik stand, und nunmehr der Auseinandersetzung um Arbeitszeitflexibilisierung und Lohnkostensenkung gewichen ist.

Die Volkswagen AG ist nach der Daimler Benz AG das zweitgrößte deutsche Industrieunternehmen. Allein in den westdeutschen VW-Werken arbeiten 100.000 Beschäftigte, etwa 3.000 in Ostdeutschland und ca. 97.000 in ausländischen VW-Unternehmen beschäftigt. In Westdeutschland, für das die Viertagewoche gilt, gibt es sechs VW-Werke, fünf davon in Niedersachsen. Das Land Niedersachsen hält als VW-Großaktionär zwanzig Prozent der Stammaktien. VW ist hier der größte Arbeitgeber, mehr als 180.000 ArbeitnehmerInnen arbeiten direkt oder indirekt für VW, das entspricht fast einem Drittel aller niedersächsischen Industriearbeitsplätze. Durch die Konjunkturkrise ging 1993 die Inlandsproduktion um 27 Prozent auf knapp 1,5 Millionen Fahrzeuge zurück. Grundsätzlich gehen Managementberechnungen davon aus, daß bis zum Jahr 1999 weltweit 50.000 der heute noch 240.000 VW-Arbeitsplätze überflüssig werden, 30.000 hiervon in der Bundesrepublik.

Erste Runde: Flexibilisierung für 30.000 Arbeitsplätze

Das Volkswagenwerk, das keinem Arbeitgeberverband angehört und einen Haustarifvertrag hat, befand sich Ende 1993 in einer für die Automobilindustrie typischen Situation: Durch hohe Produktivitätssteigerungen einerseits und konjunkturbedingte Absatzschwierigkeiten andererseits gab es einen von der Geschäftsführung auf 30.000 Beschäftigte bezifferten Personalüberhang. Um Massenentlassungen zu vermeiden, wur-

de für die kommende Tarifrunde die sogenannte Viertagewoche in die Diskussion gebracht und nach relativ kurzer Auseinandersetzung zwischen Unternehmensführung, IG Metall und Betriebsrat zum 1. Januar 1994 eingeführt.

Die wesentlichen Eckpunkte dieses Modells waren eine Arbeitszeitverkürzung von 36,0 auf 28,8 Wochenstunden, die auf vier oder fünf Arbeitstage verteilt werden konnten, und eine generelle Beschäftigungssicherung, d.h. während der Laufzeit durfte kein Personal aus betrieblichen Gründen entlassen werden. Der Tarifvertrag war begrenzt bis Ende 1995, also bis zur voraussichtlichen Verbesserung der Auftragslage. Es wurde davon ausgegangen, daß die jährliche Lohneinbuße etwa 11 bis 16 Prozent ausmachen würde: "Sonderzahlungen", der größte Teil des Urlaubsgeldes, die eigentlich fälligen Lohn- und Gehaltserhöhungen um 3,5 Prozent und andere tarifliche Rechte fielen weg und wurden auf den gekürzten Lohn aufgeschlagen; VW zahlte einen Teillohnausgleich von etwa zwei (sic!) Prozent. Die Zuschlagspflicht für Mehrarbeit setzte erst ab 35 Wochenstunden ein, d.h. es wurde eine kostenneutrale Arbeitszeitflexibilität von 6,2 Stunden pro Woche ermöglicht.

Das Unternehmen sparte durch den Verzicht auf Massenentlassungen teure Abfindungen und die Kosten für Sozialpläne, andererseits behielt VW fähiges Personal, das beim wirtschaftlichen Aufschwung wieder voll eingesetzt werden konnte. Bereits 1993 wurde durch klassischen Personalabbau (Vorruhestand, Aufhebungsverträge, Nutzung der Fluktuation) der Aufwand für Löhne, Gehälter und Soziales um nahezu zwei Milliarden DM auf 10,8 Milliarden Mark gedrückt. Die Personalkosten am Umsatz stiegen jedoch. "Die Volkswagen AG hatte 1993 eine Steigerung des Personalaufwandes von 24,5 auf 25,2% des Umsatzes. Diese Steigerung resultierte vor allem aus Personalabbaukosten. Ohne diese Position wäre der Personalaufwand zwischen 0,5 und 1 Prozentpunkt

* Barbara Underberg, Bochum, spw-Redaktion

gesunken." (Volkert/Widuckel-Mathias 1994, 20f.). Durch die Viertagewoche sollten erneut jährliche Minderausgaben von 1,6 bis zwei Milliarden DM entstehen.

Zwei weitere, zum Zeitpunkt der Einführung der Viertagewoche noch nicht verhandelte Stufen des Modells sahen die Einführung eines Block- und eines Stafetten-Modells vor. Ende Mai 1994 einigten sich VW-Vorstand und IG Metall über diese beiden Bestandteile des Arbeitszeitpaketes. Nach dem Block-Modell können die Beschäftigten bis zu drei Monaten pro Jahr kurzarbeiten, wobei es einen Firmenzuschuß zum Kurzarbeitergeld der Bundesanstalt für Arbeit gibt, so daß im Schnitt 85 Prozent des Nettoeinkommens gesichert sind. Das Stafetten-Modell ermöglicht den stufenweisen Eintritt von Lehrlingen in Vollarbeitsverhältnisse und das stufenweise Ausscheiden älterer Beschäftigter.

Die Praxis der "Viertagewoche"

Die Viertagewoche, die erstmals tarifvertraglich drastische Arbeitszeitverkürzung mit beschäftigungssichernden Elementen verband, wich in ihrer realen Umsetzung teilweise erheblich von ihren eigentlichen Zielen ab. Hierbei hat sich auch die Art der Schwierigkeiten im Zeitablauf erkennbar verändert.

Anfangs gestaltete sich die Umsetzung der Viertagewocheschwierig, da sich einerseits die Auftragslage verbesserte, andererseits organisatorische Probleme mit dem neuen Arbeitszeitmodell und bei der Berechnung des Personalbedarfs auftraten. Im April 1994 arbeitete ein Großteil der Beschäftigten weiterhin an fünf Tagen pro Woche. So schrumpfte z.B. in Wolfsburg die tägliche bezahlte Arbeitszeit in der Produktion von 7,12 Stunden auf 5,46 Stunden, d.h. die Beschäftigten sind inklusive Pause sechs Stunden im Betrieb anwesend, die Angestellten hingegen arbeiten an vier Tagen pro Woche 7,12 Stunden. Die Verteilung der Arbeitszeit auf fünf Wochentage hat für die ProduktionsarbeiterInnen im Vergleich zu den Beschäftigten des indirekten Bereiches einen verminderten Anstieg ihrer Lebensqualität durch die verkürzte Arbeitszeit zur Folge, da sie keinen zusätzlichen freien Tag haben und sich auch ihre Fahrtzeiten zum Arbeitsplatz nicht verringern.

Bereits im Mai gab es im Transporterwerk Hannover, in dem eine verbesserte Auftragslage zu verzeichnen war,

erste Pläne zur Rückkehr zur Fünftagewoche. Mehrarbeit wurde hier bis zu 35 Wochenstunden - wie in Wolfsburg und Kassel auch - ohne Mehrarbeitszuschlag geleistet. Geplant war von der Hannoveraner Betriebsleitung stattdessen ein Freizeitausgleich in konjunkturschwachen Zeiten. Die IG Metall lehnte dies ab, da ein Rückgang der Auftragslage nicht erwartet wurde. So schloß man im Juli auf Drängen der IG Metall in Hannover eine Vereinbarung über die Wiedereinführung der Fünftagewoche mit 35 Wochenstunden. Ursprünglich sollte die Produktionssteigerung gewährleistet werden durch 1.200 Beschäftigte aus anderen Werken. Jedoch war nur die Hälfte der erforderlichen Beschäftigten bereit, zeitweise nach Hannover zu wechseln. Der Widerstand der Beschäftigten gegen ihr "Verleihen" führte Ende 1994 zum sogenannten Generationenvertrag. Ebenfalls im Juli zeichnete sich ein Personalengpaß im Wolfsburger VW-Werk ab. Statt Betriebsferien zu machen, produzierten daher 6000 der Beschäftigten 35 Stunden wöchentlich verschiedene VW-Modelle.

Der "Generationenvertrag"

Im November des gleichen Jahres wurde der "Generationenvertrag" abgeschlossen, der den Tarifvertrag zur 28,8-Stundenwoche ergänzte. Dieser Vertrag galt von Ende November 1994 bis Ende 1995 und sollte nicht verlängert werden; die Beschäftigten kehrten Ende 1995 in ihre Stammwerke zurück. Ziel des Vertrages war der Ausgleich der Unterschiede in der Auftragslage der deutschen VW-Werke und die Neuregelung des Vorruhestandes: Die Frührente ab 60 Jahren von etwa 2000 Beschäftigten sollte Entlassungen überflüssig machen, dafür verpflichteten sich die Jüngeren zur Mobilität. Wurde ein "zumutbares Beschäftigungsangebot" nicht angenommen, konnte die Kündigung erfolgen. 600 Produktionsarbeiter aus der nicht-ausgelasteten Passatfabrik in Emden und 540 von anderen Standorten haben so nach Hannover wechseln müssen.

Das Stafettenmodell war Ende 1994 für fünf der sechs VW-Werke ausgesetzt, so daß die Ausgebildeten zum größten Teil in Vollzeitbeschäftigungen übernommen wurden. Die Viertagewoche, die teilweise Einkommensverluste von 10.000 DM jährlich zur Folge hat, führte zu Auseinandersetzungen zwi-

schen der IG Metall und der IG Bau-Steine-Erden, da im östlichen Niedersachsen (Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter) verstärkt "Schwarzarbeit" in der Baubranche auftrat. Diese Entwicklung wird von der IG BSE auf die VW-Beschäftigten, die aufgrund der Einkommenseinbußen hinzuverdienen müssen, zurückgeführt.

Letztlich hat die Arbeitszeitflexibilisierung zu erheblichen Kostensenkungen und steigender Nachfrageorientierung, zur Anpassung an den "buyers market" im Interesse der Unternehmensleitung geführt. "Allein bei Volkswagen im Werk Wolfsburg haben wir 150 unterschiedliche Arbeitszeitmodelle und Schichtsysteme etabliert, die zugeschnitten auf die Erfordernisse der jeweiligen Bereiche sind. Bezogen auf die 6 westdeutschen VW-Werke ist in Abhängigkeit von Marktbedingungen im Jahr 1994 eine Bandbreite in der jahresdurchschnittlichen Wochenarbeitszeit pro Beschäftigten zwischen ca. 29 und 32 Stunden gearbeitet worden, wobei die Atmungsmöglichkeiten über Mehrarbeit mit anschließender Freizeitnahme bereits rechnerisch saldiert worden sind. In Abhängigkeit von Nachfrage- und zur Abfederung technischer Restriktionen ist auch bei verkürzten Arbeitszeiten unvermindert auf den Samstag zurückgegriffen worden. Das heißt: Mit der Verkürzung der Arbeitszeit sind nicht verringerte, sondern gewachsene Flexibilitätsspielräume entstanden, die auch in der Praxis genutzt werden" (Widuckel-Mathias 1995, 28). 20.000 der 30.000 zur Disposition stehenden Arbeitsplätze wurden in der ersten Runde der Viertagewoche durch den Tarifvertrag gesichert, weitere 6000 fielen unter die Vorruhestandsregelung.

"Philosophie" der Grenzenlosigkeit

Chancen und Risiken flexibilisierter Arbeitszeitmodelle - insbesondere im Hinblick auf die Interessen der Beschäftigten - lassen sich nur auf Grundlage der gesamten Produktions- und Arbeitsorganisation einschätzen. Dies gilt genauso für die Volkswagen AG und ihre Unternehmenspolitik. Die Aufspaltung der Betriebe in selbständige Produktionseinheiten, in sogenannte profit center, die engere Bindung von Zulieferern und die Auslagerung von Teilen der Produktion in Billiglohnländer setzt sich hier - wie in den anderen deutschen

Automobilwerken auch - mehr und mehr durch. So gibt es seit 1987 das Gemeinschaftsprojekt Autolatina zwischen VW und Ford in Brasilien und Argentinien, das durch einen intensiven Komponentenaustausch der Unternehmen gekennzeichnet ist. Aufgrund mangelnder Rentabilität für VW wird das Projekt nun entflochten, die VW-Standorte in Südamerika bleiben jedoch erhalten. Ein Gemeinschaftsprojekt mit Ford in Portugal ist in Planung (Autoeuropa). Zudem gibt es Absichtserklärungen über die Errichtung einer VW-Produktionsstätte in Indien.

VW integriert seine Zulieferer in die eigene Montage, wobei den Zulieferern auch VW-Personal überlassen wird. So wurde die Zulieferfirma Conti-Tech in Salzgitter auf dem VW-Werksgelände angesiedelt, wo sie Schlauchsysteme für Servolenkungen und Klimaanlage herstellt, die bundesweit an die VW-Werke geliefert werden. Zunächst 50 Beschäftigte sind dem Zulieferer überlassen worden, weitere 150 werden wechseln. Diese ehemaligen VW-Beschäftigten müssen Lohnneinbußen hinnehmen, da sie nun dem wesentlich ungünstigeren Lieferantentarifvertrag der Chemieindustrie unterworfen sind, der die Arbeitszeit höher und den Lohn niedriger bemißt als der VW-Vertrag. Ein ähnliches Prinzip ist im EDV-Bereich feststellbar. Zur Hälfte vergibt Volkswagen EDV-Arbeiten an Fremdfirmen, womit die eigenen EDV-Abteilungen unter erhöhten Leistungsdruck geraten. Eine dieser Fremdfirmen ist die hundertprozentige VW-Tochter GEDAS, bei der nicht die 28,8-Stundenwoche gilt, sondern die Beschäftigten 40 bis 50 Stunden wöchentlich arbeiten. Die zwischenbetrieblichen Grenzen werden also ebenso konsequent überschritten und durchlässiger wie die nationalen. Aus der Unternehmenseinheit Volkswagen wird nach und nach ein für die klassische gewerkschaftliche Interessenvertretung immer schwerer zu beeinflussendes heterogenes Betriebskonglomerat.

Zweite Runde: Weitere Flexibilisierung für 30.000 Arbeitsplätze

In diesen Zusammenhang ist auch die Tarifrunde 1995 einzuordnen. Der "Wunsch" von Piëch, die Arbeitszeiten vollständig den Absatzschwankungen unterzuordnen, macht die unterneh-

mensstrategische Stoßrichtung überdeutlich - und der Tarifabschluß bestätigte diesen Eindruck schließlich auch. Obwohl konzernweit der Überschuß vor Steuern im ersten Halbjahr mit 616 Millionen Mark auf das Elffache (!) des Vorjahreswertes stieg, die rezessionsbedingte Schwäche also überwunden ist, stand Kostensenkung auch in der aktuellen Tarifaueinandersetzung wieder im Mittelpunkt. Erhöht wurde der Druck auf Beschäftigte und Gewerkschaft noch durch die Intervention des niedersächsischen Ministerpräsidenten und VW-Aufsichtsratsmitglieds Schröder. Er und sein Berater Alfred Tacke schalteten sich im Juni in die Anfang August beginnende Tarifaueinandersetzung ein und unterstützten Piëch mit ihrer Forderung nach dem Samstag als Regelarbeitstag. Tacke machte neben Wechselkursänderungen die Tarifpolitik der IG Metall für die Auslagerungen der Produktion ins Ausland verantwortlich.

In den eigentlichen Verhandlungen, die von zahlreichen Protesten der Belegschaften begleitet wurden, zeichnete sich schnell ab, daß der Kompromiß wie beim letzten Tarifvertrag lautet: Beschäftigungssicherung gegen Kostensenkung durch Flexibilisierung. Die Arbeitgeberseite sagte Produktivitätszuwächse von fünf bis sieben Prozent jährlich voraus, wodurch erneut 30.000 Arbeitsplätze zur Disposition stünden. Aufgrund der Arbeitsniederlegungen konnte es im Unterschied zur letzten Tarifrunde nicht abermals zu Entgelt-einfrierungen kommen, obschon die letztlich erreichte Steigerung von vier Prozent - gefordert waren sechs Prozent - real eher einer „schwarzen Null“ gleicht. Eckpunkte des Tarifabschlusses, der unbefristet gilt und frühestens ab Ende 1997 gekündigt werden kann, sind die folgenden:

- Die 28,8-Stundenwoche wird mit entsprechender Lohnkürzung fortgesetzt. Die Arbeitszeit kann ungleich verteilt werden: Maximal acht Stunden täglich und 38,8 Stunden pro Woche sind nun möglich. Der Spielraum unbezahlter (zuschlagfreier) Mehrarbeit ist demnach von 6,2 auf 10 Stunden wöchentlich erweitert worden. Die Überstundenzuschläge, die nun erst ab 38,8 Wochenstunden zu zahlen sind, werden von bislang 40 bis 50 Prozent auf einheitlich 30 Prozent gekürzt. Lohnkostensenkungen werden also auf zwei Ebenen erreicht: Einerseits durch den erweiterten Flexibilitätsspielraum auf bis zu 38,8 Wo-

chenstunden, andererseits werden die darüber hinausgehenden Stunden geringer vergütet.

- Beschäftigungsschecks werden eingeführt, die Arbeitszeit ist innerhalb eines Kalenderjahres auszugleichen. Durch die Länge des Ausgleichszeitraums ist bereits jetzt eine flexible Anpassung der Arbeitszeiten an saisonale Schwankungen - wie Piëch wünscht - möglich.

- Löhne und Gehälter werden in einer gemeinsamen Entgelttafel festgelegt. Die Erhöhung um vier Prozent hat eine Laufzeit von 19 Monaten. Es wird ein Einkommenszuschlag von insgesamt 1000 DM zwischen August und Dezember '95 gezahlt. Das Urlaubsgeld wird angehoben.

- Der Samstag wird kein Regelarbeitstag. Gearbeitet werden kann - so regelt es der Arbeitszeittarifvertrag - an 12 außerordentlichen Produktionssamstagen jährlich. Hierzu ist die Zustimmung des Betriebsrates erforderlich.

- Alle Auszubildenden werden unbefristet übernommen.

- Die stündlichen Erholungspausen in der Produktion werden von 5 auf 2,5 Minuten gekürzt. (Diese Kürzung wollte VW bereits im ersten Tarifvertrag zur Viertagewoche durchsetzen, dort scheiterte sie noch am Widerstand von IG Metall und Betriebsrat.) Parallel gibt es für alle Beschäftigten im indirekten Bereich eine unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit von 28,8 auf 30 Wochenstunden. Regelungen, die bislang zu den Mindeststandards gehörten, werden so zurückgeschraubt; letztlich werden hierdurch die Mindeststandards kontinuierlich gesenkt.

Nach knapp sechs Wochen wurde die VW-Tarifrunde beendet, Tarifkommission und Vorstand der IG Metall stimmten dem Abschluß Mitte September 1995 zu.

Ausdehnung zeitlicher und räumlicher Verfügbarkeit

Wenn auch gegenüber den durchschnittlichen effektiven Arbeitszeiten eine Verkürzung von etwa drei bis sechs Stunden wöchentlich zu verzeichnen ist, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Kern des "Deals" nicht Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungssicherung, sondern Ausdehnung der Flexibilitätsspielräume bei gleichzeitig ver-

stetigter Lohnkostensenkung ist. Die Flexibilisierungen beziehen sich nicht mehr nur auf eine zeitliche Verfügbarkeit der Beschäftigten, sondern werden ausgedehnt auf ihre geographische Verfügbarkeit: Der "Generationenvertrag" könnte demonstrativer kaum sein. Die Individualisierung, treffender: die Einzelung der Beschäftigten, wird hierdurch weiter vorangetrieben. Auch wenn dieser Vertrag zeitlich befristet war, so zeigt sich hieran doch, in welche Richtung der VW-Vorstand zielt, und welche unternehmensstrategischen Vorstöße in Zukunft zu erwarten sind.

Für Beschäftigte mit niedrigem Lohnniveau können die finanziellen Einbußen zu existenziellen Problemen führen. Die Konkurrenz unter den Beschäftigten wird so verschärft, die Solidarisierung von ArbeitsplatzbesitzerInnen mit Menschen ohne Beschäftigung erschwert. Die Neuauflage der "Viertagewoche" zeigt das wachsende Kräfteungleichgewicht zwischen den Tarifparteien. Trotz der bereits Anfang 1994 eingeführten 28,8-Stundenwoche stand in der aktuellen Tarifrunde die gleiche Anzahl von 30.000 Arbeitsplätzen zur Disposition, die nach Aussage der Arbeitgeber nur mit erweiterten Flexibilisierungen und Entgeltkürzungen, die über die Flexibilisierungen und Kürzungen des ersten Tarifvertrages deutlich hinausgehen, zu halten seien. Für die Tarifrunde 1996 ist bereits das gleiche Szenario angekündigt, wieder werden 30.000 Arbeitsplätze als "Verhandlungsmasse" erhalten müssen. Mit ein und derselben Drohung will die VW-Führung also eine stetig ausgedehntere Flexibilisierung und Kostensenkung erreichen.

Das VW-Modell als Klassenkompromiß

Der "Sozialpartner" tut genau das, was man von ihm erwarten kann: nämlich alles, um möglichst kurzfristig möglichst hohe Profite zu erwirtschaften. Neu ist das nicht - insofern läßt sich die Piëch-Strategie relativ nahtlos einreihen in das Klassenkampfgeschrei der Gottschols, Stihls und Murmanns. Die Inspirationen der Arbeitgebervertreter beschränken sich insbesondere seit der letzten Rezession auf Angriffe gegen sämtliche gewerkschaftliche Errungenschaften der letzten 50 Jahre. Löhne sollen gekürzt, Arbeitszeiten verlängert und flexibilisiert, Arbeitnehmerrechte

abgeschafft werden. Dann müsse sich zeigen, ob Arbeitsplätze geschaffen oder weiter abgebaut würden - schließlich entschieden nicht die Arbeitgeber über die Beschäftigung, sondern der Markt. Mit dieser Borniertheit haben die Spitzenvertreter der Arbeitgeberverbände auch auf das "Bündnis für Arbeit" von IG Metall-Chefs Zwickel reagiert. Völlig unfähig, ihren Beitrag zur Lösung der strukturellen Probleme der bundesdeutschen Ökonomie zu leisten (was ihnen selbst ja mittel- und langfristig nützen würde), wird das unternehmerische Heil ausschließlich in der sofortigen Kostensenkung gesucht.

Vor diesem Hintergrund ist das VW-Modell vergleichsweise innovativ, da Kostensenkungen nicht nur erreicht werden durch Arbeitszeitflexibilisierung und Entgeltsenkung, sondern gleichsam durch drastische Arbeitszeitverkürzung. Das zentrale Element des Tarifvertrages für die Belegschaft und ihre Interessenvertretung, die Beschäftigungssicherung, konnte nicht zuletzt aufgrund der Stärke der niedersächsischen IG Metall durchgesetzt werden. Die Umsetzung der Viertagewoche zeigt erstens, daß Arbeitszeitverkürzung auch und gerade unter den herrschenden Bedingungen ein gangbarer Weg ist, sie zeigt zweitens, wie hoch der Preis ist, den die Beschäftigten zahlen müssen, um überhaupt noch arbeiten zu "dürfen". Unter veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ließe dieser Preis sich auch wieder drücken. Insofern ist das VW-Modell Ergebnis modernisierten Klassenkampfes, es ist ein Kompromiß, der aufgrund der relativen Stärke von Gewerkschaft und Betriebsrat innovative Elemente enthält. Es ist ein Klassenkompromiß, der die Folgen der Produktivitätszuwächse in traditionellen Branchen wie der Automobilindustrie für die Belegschaften lindern und den ökonomischen Strukturwandel begleiten kann.¹ Aber es bleibt ein Kompromiß, der die Interessen der Beschäftigten dem kurzfristigen Profitinteresse in jedem Falle unterordnet. Die Modernisierungswilligkeit der VW-Spitze sollte nicht überschätzt werden, sie hängt ab von den spezifischen Kräfteverhältnissen innerhalb des Unternehmens (bezeichnenderweise sind 98% der Beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder).² So gesehen sind die VW-Manager gezwungenermaßen "moderne" Klassenkämpfer, die genannten Arbeitgebervertreter und ihr Anhang

demgegenüber "unmoderne". Der Reformdruck auf das gesamte Kapital könnte sich entscheidend erhöhen, würden andere als "unmoderne" Wirtschaftspolitiker wie Schröder die Rahmenbedingungen gestalten.

Für die Durchsetzung eines sozial-ökologischen Strukturwandels, dessen Ziele demokratisierte Wirtschaftsstrukturen, Verteilungsgerechtigkeit und möglichst geringer Naturverbrauch sind, werden Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungssicherung eine große Rolle spielen, auch um für eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu sorgen. Ein echtes Bündnis für Arbeit muß geschaffen werden - mit den druckempfindlichen Teilen und gegen die unbearbar bornierten Teile der Kapitalfraktion. Für die radikalreformerische Linke ist hiermit eine anspruchsvolle Aufgabe verbunden: Alle für die Gestaltung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse maßgeblich verantwortlichen Akteure und Akteurskonstellationen müssen identifiziert und differenziert eingeschätzt werden. Diese "Fleißarbeit" ist erforderlich, wollen wir durch die Formulierung neuer Klassenkompromisse nicht weiter in die Defensive geraten, sondern strategische Reformen etablieren, die eine Verschiebung der sozialen Kräfteverhältnisse ermöglichen.

Literatur

- Betriebsvereinbarung über gleitende Arbeitszeit, gültig ab 1. April 1993. Wolfsburg, 26. Februar 1993
- Peters, Jürgen (Hg.): Modellwechsel. Die IG Metall und die Viertagewoche bei VW, Göttingen 1994
- Peters, Jürgen/Schwitzer, Helga/Volkert, Klaus/Widuckel-Mathias, Werner: Nicht kapitulieren - trotz Krise und Rezession. Der Weg zur Sicherung der Beschäftigung bei Volkswagen, in: WSI-Mitteilungen 3/94, S. 165-171
- Rosdächer, Jörg/Seifert, Hartmut: Temporäre Arbeitszeitverkürzungen zur Beschäftigungssicherung. Ein neuer beschäftigungspolitischer Ansatz?, in: WSI-Mitteilungen 12/94, S. 744-752
- Vereinbarung zur "4-Tage-Woche" (28,8 Std./Woche), Zentrales Personal- und Tarifwesen von Volkswagen (Hg.), Wolfsburg, Dezember 1993
- Widuckel-Mathias, Werner: Aufbruch in die Vergangenheit! Anmerkungen zu den arbeitszeitpolitischen Vorstößen von Gerhard Schröder und Alfred Tacke, in: spw 4/95, S. 28-29

1 Der Übertragbarkeit dieses Modells sind ohnehin Schranken gesetzt: Der VW-Haustarifvertrag ist genau auf das Unternehmen zugeschnitten, eine Verallgemeinerung dieser Regelungen durch Flächentarifverträge ist sowenig vorstellbar wie die Durchsetzung von Beschäftigungssicherung plus Arbeitszeitverkürzung per Betriebsvereinbarung (schon weil Betriebsräte durch das Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet sind, dem Unternehmensfrieden zu dienen, sie also keine Streiks organisieren dürfen).

2 Der Organisationsgrad im Durchschnitt aller Einzelgewerkschaften liegt bei etwas über 30%.

In den letzten Monaten ist die in Maastricht anvisierte europäische Wirtschafts- und Währungsunion immer stärker in die öffentliche Diskussion gekommen. Für 1996 soll eine Regierungskonferenz der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Überprüfung des Maastrichter Vertrages einberufen werden. Grund genug für eine Positionsbestimmung der Linken zu den Perspektiven der europäischen Integration. Allerdings ist kaum ein Thema innerhalb der Linken derart umstritten wie die Haltung zur EU. Dabei wird inzwischen von kaum einer Seite mehr ernsthaft bezweifelt, daß die Realisierung eines ökologisch-solidarischen Reformprojektes zwingend eine europäische Dimension aufweisen muß. Die in den Artikeln von Detlev Samland und Albert Statz/Christian Stierzing deutlich werdenden Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede in der Positionsbestimmung umreißen das programmatische Spektrum und verweisen auf weiteren Diskussionsbedarf. Die spw-Redaktion

Europa als linkes Zukunftsprojekt

von Detlev Samland

Wenn man als Sozialdemokrat die europapolitische Debatte der Linken - so es sie denn überhaupt noch gibt (sowohl die Debatte als auch die Linke) - in Deutschland verfolgt, kann einen helles Entsetzen befallen. Eine gesellschaftliche Kraft, die den Internationalismus immer dann hochhält, wenn der Anlaß möglichst weit von Europa entfernt liegt, aber zaudert und zögert, die politische Integration Europas als linkes Projekt zu begreifen, verliert ein erhebliches Stück Glaubwürdigkeit. Dies vorweggeschickt, will ich thesenartig die Notwendigkeit und Herausforderung dieses Projektes aufzeigen.

Prägende Merkmale einer linken Politik hat Willy Brandt einmal so definiert: „Und es bleibt als Kern allen sozialistischen Strebens die Idee einer klassenlosen Gesellschaft, die die ökonomische und politische Unterdrückung hinter sich gelassen hat: Es bleiben Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die großen Orientierungspunkte.“

Die Durchsetzung dieser Ziele ist auf nationaler Ebene längst nicht mehr möglich. Wenn Freiheit als selbstbestimmtes Handeln der Menschen definiert wird, ist Freiheit weder im Betrieb noch in der Gesellschaft durchsetzbar, wenn wir diesen Versuch auf den nationalen Bereich beschränken. Zum Beispiel bedürfen europaweite Betriebs- und Unternehmensfusionen einer europäischen Antwort im Bereich der Arbeitnehmerrechte. Wenn Gerechtigkeit so definiert wird, daß ein Ausgleich zwischen dem einen Drittel und den zwei Dritteln der Gesellschaft erreicht werden soll, wenn Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd erreicht werden

soll, dann stößt eine nationale Lösung sofort an Grenzen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit z.B. bedarf einer europäischen Strategie und einer Strategie, die zu einer weltweiten Verständigung auf soziale und ökologische Mindeststandards in der Produktion führt. Gerechtigkeit wiederum wird nur dort entstehen, wo Solidarität ein bestimmendes Prinzip einer Gesellschaft ist. Wenn

Einen europäischen Bundesstaat verwirklichen, der neben einer Wirtschafts- und Währungsunion, einer Sozial- und Umweltunion auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfaßt.

Solidarität so verstanden wird, daß sie Solidarität mit künftigen Generationen, mit den Fremden, mit den Hungernden, mit den Ausgegrenzten ist, dann ist Solidarität nur über die nationalen Grenzen hinaus durchsetzbar. Auch der Schutz der Umwelt wird eben nicht mit nationalen Konzepten verwirklicht werden können.

Die Europäische Integration kann die Alternative zum Nationalismus sein. Sie wird es aber nur sein, wenn sich die Linke diesem Projekt stellt, es zu ihrem macht, denn natürlich kann sich dieses Projekt auch in die entgegengesetzte Richtung entwickeln. Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, einen europäischen Bundesstaat zu verwirklichen, der neben einer Wirtschafts- und Währungsunion, einer Sozial- und Umwelt-

union auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfaßt.

Trotz erheblicher Fortschritte auf dem Weg der Integration, müssen wir feststellen, daß die Zustimmung zu diesem Prozeß in der Bevölkerung erheblich nachgelassen hat. Zunehmend nationalistische Töne prägen die Diskussion um die Europäische Union. Eine der Ursachen liegt nach meiner Auffassung darin, daß die Europäische Union auf wesentliche, die Menschen berührende Fragen keine oder nur unzureichende Antworten gegeben hat.

Dabei stehen die folgenden Aufgaben im Vordergrund:

1. Beschäftigungs- und Qualifizierungspakt

Die Europäische Union kann nur dann Arbeitslosigkeit bekämpfen, wenn die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft gemeinsam einen Beschäftigungspakt schließen. In einem Land, in dem jeder 3. Arbeitsplatz vom Export der Produkte abhängt, von dem wiederum rund 70% in Staaten Europas abgewickelt wird, ist eine nationale Beschäftigungsstrategie undenkbar. Und doch gibt es spezifische europäische Aspekte. Wir Sozialdemokraten wollen, daß

- in Ergänzung zur Strategie zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion ein Beschäftigungspakt Bestandteil europäischer Politik wird; wir betonen, daß wir sowohl an der Notwendigkeit der Währungsunion - gerade auch unter arbeitsmarktpolitischen Gründen - als auch an den Kriterien für diese Union festhalten; gerade die Währungsspekulationen der letzten Jahre haben bewiesen, daß es für ein exportorientiertes Land wie Deutschland darauf ankommt, Wechselkursveränderungen innerhalb Europas auszuschalten, denn sie gefährden Export und damit unmit-

Detlev Samland, Essen, MdEP, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments

telbar Arbeitsplätze in Schlüsselsektoren unserer Wirtschaft;

- über den Ausbau der transeuropäischen Netze im Bereich Verkehr, Telekommunikation und Energie neue Arbeitsplätze im produzierenden Sektor geschaffen werden; hierzu sind europaweit im ersten Schritt 14 Projekte zu verwirklichen; die Finanzierung (privat, öffentlich oder gemischt) erfolgt durch die Mitgliedstaaten;
- die Rahmenbedingungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze verbessert werden; dazu müssen wir den Anteil der Forschungsmittel an den Ausgaben der EU von heute 4% auf 6% steigern, dazu müssen wir die Anwendung der Forschungsergebnisse in neuen Produkten fördern; dazu müssen wir im Rahmen der Strukturfonds eine Risikokapitalfinanzierung für kleine und mittelständische Unternehmen vorsehen; dazu müssen wir den sozialen Dialog auf europäischer Ebene fördern;
- Privatinvestitionen in die dauerhafte Entwicklung vermehrt werden; dazu müssen wir die Besteuerung von der Arbeit auf die Verwendung von Ressourcen und die Schädigung der Natur verlagern; Ökokennzeichnung, Umweltbuchführung und -bilanzen müssen gefördert werden, um aus der Rücksicht auf die Natur einen positiven Wettbewerbsfaktor zu machen;
- im Rahmen der Welthandelsorganisation weltweit verbindliche Umwelt- und Sozialmindeststandards ausgearbeitet werden;
- das Sozialabkommen von 1993 als integraler Bestandteil des Unionsvertrages verpflichtende Orientierung für die europäische Politik wird; dazu sollte die Sozialverpflichtung unserer Verfassung auch im Europäischen Vertrag festgeschrieben werden.

2. Grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung

Es ist nicht einsichtig, daß die Europäische Union immer stärker zusammenwächst, daß aber in Feldern der Innenpolitik eine Zusammenarbeit auf der Strecke bleibt. *Wir brauchen*

- eine Umsetzung des Artikels 7a des Vertrags von Maastricht in allen EU-Ländern, so daß Personenkontrollen für Unionsbürger an den Binnengrenzen entfallen;
- eine grenzüberschreitende Polizeikooperation; dazu ist EUROPOL mit Ermittlungskompetenzen auszustatten,

die insbesondere die Gebiete Drogenkriminalität, organisierte Kriminalität, Menschenhandel, Geldwäsche und Kfz-Schmuggel umfassen;

- ein gemeinsames Asyl- und Einwanderungsrecht, da Europa als Ganzes sich den Herausforderungen von Flucht und Zuwanderung aus unterschiedlichen Motiven stellen muß;
- die Zuständigkeit der Europäischen Union in all diesen Bereichen und nicht die nicht einklagbare intergouvernementaler Zusammenarbeit, denn nur so kann parlamentarische Kontrolle sichergestellt werden.

3. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die Europäische Union ist ein Garant für Frieden im Inneren. Unser Ziel ist es, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der Union zu entwickeln. Denn nicht erst der Krieg im ehemaligen Jugoslawien hat die Konse-

Wir brauchen eine handlungsfähige und demokratisch kontrollierte Europäische Union.

quenzen eines Fehlens einer solchen Politik deutlich gemacht. *Wir brauchen*

- eine wirksame Außenpolitik der EU, die die Handelspolitik, die Politik der Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe integriert;
- eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der Ebene der EU; dazu sind die Befugnisse der WEU in die EU zu überführen; dazu soll die gemeinsame Verteidigungspolitik die Grenzen der EU und ihrer Mitgliedstaaten gewährleisten; dazu sollte die EU in die Lage versetzt werden, Funktionen im Hinblick auf die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit auf internationaler Ebene zu übernehmen;
- dazu Regeln, die es einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedstaaten möglich machen, humanitäre, diplomatische und militärische Aktionen, die als „gemeinsame Aktionen“ eingestuft werden, durchzuführen, wobei gewährleistet sein muß, daß kein Mitgliedstaat verpflichtet wird, sich daran zu beteiligen, wenn er dies nicht wünscht;

- Regeln, damit die demokratische Verantwortung durch das Europäische Parlament wie durch die nationalen Parlamente wahrgenommen werden kann; eine Entscheidung des nationalen Parlaments muß verbindlich sein, bevor die Regierung ihre Position im Ministerrat bezieht, eine Anhörung des europäischen Parlaments muß verbindlich sein, bevor der Rat einen gemeinsamen Standpunkt einnimmt;
- eine Streichung des Artikel 223 des EG-Vertrages, der heute noch eine Kontrolle der Waffenverkäufe an Drittländer erschwert;
- als ersten Schritt in Richtung auf einen Beitrag zur Konfliktverhinderung die Schaffung eines Europäischen Zivilen Friedenskorps mit Ausbildung von Beobachtern, Vermittlern und Spezialisten für die Konfliktlösung.

4. Erweiterung der Europäischen Union

Mit den Umbrüchen in Osteuropa haben sich auch für die Europäische Union neue Aufgaben gestellt. Dazu gehört, daß die Europäische Union auf weitere Mitgliedstaaten vorbereitet werden muß. *Wir brauchen*

- eine Reform der Politiken der EU, speziell im Bereich der Agrarpolitik und im Bereich der Strukturfonds, um damit die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft weiterer Länder zu schaffen; für die Agrarpolitik bedeutet dies, daß der organisierte Strukturwandel in der Landwirtschaft dazu führen muß, daß die Produktion reduziert und die Zahl der Produzenten verringert wird; dazu ist eine weitere Reform der Agrarpolitik notwendig; eine völlige Abkehr vom Prinzip der Produktsubventionierung hin zur direkten Stützung der Einkommen muß dazu führen, daß die Ausgaben für die Agrarpolitik mittelfristig (2010) zu Preisen von 1995 halbiert werden; für die Strukturfonds bedeutet dies, daß die Mittel stärker als bisher auf die wirklich bedürftigen Regionen der EU konzentriert werden, damit ohne Aufstockung der Mittel die Beitrittskandidaten an die Produktivkraft der EU herangeführt werden können;
- eine Öffnung der EU-Märkte auch für sensible Produkte, damit die Beitrittskandidaten die Möglichkeit erhalten, ihre Wirtschaftsstrukturen zu entwickeln; dazu ist aber auch verpflichtend notwendig, daß die mittel- und osteuropäischen Länder untereinander einen

Wirtschaftsraum schaffen, der einen Warenaustausch ohne Beschränkungen ermöglicht; dies ist auch wichtig, weil einerseits nicht alle Kandidaten zur gleichen Zeit Mitglieder werden und andererseits einige Länder auch langfristig der Union nicht angehören werden, die dann aber trotzdem über einen solchen Wirtschaftsraum eng mit der Europäischen Union verbunden sind;

- eine ehrliche Strategie der EU, die keine Illusionen über einen schnellen Beitritt verbreitet; der Beitritt neuer Länder ist der schwierigste überhaupt, da mit der Schaffung des Binnenmarktes und mit der Währungsunion die Hürde für die Mitgliedschaft hoch liegt; wir wollen deshalb über die Assoziierung hinaus die Zusammenarbeit mit dem Ziel des Beitritts verstärken, der Beitritt selbst wird am Ende dieses langwierigen Prozesses stehen.

5. Zukünftige gerechte Finanzierung der EU

1999 steht die Revision der Finanzierung der Europäischen Union an. Mit rund 160 Mrd. DM beträgt der Haushalt der Europäischen Union ca. 1/3 des Bundeshaushaltes. Zwei große Blöcke bestimmen die Ausgaben: 49% Agrarausgaben und 31% Strukturfondsausgaben. Die restlichen Mittel verteilen sich in etwa zu 5% auf die auswärtigen Hilfsprogramme, zu 4% auf die Forschung, zu 5% auf die Administration und zu 6% auf alle anderen Politiken. Ändert sich an der Agrarpolitik nichts, ist eine gerechte Finanzierung der Gemeinschaft nicht möglich, da die Länder mit hohem Agraranteil stärker an den Mitteln der Gemeinschaft partizipieren als Länder mit hohem Industriebesatz. *Wir wollen, daß*

- die Debatte über die Finanzen der EU rational geführt wird; als ein Land, das erheblich von den Vorteilen eines Binnenmarktes ohne Zollschränken profitiert, errechnet sich unser Nettobeitrag nicht allein aus den Ein- und Rückzahlungen in und aus dem Haushalt der EU; die enormen Handelsvorteile werden sich noch verstärken, wenn mit der Währungsunion auch das Instrument der Wechselkurse innerhalb der Union wegfallen wird;

- die Kosten für die Europäischen Union nur in dem Maße weiter steigen, wie sie im nationalen Rahmen - durch Politikübertragung auf die Union - reduziert werden;

- auf der Ausgabenseite die Agrarpolitik wie oben dargestellt reformiert wird;
- an der Finanzierung der Kohäsionspolitik festhalten, denn nur eine Unterstützung der ärmeren Regionen der Union kann zu einem gewissen Ausgleich der Lebensbedingungen in der Union führen;

- die Einnahmenseite der EU durchschaubarer wird; dazu wollen wir das bisherige System der indirekten Finanzierung über die nationalen Haushalte abschaffen; statt dessen soll eine einheitliche steuerliche Abgabe von allen Unionsbürgern im Rahmen der bestehenden nationalen Steuersysteme erfolgen; dies trägt zur Gerechtigkeit bei der Finanzierung der Aufgaben der Gemeinschaft bei.

6. Demokratisierung und institutionelle Reform

Um dies alles zu erreichen, brauchen wir eine handlungsfähige und demokratisch kontrollierte Europäische Union. *Dazu wollen wir, daß*

- das Europäische Parlament in seinen Rechten weiter gestärkt wird; es muß immer dann das Mitentscheidungsrecht erhalten, wenn der Ministerrat mit Mehrheit entscheidet; europäische Gesetze dürfen nur zustande kommen, wenn Ministerrat und Parlament gleichberechtigt zustimmen;

- Mehrheitsentscheidungen des Ministerrats die Regel werden; künftig sollen nur noch wenige Entscheidungen an die Einstimmigkeit gebunden werden; dies sind Beitritte, Vertragsänderungen, neue Eigenmittel und bestimmte Aspekte der Währungs- und Steuerpolitik;

- das Europäische Parlament das Recht hat, vor dem Europäischen Gerichtshof zu klagen, wenn es sich in seinen Rechten verletzt sieht;

- der Präsident der EU-Kommission demnächst durch das Europäische Parlament direkt gewählt wird.

Andere Zeiten

Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation

Andere Zeiten ist ein Diskussionsforum linksökologischer und radikal-reformerischer Kräfte. Durch theoretische Analysen, aktuelle Berichte und Kommentare wollen wir zur konzeptionellen Weiterentwicklung und zum Austausch zwischen den verschiedenen Aktivistinnen, Gruppen und Initiativen beitragen. Dabei bildet die Diskussion innerhalb der Grünen einen wichtigen Bezugspunkt. Besonderen Wert legen wir auf die internationale Debatte. *Andere Zeiten* erscheint sechsmal im Jahr.

Beiträge in den letzten beiden Ausgaben:

Jürgen Trittin: Grüne Perspektive Volkspartei? 3. Kraft als Alternative

Klaus Dräger: Alternativen zur Maastrichter Währungsunion

Rainer Falk: Sustainable Germany: Zukunftskursbuch oder naive Blaupause?

Wolfgang Kreissl-Dörfler/ Klaus Wardenbach: Soziale und ökologische Mindeststandards

Willi Brüggem: Wege aus der Standortfalle

Elisabeth Altmann: Neue BaFöG-Modelle

Ida Schillen: Wie weiter mit der Quote?

Catherine Samary: Bosnien: Der Zynismus der Großmächte

Wulf Schade: NATO-Diskussion in Polen

Ich möchte 2 aktuelle Ausgaben der *Andere Zeiten* für 10.-DM (nur gegen Vorkasse: Geldschein, Briefmarken oder Scheck).

Hiermit abonniere ich *Andere Zeiten* ab der Ausgabe _____

zum erm. Preis von DM 40,-

zum Abo-Preis von DM 60,- jährlich.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Andere Zeiten: Rüdiger Brandt *

Graefestraße 19 * D -10967 Berlin
e-mail:

R.BRANDT@GRYPS.comlink.apc.org

Integration ist kein Selbstzweck

Die Linke vor Maastricht II

von Albert Statz und Christian Sterzing*

Strategische Dilemmata

Die Linke befindet sich europapolitisch in einem strategischen Dilemma: Der Prozeß der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung ist so weit fortgeschritten, der einheitliche europäische Binnenmarkt ist so sehr zur Voraussetzung für jegliches Wirtschaften geworden, daß eine Desintegration der EU fatal wäre. Gleichzeitig werden aber einer ökologischen und sozialen Reformpolitik, die im eigenen Lande anzufangen hat, die Handlungsspielräume genommen - der Verweis auf den Binnenmarkt und die wirtschaftlichen Freiheiten dient dazu, schon die Erwägung von Alleingängen abzuwehren. Handlungsspielräume werden nur noch gemeinsam im Rahmen der EU für möglich gehalten, das ist sozialdemokratische Tradition: Was die Arbeiterbewegung national nicht mehr erkämpfen konnte, sollte in den fünfziger Jahren die EU leisten. Die Logik der Integration ist aber eine andere, wie die sozialen Unruhen in Frankreich zeigen: Sie drängt den Ländern eine Wirtschaftspolitik auf, die als europäische weder eine soziale noch eine ökologische Dimension hat. Und sie dient gerade als Rechtfertigung dafür, daß eigenständige Initiativen für eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für eine Einbeziehung der ökologischen Dimension in das Wirtschaften sowie Alleingänge im Umweltschutz nicht mehr möglich seien.

Das Dilemma geht aber noch tiefer: scheinbar besteht nur die Wahl zwischen der herrschenden supranationalen Politik und einem Rückfall in den Nationalismus. So erscheinen die Kritik an der EU-Politik und die Entwicklung eigenständiger Reforminitiativen als nationalistisch, während der Fortführung des falschen Weges im Rahmen der EU ein „internationalistisches“ Mäntelchen umgehängt wird. Anpassung an die „realistischen“ Möglichkeiten führt aus diesem Dilemma nicht heraus. An der

Differenz von „Handlungsrealismus“ ohne eine Perspektive, die über die vorgegebene Situation hinausweisen könnte, und „Problemrealismus“, der die EU an ihrer Fähigkeit zur Lösung der Probleme mißt, scheiden sich sowohl bei Bündnisgrünen als auch bei Sozialdemokraten die Geister. Mit Blick auf die künftige Entwicklung der EU heißt das: Wir stehen an einer Wegscheide der Entwicklung der EU - wird sie ökologisch, sozial, zivil, demokratisch und damit zukunftsfähig? Oder ist die Devise „Weiter so“ mit allen Konsequenzen? Denn davon hängt ab, ob wir den Menschen klarmachen können, daß die Überwindung nationalen Denkens und das politische Bekenntnis zu „Europa“ auch ein Wert an sich sind. Wenn Europa die Alternativen verbaut, dann kehren sie als Scheinalternativen in nationalem Gewande wieder.

Integration ist kein Selbstzweck

Grenzüberschreitende, internationale Zusammenarbeit ist nicht *per se* ein „internationalistischer“, friedensfördernder Akt, sie ist zumindest ambivalent, denn sie kann neben der friedensstiftenden Kraft der Kooperation zwischen den Beteiligten auch den Keim der Dominanz und Hegemonie, ja der Bedrohung und des Krieges im Verhältnis zu anderen Staaten in sich tragen. Historische Beispiele dafür gibt es viele - im Bereich der militärischen wie der wirtschaftlichen Bündnisse. So können friedenspolitische und integrationspolitische Zielsetzungen in Widerspruch zueinander geraten. Integration ist kein Selbstzweck. Sie ist ein „dual-use“-Gut, dessen friedenspolitischer Mehrwert sorgfältig mit dem militärischen Gebrauchswert abgewogen werden muß. Das olympische Motto 'Dabeisein ist alles' kann hier nicht gelten.

Diese politische Selbstverständlichkeit muß in Erinnerung gerufen werden, weil sie merkwürdigerweise gerade im Zusammenhang mit europapolitischen Konzeptionen in Vergessenheit zu geraten droht. Eine Integration zu Lasten der Umwelt, eine Integration, für die die sozial ohnehin Benachteiligten den Preis

zu zahlen haben, eine Integration, die durch den Abbau demokratischer Rechte erkaufte wird, wird wohl keiner als Ziele bündnisgrüner Politik reklamieren. Konkreter: Mit einem Verzicht auf die deutschen Rüstungsexportbeschränkungen zugunsten einer „großzügigen“ europäischen Harmonisierung könnte der europäischen Kooperation und Integration durchaus ein Dienst erwiesen werden. Der Verzicht auf das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz“ (Stichwort: Entsenderichtlinie) könnte sich integrationspolitisch gerade deshalb als erfolgreich erweisen, weil er dem freien Wettbewerb den Weg ebnet, die sozialpolitische Absicherung aber hintanstellen würde. Wenn aber nicht mehr eine gemeinsame Politik Wachstum und Wettbewerb in die Schranken weist, bleibt der nationale Rahmen Ort demokratischer Reformen. Die Forderungen nach Abschaltung der Atomkraftwerke, Einführung einer CO₂-Steuer oder nach einer humanen Flüchtlingspolitik müssen daher zunächst national durchgesetzt werden, solange sie in der EU nicht mehrheitsfähig sind. Selbstverständlich also werden integrationspolitische „Fortschritte“ an politisch-programmatischen Maßstäben gemessen. Das Ziel eines ökologischen, sozialen und demokratischen Europas kann nicht unter Verleugnung der eigenen politischen Wert- und Zielvorstellungen erreicht werden. Eine eigenständige Politik, die Beibehaltung und Nutzung nationaler Handlungsspielräume und Integrationsinitiativen entsprechend unseren eigenen politischen Zielen sind somit selbstverständlicher Bestandteil unserer europapolitischen Vorstellungen.

Da die Debatten über eine „Vergemeinschaftung“ nationaler oder intergouvernementaler Politiken also nicht losgelöst von den Inhalten der Politik geführt werden können, ist Integration nur dann anzustreben, wenn sie Europa im Sinne bündnisgrüner Politikvorstellungen voranbringt. Deshalb muß für alle Reformvorhaben in der EU gelten: Keine Integration um jeden Preis. Unsere Kritik am realen Integrationsprozeß und seinen Strukturdefiziten setzt sich damit natürlich der Gefahr aus, als „anti-

* Albert Statz, europapolitischer Koordinator bei der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen; Christian Sterzing, MdB, europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

europäisch“ und „national (istisch)“ denunziert zu werden. Der „Bekennnisdruck“ zum vereinigten Europa nimmt zu. Um so wichtiger ist es deshalb, gerade die desintegrativen Momente herrschender „Kerneuropa“-Konzepte - sei es im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion oder im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik- herauszuarbeiten.

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Die aufgezeigten Dilemmata lassen sich am Beispiel der aktuellen Diskussion über den Übergang zur dritten Stufe der Währungsunion deutlich machen. Eine einheitliche Währung für Europa ist grundsätzlich sinnvoll, um die wirtschaftlichen Beziehungen auf dem Binnenmarkt zu stabilisieren und dazu beizutragen, die Währungsspekulation einzudämmen. Darüber hinaus leistet eine Wirtschafts- und Währungsunion einen wesentlichen Beitrag zu der „immer enger werdenden Union der Völker Europas“. Die im Maastrichter Vertrag festgelegte Form der WWU birgt allerdings erhebliche integrationspolitische Gefahren in sich, da sie wahrscheinlich zu einer Vertiefung der sozialen und wirtschaftlichen Spannungen führt. Eine Währungsunion, die sich auf ein „Kerneuropa“ beschränkt und auf einer Angleichung der Wirtschaftspolitiken beruht, die an dem ausschließlichen Ziel der Geldwertstabilität und der Haushaltskonsolidierung ausgerichtet ist, verstärkt die regionalen und sektoralen Ungleichgewichte in Europa und führt zu wachsender Arbeitslosigkeit. Verschärfung des Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt und zunehmendes Sozial- und Ökodumping sind die wahrscheinliche Folge. Diese Unterordnung jeglicher Reformpolitik unter das Primat der Haushaltskonsolidierung und der Geldwertstabilität verhindert den notwendigen ökologischen und sozialen Umbau. Eine Ausgrenzung schwächerer Staaten könnte zudem den Zusammenhalt der Union im Kern ebenso wie die notwendige Erweiterung nach Osten gefährden.

Unsere Kritik an dieser geplanten Form der Währungsunion ist somit nicht eine national motivierte Sorge um die Stabilität der DM und Angst vor „Pizzamark“ und „Esperantogeld“, wie sie derzeit von einigen Sozialdemokraten formuliert wird. Der Ansatz unserer

Kritik ist sowohl integrationspolitisch als auch wirtschafts- und sozialpolitisch ausgerichtet. Zugespitzt ausgedrückt: Der sozialen und wirtschaftlichen Integration Europas wird ein besserer Dienst erwiesen, wenn die Währungsunion nicht als Mittel zur Herstellung realwirtschaftlicher Konvergenz, sondern als Ziel definiert wird.

Deswegen sollte über ein erneuertes Europäisches Währungssystem zuerst eine Konvergenz in den realwirtschaftlichen Verhältnissen hergestellt und eine gemeinsame Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik geschaffen werden. Eine dauerhafte europäische Integration wird ohne eine aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Armut sowie eine aktive Regional- und Strukturpolitik nicht möglich sein. Dies bedeutet aber, daß ohne einen finanziellen Lastenaus-

Wir stehen an einer Wegscheide der Entwicklung der EU - wird sie ökologisch, sozial, zivil, demokratisch und damit zukunftsfähig? Oder ist die Devise „Weiter so“ mit allen Konsequenzen?

gleich im Rahmen der Europäischen Union der Tendenz zu zunehmender ungleicher Entwicklung der Regionen und Branchen nicht entgegengewirkt werden kann. Eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Union müßte folglich so flexibel gestaltet werden, daß sie einerseits durchaus Druck auf die nationale Stabilitätspolitik ausübt, andererseits aber auch begrenzte Ausnahmen zuläßt, um regionale und nationale Reformspielräume zu gewährleisten. Gerade aus integrationspolitischer Sicht gilt es, die Wirtschafts- und Währungsunion um eine Sozial- und Umweltunion sukzessive zu erweitern, um die durch „kerneuropäische“ Konzepte ausgelösten zentrifugalen Kräfte zurückzudrängen.

Kernaufgabe Demokratisierung

Die 96er Regierungskonferenz droht auf eine Reparatur des Maastrichter

Vertrages reduziert zu werden. Die Chance, den europäischen Einigungsprozeß neu anzuschleichen, der „Renationalisierung“ entgegenzuwirken und in der Bevölkerung eine solide Basis für *Gesamteuropa* zu gewinnen, wird so verspielt. Europapolitik war in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend von geheimer Kabinettpolitik geprägt. Öffentlichkeit und Parlament beschäftigten sich mit den wesentlichen Entscheidungen in der Entwicklung von der EWG zur EU zumeist erst im Rahmen des Ratifizierungsverfahrens - also nachdem alles gelaufen war. Wenn zentrale, den Kern unserer staatlichen Verfassung und nationale politische Handlungsspielräume berührende Entscheidungen ohne öffentliche Debatte stattfinden und die Abstimmungen in den nationalen Parlamenten in keiner Weise die Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung widerspiegeln, dann unterhöhlt eine solche Politik die Legitimation des europäischen Einigungsprozesses. Die Revisionskonferenz '96 ist deshalb eine Chance, Europa wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Zur Beseitigung des Demokratiedefizits ist es notwendig, mit einer durchgreifenden Demokratisierung auf nationaler und europäischer Ebene die Akzeptanz des Integrationsprozesses dauerhaft zu sichern. Demokratisierung darf sich jedoch nicht nur auf eine Reform der Institutionen beschränken. Die Stärkung des Europäischen Parlaments im Gesetzgebungsprozeß, mehr Transparenz in den Verträgen und Entscheidungsverfahren, Öffentlichkeit von Ratssitzungen - der Kanon von Forderungen an eine institutionelle Reform ließe sich beliebig verlängern. Aber die Demokratisierung muß weiter gehen, indem die Partizipationsrechte für BürgerInnen und Betroffene auf allen Ebenen ausgebaut werden. Es muß endlich ein europäischer Bürger- und Menschenrechtskatalog in den Vertrag aufgenommen werden. Über das Konzept der an die nationalen Staatsangehörigkeiten gebundenen Unionsbürgerschaft hinaus muß ein europäisches Bürgerrecht mit gleichen Rechten für alle legal in der EU lebenden Menschen eingeführt werden.

Zivilmacht Europa

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) soll gemäß dem

Vertrag von Maastricht „auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik“ in der Europäischen Union ermöglichen, „die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte“. Ziel ist es, die WEU „als verteidigungspolitische Komponente der EU und als Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz“ stufenweise auszubauen. Auf der Regierungskonferenz '96 stehen nun die ersten Schritte einer Integration der WEU in die EU zur Beratung an. Die bislang nicht-militärischen Strukturen der EU sollen durch eine - wie auch immer geartete - militärische Komponente ergänzt werden.

Auch wenn eine „Vergemeinschaftung“ im Sinne der Schaffung supranationaler Kompetenzen noch in weiter Ferne bleibt, würden derartige Schritte

Perspektive aller Reformbestrebungen muß deshalb die Durchsetzung des Primats ökologisch und sozial verantwortlicher Zielvorgaben im Vertrag sein.

für die EU einen deutlichen Militarisierungsschub darstellen. Gemessen am Primat der Friedenspolitik muß aus bündnisgrüner Sicht jede Form der Verschmelzung von EU und WEU abgelehnt werden, denn dies würde die schwindende Akzeptanz nationaler Armeen mit einer neuen europäischen Legitimation versehen. Die Fortentwicklung der EU muß im Kontext einer umfassenden Entmilitarisierung der Gesellschaft betrieben werden. Eine bloße Entnationalisierung des Militärs reicht nicht aus: Entwaffnung der nationalen Armeen durch Bewaffnung supranationaler Organisationen verschiebt nur die Probleme. Statt dessen muß eine gemeinsame Sicherheitspolitik in Europa die Abrüstung vorhandener Militärsysteme vorantreiben.

Die Diskussion über die Fortentwicklung der GASP, insbesondere die Herausbildung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, vernachlässigt die bestehenden Entwicklungspotentiale einer zivilen Außenpolitik auf europäischer Ebene, z.B. im Bereich der Außenhandels-, der Entwicklungs-, der Wirt-

schafts- und Finanzpolitik. Bündnisgrüne Politik muß dagegen auf die Stärkung eben dieser zivilen Aspekte der Außenpolitik gerichtet sein und sie zu einem an Frieden und Gerechtigkeit orientierten Instrumentarium ausbauen. Eine solche Stärkung der zivilen Komponente der GASP ist damit geeignet, Militarisierungstendenzen zurückzudrängen und das zivile außenpolitische Instrumentarium der EU zu effektivieren. Eine „Zivilmacht“ Europa könnte auf diese Weise international zur Zivilisierung der Außenpolitik beitragen.

Im Rahmen der Debatten über globale Sicherheitsstrukturen - zumindest für die nördliche Halbkugel - und eine neue gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur hat die angestrebte Verschmelzung von WEU und EU fast partikularistische Züge. Ob „europäischer Pfeiler der NATO“ oder „Verteidigungskomponente der EU“ - Rußland und die GUS-Staaten bleiben außen vor. In dieser Phase multipolarer Instabilität gewinnt deshalb die OSZE entscheidende Bedeutung, denn ihr gehören nicht nur *alle* Staaten Europas, sondern neben den USA und Kanada auch Rußland an. Die zivile Fortentwicklung der EU muß deswegen mit einer Stärkung der OSZE verknüpft werden.

Beitrittsfähigkeit und Erweiterungsfähigkeit

Die Rückkehr der mittel- und osteuropäischen Staaten nach Europa stellt eine der zentralen Herausforderungen für die Union dar. Die Osterweiterung ist notwendig, um die Demokratisierungs- und Reformprozesse in den Beitrittsländern zu stabilisieren und das Ziel einer gesamteuropäischen Friedensarchitektur zu stützen. Es darf dabei aber nicht nur die Beitrittsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen Länder eingefordert werden, sondern auch die EU muß erst einmal erweiterungsfähig werden. Dazu sind u.a. tiefgreifende Reformen in der Agrar- und Strukturpolitik notwendig. Die Reduktion dieser Frage auf institutionelle Reformen verschleiern das Ausmaß der auch in der EU notwendigen Veränderungen.

Die Spaltung Europa kann nur dann überwunden werden, wenn die wirtschaftliche und soziale Integration bald in Angriff genommen wird. Differenzierte und abgestufte Formen der Integration mit längeren Anpassungszeiträumen und zeitlich befristeten Sonderrege-

lungen, wie es sie auch bei der Süderweiterung gab, sind unerlässlich, um den unterschiedlichen Entwicklungsstand und die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Staaten zu berücksichtigen. Politische Teilmemberschaften, wie sie zur Zeit vor allem im Rahmen der 3. Säule diskutiert werden, sind keine ausreichende Antwort auf das Bedürfnis der mittel- und osteuropäischen Länder nach einer konkreten Beitrittsperspektive.

Reform des Binnenmarktes

Glaubwürdig ist das Projekt der Erweiterung nur dann, wenn die EU ihre eigene Reformfähigkeit unter Beweis stellt. Somit ist ein doppelter Reformprozeß notwendig: Neben dem Umbau für die Erweiterung ist ein Umbau in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung erforderlich. Ein Binnenmarkt, der allein auf Wachstum setzt und alles dem Selbstlauf der Märkte überläßt, trägt den Erfordernissen einer ökologisch und sozial verantwortlichen Wirtschafts- und Lebensweise nicht Rechnung. Perspektive aller Reformbestrebungen muß deshalb die Durchsetzung des Primats ökologisch und sozial verantwortlicher Zielvorgaben im Vertrag sein. Nicht die Gesetze des Marktes, die Zwänge eines schrankenlosen Wachstums, die postulierte Wettbewerbsfähigkeit Europas angesichts der Globalisierung der Märkte dürfen die vorherrschenden Strukturprinzipien der EU darstellen, sondern die Förderung eines umweltgerechten, nachhaltigen Wirtschaftens und der Bewahrung und Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts und der natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen sowie die Förderung einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft.

Eine „Vergemeinschaftung“ von bislang nationalen Aufgaben und Kompetenzen ist nur dann zustimmungsfähig, wenn sie uns diesen Zielvorstellungen näherbringt und der weiteren Zentralisierung und Bürokratisierung entgegenwirkt. Deswegen gilt es, auch im Integrationsprozeß nationale und regionale Handlungsspielräume für Reformen zu erhalten. Ein neuer europäischer „Superstaat“ darf nicht das Ziel der „immer enger werdenden Union der Völker“ in Europa sein, da er lediglich das Modell des Nationalstaats des 19. Jahrhunderts auf supranationale, eben europäische Ebene transponiert.

spw-Jahresregister 1994/1995

Das Jahresregister 1994/1995 hat Stefan Schostok für spw erstellt. Es besteht aus vier Teilen: Verzeichnis der Hefte und Schwerpunktthemen, Verzeichnis der Artikel, Rezensionen/Buchbesprechungen und dem Sachverzeichnis.

Verzeichnis der Hefte und Schwerpunktthemen

Nr.	Heft	Monate/Jahr	Schwerpunktthema
1/94	75	Januar/Februar 1994	Sozialstaat
2/94	76	März/April 1994	Lateinamerika
3/94	77	Mai/Juni 1994	Rot-Grüne Linke
4/94	78	Juli/August 1994	Solarwirtschaft
5/94	79	September/Oktober 1994	Solidarisch Umbauen
6/94	80	November/Dezember 1994	Klasse
1/95	81	Januar/Februar 1995	Neue Länder
2/95	82	März/April 1995	Kapitalismus
3/95	83	Mai/Juni 1995	Schulreform
4/95	84	Juli/August 1995	Reformbündnis?
5/95	85	September/Oktober 1995	Staats-Politik
6/95	86	November/Dezember 1995	Mittelmeer

Verzeichnis der Artikel (sortiert nach AutorInnen)

AutorIn: Titel	Heft	Seite
<i>Alm-Merk, Heidrun</i> : Wem nützt das PKK-Verbot?	75	11
<i>Appel, Roland; Böttger, Martin</i> : Rot-grün - keine Utopie	76	6
<i>Arenz, Horst</i> : Die "materiellen" Fragen und die Krise der SPD	84	20
<i>Arenz, Horst</i> : Privatisierung oder Staatsreform	76	11
<i>Bäcker, Gerhard</i> : Sozialstaat im Abbruch	75	14
<i>Balnis, Peter</i> : Veränderte Sozialisationsbedingungen und Schulentwicklung	83	19
<i>Barbe, Angelika</i> : Am Scheideweg: Zivilcourage oder Konformismus?	85	26
<i>Bartelheimer, Peter</i> : Rot-Grün in Frankfurt: Versuch einer Lagebestimmung	83	14
<i>Bartsch, Klaus; Heise, Arne; Tofaute, Hartmut</i> : Grundzüge eines Modernisierungs- und Beschäftigungsprogrammes (MOB) für die Bundesrepublik Deutschland	79	18
<i>Bätzig, Michael</i> : Mühsame Schritte auf einem langen Weg ... Der "Itaca" Kultur-Kongreß "Solidarität kennt keine Grenzen"	86	12
<i>Baumeister, Hella; Sieling, Carsten</i> : Mit der Vier-Tage-Woche in den 'kollektiven Freizeitpark' !?	75	38
<i>Behler, Gabriele; Horstmann, Axel</i> : Koalition in NRW: Reformbündnis?	84	13
<i>Bell, Hans-Günther</i> (Rezension): Wohnen als Problem der Gerechtigkeit	82	50
<i>Bell, Hans-Günther</i> : Rot-Grün in Köln	83	12
<i>Bell, Hans-Günther</i> : spw-LeserInnenforum Rheinland	84	31
<i>Bieling, Hans-Jürgen</i> : Klassenkampf "von oben" ohne Gegenwehr?	80	30
<i>Bimboes, Detlef</i> (Rezension): Bankgeschäfte mit Nazi-Deutschland	80	50
<i>Bimboes, Detlef</i> (Rezension): Schutz von Menschen und Umwelt	81	14
<i>Bimboes, Detlef</i> : Das Mittelmeer - im Wechselbad der Geschichte	86	29
<i>Bimboes, Detlef</i> : Das neue Bundesabfallgesetz - mehr Schein als Sein	79	6
<i>Bimboes, Detlef</i> : Durchfluß- statt Kreislaufwirtschaft	76	16
<i>Böttger, Martin</i> : (siehe Appel, Roland)	76	6
<i>Brandt, Arno</i> : Fordismus, Postfordismus und das Reformprojekt der Linken	82	28
<i>Brandt, Arno</i> : Wege zur Zukunftsfähigkeit der Stadt	84	30
<i>Brie, André</i> (Interview): "Einzig aussichtsreich ist die Idee eines libertären Sozialismus"	82	46

<i>Brüggen, Willi</i> : Perspektiven einer sozial-ökologischen Regulierung des Weltmarkts	75	46
<i>Brüggen, Willi; Bulmahn, Edelgard; Müller, Kerstin; Peter, Horst</i> (Interview): Möglichst konsequente rot-grüne Reformpolitik einfordern	77	24
<i>Bulmahn, Edelgard</i> : (siehe Brüggen, Willi)	77	24
<i>Bultmann, Ingo</i> : Totgesagte leben länger. Ungebrochene Vorherrschaft der Staatspartei PRI in Mexiko	80	56
<i>Butterwegge, Christoph</i> : Rechtsextremismus als Jugendrevolte gegen den Sozialliberalismus?	75	56
<i>Buttgereit, Monika</i> : Zum 75. Todestag von Rosa und Karl	76	44
<i>Cabalo, Thorsten</i> : Thesen zur "Standortdebatte"	77	51
<i>Catenhusen, Wolf-Michael</i> : Standortpolitik kontra Bürgerrechte. SPD-Länder für industriefreundliche Novellierung des Gentechnikgesetzes	75	10
<i>Dehm, Dieter; Neumann, Kurt u. a.</i> : Erwägungen marxistischer SozialdemokratInnen. Wider die Kapitalverwertungslogik - für demokratisch-solidarische Wirtschaftsplanung	81	48
<i>Dehm, Diether</i> : Gegen die Macht der Banken!	85	15
<i>Didier, Josef</i> (Rezension): "Die Alterslüge"	85	51
<i>Didier, Josef</i> (Rezension): Milieuübergreifende Solidarmentalität?	84	32
<i>Didier, Josef</i> : Großes Debakel - kleiner Lerneffekt	81	16
<i>Didier, Josef</i> : Probleme des aufrechten Gangs	78	55
<i>Dietzel, Horst</i> : Reformaufbruch nicht in Sicht	80	12
<i>Disselnkötter, Andreas</i> : Deutschlands Abstand zur Geschichte 'in der Luft' und 'am Boden'	82	55
<i>Dörre, Klaus</i> : Eine Arbeiterbewegung von rechts?	76	54
<i>Dörschel, Jens</i> : Umwelt im Schatten der Wirtschaft	78	50
<i>Dümcke, Wolfgang</i> : Gab und gibt es eine Kolonialisierung der DDR?	81	24
<i>Ehrenberg, Herbert</i> : Ökologischer Keynesianismus - gegen die Allianz der Sparpolitiker	78	10
<i>Ehses, Christian; Zech, Rainer</i> : Von charismatischen Führern und fürsorglichen Müttern	83	47
<i>Eikhoff, Adi</i> : Jugend, Arbeit, Zukunft?	82	4
<i>Elsenhans, Hartmut</i> : Durch Standortsicherung zur Weltwirtschaftskrise	82	22
<i>Euchner, Walter</i> : Friedrich Engels heute oder: Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie	86	44
<i>Eurosolar</i> : Erneuerbare Energien für die Schulen Kubas. Programm für eine Kommunale Solarenergie-Initiative	78	44
<i>Ewald, Thomas</i> : "Doppelzocker", arme Gemeinden und geschröpfte Arbeitnehmer	76	18
<i>Ewald, Thomas</i> : Kofferdienste in den Burgen des Kapitals	81	6
<i>Ewen, Christoph</i> (Rezension): Endlichkeit der Natur und Marktökonomie	78	49
<i>Ewen, Christoph</i> : Lean Environmental Administration	79	50
<i>Falk, Rainer</i> : Euro-mediterraner Wirtschaftsraum	86	25
<i>Farin, Klaus; Fromm, Rainer</i> (Interview): "Wir haben mittlerweile eine sehr moderne rechte Szene"	83	6
<i>Fintel, Jens von</i> (Rezension): Einheitslügen, Wendejammern und ein Stück Literatur. Der neue Roman von Günter Grass	86	14
<i>Franz, Ulf-Birger; Reymann, Daniel; Scharf, Alexander</i> : Lateinamerika: Deregulierung als Entwicklungsmodell?	78	25
<i>Fromm, Rainer</i> : (siehe Farin, Klaus)	83	6
<i>Glitz, Peter</i> : Herrn Tudjans Verbrechen	85	54
<i>Göll, Edgar</i> : Der pazifische Raum: Ein neues Zentrum der Weltwirtschaft?	78	19
<i>Göll, Edgar</i> (Rezension): Entwicklung: Wer und wohin?	76	34
<i>Göll, Edgar</i> : Lust auf Sozialismus?	84	40
<i>Gössner, Rolf</i> : "Aufräumen, verbieten, wegsperren..."	85	4
<i>Graf, Ralph</i> : Ohnmacht der Wirtschaftspolitik?	77	42
<i>Griemert, Sven; Kretschmer, Heiko</i> : Bosnien: Der Krieg und die Linke	77	18
<i>Gutjahr, Lothar</i> : Kohl versus Kohl-light?	79	54
<i>Hahnzog, Klaus</i> : Innere Sicherheit contra Grundrechte?	75	9
<i>Hällhag, Roger</i> (Interview): Das Wichtigste ist der Kampf gegen die Armut	77	21
<i>Hanewinkel, Christel</i> : Die Linke im Osten	81	19
<i>Heilmann, Friedrich; Wolf, Frieder-Otto</i> : Grüne nach den Wahlen	80	10
<i>Heise, Arne</i> : (siehe Bartsch, Klaus)	79	18
<i>Heldmann, Kurt-Ulrich</i> : ÖTV: Vom gewerkschaftspolitischen "Bauchladen" zur Splitterorganisation?	86	52
<i>Heldmann, Kurt-Ulrich</i> : Reform statt Ruin. Die Zukunft des öffentlichen Dienstes	78	14
<i>Hellmeister, Heike</i> (Rezension): Ein Modell nachhaltiger Entwicklung	79	8

<i>Hensel, Horst</i> : Die autonome öffentliche Schule	83	26
<i>HerausgeberInnen</i> : Editorial	75	4
<i>Hinz, Liselotte</i> : Ladenschluß: Deregulierung statt notwendiger Strukturpolitik	85	47
<i>Hirsch, Joachim</i> : Der "nationale" Wettbewerbsstaat	85	37
<i>Hooffacker, Gabriele</i> : Neue Medien für Soziale Bewegungen	84	36
<i>Horstmann, Axel</i> : (siehe Behler, Gabriele)	84	13
<i>Huffschtmidt, Jörg</i> : Weder toter Hund noch schlafender Löwe. Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus	82	34
<i>Jäger, Michael</i> : Hegemoniale Kompromißbereitschaft. Zu den bisherigen Erfahrungen rot-grüner Koalitionen	77	35
<i>Jakomeit, Uwe</i> : Anschaulicher Marxismus. Zum Tode Leo Koflers	85	12
<i>Jessop, Bob</i> : Der Staat im marxistischen Denken der Nachkriegszeit	85	29
<i>Jobelius, Sebastian; Vougioukas, Janis</i> : Wohin die Reise geht und wohin sie gehen sollte. Bildungspolitik aus SchülerInnensicht	83	38
<i>Kandziora, Ewald</i> : Das "Berlusconi-Phänomen"	80	40
<i>Kaufmann, Heiko</i> : Das "neue Asyl(un)recht"	81	10
<i>Kebir, Sabine</i> : Der algerische Islamismus	76	38
<i>Kebir, Sabine</i> : Vom Religionskrieg zum friedlichen Ausgleich	86	36
<i>Kern, Rainer</i> : Europa unter Waffen?	86	56
<i>Knoell, Dieter Rudolf</i> : Ein neuer Kulturkampf?	85	20
<i>Koch, Max</i> : Was ist die Klassentheorie noch wert?	80	24
<i>Kockerbeck, Heiner</i> : Schulreform - Einleitung zum Heftschwerpunkt	83	18
<i>Koerber, Rolf</i> (Rezension): Die Generation der Zukunft?	85	11
<i>Koschützke, Albrecht</i> : Die Linke in Lateinamerika	76	20
<i>Krämer, Ralf</i> : Alternativen der sozialökonomischen Entwicklung	79	13
<i>Krämer, Ralf</i> : Anforderungen an eine ökologische Steuerreform	85	17
<i>Krämer, Ralf</i> : Die Bedeutung des Staates für linke Politik	86	22
<i>Krämer, Ralf</i> : "...die alles beherrschende ökonomische Macht der bürgerlichen Gesellschaft". Einführung zum Schwerpunkt Kapitalismus	82	12
<i>Krämer, Ralf</i> : Einleitung zum Heftschwerpunkt Sozialstaat	75	13
<i>Krämer, Ralf</i> : Kanzlerwechsel verfehlt	80	4
<i>Krämer, Ralf</i> : Linke - wie weiter?	81	18
<i>Krämer, Ralf</i> : Schlimmeres verhindert, Widersprüchliches beschlossen. Wirtschaftspolitische Diskussionslinien in der SPD	75	30
<i>Krämer, Ralf; Mikfeld, Benjamin; Schuster, Joachim</i> : SPD-Parteitag 1995 in Mannheim	86	6
<i>Krämer, Ralf; Rünker, Reinhold</i> : Einführung in den Schwerpunkt Reformbündnis	84	4
<i>Kramm, Alexandra</i> : Jung, weiblich, links gesucht	82	12
<i>Kramm, Alexandra</i> : Wege aus dem Jammertal. Ansätze zur Neuverteilung der Arbeit in der Krise	77	54
<i>Kremer, Uwe</i> : Allen wohl und niemand weh? Zum Regierungsprogramm der SPD	79	46
<i>Kremer, Uwe</i> : Einführung in den Schwerpunkt Mittelmeer	86	24
<i>Kremer, Uwe</i> : Klassen im Umbau	80	18
<i>Kremer, Uwe</i> : Kurzum	75-82	2
	84-85	2
<i>Kremer, Uwe</i> : Sozialismus als offenes historisches Projekt	81	42
<i>Kremer, Uwe</i> : Vorwort zum Schwerpunkt Lateinamerika	76	19
<i>Kretschmer, Heiko</i> : (siehe Griemert, Sven)	77	18
<i>Kretschmer, Heiko</i> : Bewegung im Bosnienkrieg	81	8
<i>Kretschmer, Heiko</i> : Das Mittelmeer - eine Randnotiz der europäischen Politik	86	40
<i>Kreutz, Daniel</i> : Rot-Grün wird, was rote und grüne Reformkräfte daraus machen	84	11
<i>Kuppe, Gerlinde</i> : Arbeitsmarktpolitik für Frauen und Jugendliche in Sachsen-Anhalt	81	34
<i>Larcher, Detlev von</i> : Gegen das innerparteiliche "Weiter so". Bericht vom Frankfurter Kreis	80	15
<i>Larcher, Detlev von</i> : Herbsttreffen des Frankfurter Kreises	85	8
<i>Larcher, Detlev von</i> : Primat der Politik durchsetzen! Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises 1995	82	8
<i>Laschütza, Annelies</i> : Zum Platz der Massen im Demokratieverständnis Rosa Luxemburgs	76	45
<i>Lessmann, Robert</i> : Mit Castro in den Kapitalismus?	76	30

<i>Lücke, Dagmar</i> : Enterprise - the never-ending love-story	77	12
<i>Lünstroth, Ulrich</i> : Information highway	80	45
<i>Manfred Post (Interview)</i> : Die Rockszene ist selbstbewußter geworden	77	10
<i>Marschall, Judith</i> : Das andere Gesicht des DDR-Sozialismus	78	54
<i>Martin, Malte</i> : "Une défaite d'avenier" - eine Niederlage mit Zukunft	84	52
<i>Martin, Malte</i> : "Während der Häutung ist die Schlange blind". Frankreichs Linke im Umbruch	76	42
<i>Messner, Dirk</i> : Lateinamerika auf der Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell	76	24
<i>Meyer, Christoph (Rezension)</i> : Durch Wettbewerb zur Macht	82	42
<i>Meyer, Christoph (Rezension)</i> : Sozialdemokratie als Lebenssinn?	86	9
<i>Meyer, Christoph</i> : Pilatus in Godesberg	85	9
<i>Meyer, Christoph (Rezension)</i> : "Vaterlandslose Gesellen" oder "Partei der sozialen und nationalen Einheit"	76	51
<i>Möbbeck, Susi; Schulze, Svenja; Westphal, Thomas</i> : Thesen zur Lage der SPD und zur Strategie sozialistischer Parteilinker	75	34
<i>Moritz, Jürgen</i> : Uruguay - Die Linke im Aufwind	81	58
<i>Moritz, Jürgen; Stolle, Martin</i> : Lateinamerikas Linke auf dem 5. Treffen des "Foro de Sao Paulo"	84	58
<i>Müller, Kerstin</i> : (siehe Brüggem, Willi)	77	24
<i>Müller, Michael</i> : Der doppelte Generationenvertrag. Anmerkungen zum Entwurf für das SPD-Regierungsprogramm	77	4
<i>Müller, Michael</i> : Ökologische Modernisierung oder Anpassung an den Weltmarkt?	79	26
<i>Müntefering, Franz (Interview)</i> : "Wenn wir die Probleme lösen, ist das schon was"	84	6
<i>Nabel, Konrad</i> : Neue Drogenpolitik in der BRD	82	48
<i>Nabel, Konrad; Welte, Felix</i> : Frauen und Kinder zuerst?	82	52
<i>Nahles, Andrea</i> : Antwort eines schreibenden Lammes	79	12
<i>Nahnsen, Ingeborg</i> : Gegen einen verengten Sozialstaatsbegriff	80	26
<i>Neumann, Kurt</i> : (siehe Dehm, Diether)	81	48
<i>Oertzen, Peter von</i> : Eine gesellschaftliche Basis für Rot-Grün?	77	30
<i>Offermann, Volker</i> : Für eine Politik gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau. Zum "Memorandum '94" der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik	77	8
<i>Offermann, Volker</i> : Konzeptionen und Probleme einer sozialen Grundsicherung	79	30
<i>Offermann, Volker</i> : Seehofer und die Sozialhilfe	83	4
<i>Olczyk, Hans-Joachim</i> : "Die Treppe wird von oben nach unten gekehrt". Die IG Metall zwischen Sparpolitik und Erneuerung	86	48
<i>Olczyk, Hans-Joachim</i> : Je ein Kapitalist schlägt viele tot	78	56
<i>Ostertag, Adi</i> : Arbeit für 500.000 Menschen	78	8
<i>Peter, Horst</i> : (siehe Brüggem, Willi)	77	24
<i>Peter, Horst</i> : Demokratische Linke in Deutschland - gespalten in Ost und West	81	22
<i>Peter, Horst</i> : Programmatische Bestandssicherung. Eine Nachlese zum Wiesbadener SPD-Parteitag	75	28
<i>Peter, Horst</i> : Zum Ausgang der Bundestagswahl 1994	80	14
<i>Peter, Horst; Schuster, Joachim</i> : Militärintervention als Ausdruck strategischer Hilflosigkeit	85	56
<i>Peter, Horst; Sprafke, Norbert</i> : Geschichtspolitik im Gedenkjahr 1995	85	24
<i>Pfeiffer, Hermannus</i> : Die Gewinner der Krise. Anmerkungen zur Macht der Banken	77	57
<i>Piantini, Marco</i> : Medienputsch in Italien	77	15
<i>Piantini, Marco</i> : Schöpferische Zerstörung. Italiens Parteiensystem im Umbruch	75	12
<i>Priewe, Jan</i> : Was bleibt von Marx' Akkumulations- und Krisentheorie?	82	16
<i>Rausch, Thomas</i> : Zum Wandel der politischen Kultur in Westdeutschland	83	42
<i>Riege, Fritz</i> : Eine eigenständige und demokratische Gesundheitspolitik gestalten	78	16
<i>Romberg, Walter</i> : 5 Jahre nach den letzten DDR-Volkskammerwahlen	83	9
<i>Rudolf, Dreßler (Interview)</i> : Die Arbeitslosigkeit zu halbieren versuchen	75	24
<i>Rünker, Reinhold</i> : (siehe Krämer, Ralf)	84	4
<i>Rünker, Reinhold</i> : (siehe Schulze, Svenja)	82	6
<i>Rüter, Michael</i> : Gegen Nationalismus - IUSY stärken!	77	20
<i>Rüter, Michael</i> : Sozialdemokratische Eurosklerose	78	6
<i>Saß, Fiete</i> : Initiative Bildung - GEW auf neuen Wegen	83	29
<i>Schaaf, Herbert</i> : Vollbeschäftigung und Arbeitszeit	75	40

<i>Scharf, Alexander</i> : Vier-Tage-Woche - ein Schritt vor, zwei Schritte zurück	76	9
<i>Scheer, Hermann</i> : Energiestreit statt Energiekonsens	81	12
<i>Scheer, Hermann</i> : Sonnenenergie - das zentrale sozialökologische Projekt	78	36
<i>Schmitz, Ralf</i> : Klassentheorie ohne Subjekt oder Subjekt ohne Projekt?	80	17
<i>Schmitz, Ralf</i> : spw/ProMS-Herbsttagung 1993	75	7
<i>Schöpfberger, Rudolf u.a.</i> : Postreform II - Erklärung im Bundestag	78	18
<i>Schönsee, Karsten</i> : Kurdistan: Aggression und Kapitalinteressen	84	56
<i>Schostok, Stefan</i> : "Crossover" - eine Konferenz mit Zukunft	86	4
<i>Schostok, Stefan</i> : Jusos vor dem Bundeskongreß in Gera	82	10
<i>Schostok, Stefan; Westphal, Thomas</i> : Jusos - Troika - Zukunft	84	25
<i>Schrapers, Harald</i> : Schwarz-Grün in Mülheim	81	15
<i>Schui, Herbert</i> : Fakten zur deutschen Standortdebatte	79	42
<i>Schulz, Andrea</i> : Dramatische Verschlechterung der Ausbildungssituation	76	14
<i>Schulze, Heiko; Wortmann, Rolf</i> : Rot-Grün in Osnabrück	77	38
<i>Schulze, Svenja</i> : (siehe Möbbeck, Susi)	75	34
<i>Schulze, Svenja; Rünker, Reinhold</i> : NRW-SPD: Erneuerung aus eigener Kraft?	82	6
<i>Schumann, Brigitte</i> : Innere und äußere Reform der Schulen miteinander verzahnen	83	36
<i>Schuster, Joachim</i> (Rezension): Europäischer Kapitalismus im Umbruch	81	54
<i>Schuster, Joachim</i> : Europäisierung als strategische Aufgabe	75	52
<i>Schuster, Joachim</i> : Frühjahrstagung der SPD-Linken	76	4
<i>Schuster, Joachim</i> : Konturen konservativer Neuordnung Europas	84	48
<i>Schütz, Wilhelm Wolfgang</i> : Irrungen und Wirrungen deutscher Außenpolitik	85	58
<i>Sieling, Carsten</i> : (siehe Baumeister, Hella)	75	38
<i>Sieling, Carsten</i> : Bremer SPD: Von der absoluten Mehrheit in den 30%-Turm	84	18
<i>Sieling, Carsten</i> : Labour-Party in den Roller-Coaster von Blackpool	80	52
<i>Sieling, Carsten</i> : Über leere Kindergärten und den sozialdemokratischen Gebrauch von Rasenmähern	77	6
<i>Sörgel, Angelina</i> : Bankenmacht und demokratische Kontrolle des Finanzsektors	79	38
<i>Spangenberg, Joachim</i> : Towards sustainable Europe	86	16
<i>SPD-Abgeordnete im Bundestag 1990</i> (Dokumentation): "Wir wollen die Einheit; aber wir wollen die Einheit nicht als Anschluß"	83	10
<i>Speth, Brigitte</i> : Bildungspolitik in schwieriger Zeit	83	30
<i>Sprafke, Norbert</i> : (siehe Peter, Horst)	85	24
<i>spw-Geschäftsführung</i> : Mitteilung	75	6
<i>spw-Geschäftsführung</i> : spw-intern	76	5
<i>spw-Geschäftsführung</i> : spw-intern	78	2
<i>spw-Geschäftsführung</i> : spw-intern	80	2
<i>spw-Geschäftsführung</i> : spw-intern	81	7
<i>spw-Redaktion</i> : Einführung zum Schwerpunkt Solarwirtschaft	78	35
<i>spw-Redaktion</i> : spw-intern	85	16
<i>spw-Redaktion</i> : spw-intern	86	8
<i>spw-Redaktion</i> : Vorwort zum Schwerpunkt Rot-Grüne Linke	77	23
<i>spw</i> : Jahresregister 1992/1993	78	27
<i>spw</i> : Neue spw - Reaktionen	77	14
<i>Stolle, Martin</i> : (siehe Moritz, Jürgen)	84	58
<i>Straube, Gerhard</i> : Große Koalition der Privatisierer? Zur Postreform II	76	13
<i>Tieber, Claus</i> : Rechtsruck in Österreich	80	55
<i>Tofaute, Hartmut</i> : (siehe Bartsch, Klaus)	79	18
<i>Tofaute, Hartmut</i> : Finanzierungsmöglichkeiten sozial- und beschäftigungsorientierter Politik	79	34
<i>Trosien, Antje</i> : This is a man's world? Rückblick auf die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking	86	10
<i>Tschiche, Hans-Jochen</i> : Der Osten Deutschlands meldet sich zurück	84	16
<i>Underberg, Barbara</i> : Alle Macht den Betriebsräten?	77	48
<i>Unger, Frank; Wehr, Andreas</i> : Eckpunkte einer europäischen Friedens- und Sicherheitsstruktur	84	46
<i>Vilmar, Fritz</i> : Was ist heute noch links?	81	38

<i>Vougioukas, Janis:</i> (siehe Jobelius, Sebastian)	83	38
<i>Wasserhövel, Kajo:</i> Troika	85	6
<i>Weg, Marianne:</i> Aufbruch zur Vollbeschäftigung. Ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz als Kernstück einer neuen Beschäftigungspolitik	79	22
<i>Weg, Marianne:</i> Frauenorientierter Umbau des Sozialstaats in der Krise	75	20
<i>Wehr, Andreas</i> (Rezension): SPD auf Scharping-Kurs	79	4
<i>Wehr, Andreas:</i> (siehe Unger, Frank)	84	46
<i>Wehr, Andreas:</i> "Stimmen für Stahmer" gegen "Initiative WM '95"	82	38
<i>Welti, Felix:</i> (siehe Nabel, Konrad)	82	52
<i>Wendl, Michael:</i> Ein riskanter Tausch. Zur Tarifaueinandersetzung 1994 im öffentlichen Dienst	76	10
<i>Westphal, Thomas:</i> (siehe Möbbeck, Susi)	75	34
<i>Westphal, Thomas:</i> (siehe Schostok, Stefan)	84	25
<i>Westphal, Thomas:</i> Scharpings Wegweisung	81	4
<i>Westphal, Thomas:</i> "Unsere Strategie ist einfach bis doof". Die SPD nach dem Bundesparteitag	78	4
<i>Widuckel-Mathias, Werner:</i> Aufbruch in die Vergangenheit! Anmerkungen zu den arbeitszeitpolitischen Vorstößen von Schröder und Tacke	84	28
<i>Wilhelmy, Frank:</i> Das Schreiben der Lämmer	78	52
<i>Wilhelmy, Frank:</i> "Sahnehäubchen auf einem Kaffee, der gar nicht will"	82	44
<i>Wilhelmy, Frank:</i> What's left?	83	52
<i>Wittich, Dietmar:</i> Die Reproduktion von Klassengesellschaft in Ostdeutschland	81	28
<i>Wolf, Frieder-Otto:</i> Jenseits der Volksparteien. Das deutsche Parteiensystem und die Bündnisgrünen	85	42
<i>Wortmann, Rolf:</i> (siehe Schulze, Heiko)	77	38
<i>Zech, Rainer:</i> (siehe Ehses, Christian)	83	47
<i>Zimmer, Jochen:</i> Ver"steiner"te Waldorfpädagogik	84	34
<i>Zugehör, Rainer:</i> "Plataforma 0,7%" - Spanien als Vorbild	81	57
<i>Zugehör, Rainer:</i> Spaniens Linke: im Aufbruch oder Untergang?	83	56
<i>Zugehör, Rainer:</i> Südafrika nach der Wahl	79	10

Verzeichnis der besprochenen Bücher (Sortierung nach AutorInnen der Bücher)

AutorIn: Titel	Heft	Seite
<i>Bieling, Hans-Jürgen; Deppe, Frank (Hrsg.):</i> Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus (Schuster)	81	54
<i>Conradi, Peter; Zöpel, Christoph:</i> Wohnen in Deutschland - Not im Luxus (Bell)	82	50
<i>Düding, Dieter:</i> Zwischen Tradition und Innovation. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1966 (Meyer)	82	42
<i>Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des Deutschen Bundestages (Hrsg.):</i> Die Industriegesellschaft gestalten - Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen (Bimboes)	81	14
<i>Fichter, Tilmann:</i> Die SPD und die Nation. Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit (Meyer)	76	51
<i>Grass, Günter:</i> Ein weites Feld (Fintel)	86	14
<i>Groh, Dieter; Brandt, Peter:</i> "Vaterlandslose Gesellen". Sozialdemokratie und Nation 1860-1990 (Meyer)	76	51
<i>ISÖ (dt. Übersetzung):</i> Sustainable Netherlands - Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande (Hellmeister)	79	8
<i>Leggewie, Claus:</i> Die 89er. Portrait einer Generation (Koerber)	85	11
<i>Leif, Thomas; Raschke, Joachim:</i> Rudolf Scharping, die SPD und die Macht (Wehr)	79	4
<i>Massarat, Mohssen; Wenzel, Hans-Joachim, Sommer, Birgit; Széll, György:</i> Die Dritte Welt und Wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis (Göll)	76	34
<i>Massarat, Mohssen:</i> Endlichkeit der Natur und Marktökonomie - Schritte zum Gleichgewicht (Ewen)	78	49
<i>Müller, Susanne:</i> Sozialdemokratie als Lebenssinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD. Zum 80. Geburtstag herausgegeben von Bernd Faulenbach (Meyer)	86	9
<i>Schüller, Heidi:</i> Die Alterslüge (Didier)	85	51
<i>Trepp, Gian:</i> Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg - Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans (Bimboes)	80	50
<i>Vester, Michael:</i> Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung (Didier)	84	32

Sachverzeichnis

Die Angaben hinter den Stichworten beziehen sich auf Haftnummer/Seitenzahl und AutorInnen der Beiträge, deren Titel im alphabetischen AutorInnenverzeichnis nachgeschlagen werden können.

Stichwort: Heft/Seite AutorIn

- Alter:** 85/51 Didier
- Arbeit:** 77/42 Graf, 77/48 Underberg, 77/54 Kramm, 78/8 Ostertag, 79/18 Bartsch, 79/22 Weg, 79/34 Tofaute, 81/34 Kuppe, 82/4 Eikhoff, 84/28 Widuckel-Mathias, 85/47 Hinz, 86/12 Bättig
- ArbeiterInnenbewegung:** 76/44 Buttgeret, 76/45 Laschitza, 76/54 Dörre, 86/44 Euchner
- Arbeitsförderungsgesetz:** 78/8 Ostertag
- Arbeitslosigkeit:** 75/24 Rudolf, 77/8 Offermann
- Arbeitszeit:** 75/38 Baumeister/Sieling, 75/40 Schaaf, 76/9 Scharf
- Asyl:** 81/10 Kaufmann
- Ausbildung:** 76/14 Schulz, 82/4 Eikhoff
- Banken:** 77/57 Pfeiffer 79/38 Sörgel, 80/50 Bimboes, 84/2 Kremer: kurzum , 85/2 Kremer: kurzum , 85/15 Dehm
- Bewegungen:** 84/36 Hoofacker
- Bildung:** 83/18 Kockerbeck 83/19 Balnis 83/26 Hensel 83/29 Saß 83/30 Speth 83/36 Schumann 83/38 Jobelius/Vougioukas 84/34 Zimmer
- Bundesländer:** 82/38 Wehr (Berlin), 84/18 Sieling (Bremen), 82/42 Meyer (NRW), 82/6 Schulze (NRW), 83/30 Speth (NRW), 84/11 Kreuz (NRW), 84/13 Behler/Horstmann (NRW), 81/16 Didier (Sachsen)
- Crossover/rot-grüner Raum:** 84/2 Kremer: kurzum, 86/4 Schostok, 81/2 Kremer: kurzum, 80/2 Kremer: kurzum
- DDR:** 78/54 Marschall, 78/55 Didier, 81/24 Dümcke, 83/9 Romberg, 83/10 SPD-Abgeordnete im Bundestag, 84/32 Didier, 85/24 Peter/Sprafke, 85/26 Barbe, 86/14 Fintel
- Deutschland/Allgemein:** 85/20 Knoell, 85/24 Peter/Sprafke, 86/14 Fintel
- Deutschland/Außenpolitik:** 79/54 Gutjahr, 85/54 Glotz, 85/56 Peter, 85/58 Schütz
- Deutschland/Innenpolitik:** 75/9 Hahnzog, 75/11 Alm-Merk, 81/10 Kaufmann, 83/10 SPD-Abgeordnete im Bundestag, 85/4 Gössner
- Dritte Welt:** 76/34 Göll
- Drogenpolitik:** 82/48 Nabel
- Entwicklungspolitik:** 76/34 Göll
- Europa:** 75/52 Schuster, 78/6 Rüter, 81/54 Schuster, 84/46 Unger, 86/16 Spangenberg, 86/40 Kretschmer, 86/56 Kern, 84/48 Schuster
- Finanzpolitik:** 76/18 Ewald, 78/10 Ehrenberg, 79/34 Tofaute, 79/38 Sörgel, 81/6 Ewald, 85/17 Krämer, 77/6 Sieling,
- Frauenpolitik/Gleichstellung:** 75/20 Weg, 77/54 Kramm, 78/52 Wilhelmy, 81/34 Kuppe, 82/12 Kramm, 86/10 Trosien
- Friedenspolitik:** 77/18 Griemert/Kretschmer, 79/12 Nahles, 81/8 Kretschmer, 82/55 Disselnkötter, 84/46 Unger, 85/2 Kremer: kurzum, 85/56 Peter, 85/58 Schütz, 86/56 Kern
- Gentechnik:** 75/10 Catenhusen
- Geschichte:** 80/2 Kremer: kurzum, 85/24 Peter/Sprafke, 85/26 Barbe
- Gesundheit:** 78/16 Riege
- Gewerkschaften:** 76/10 Wendl, 83/29 Saß, 83/47 Ehses/Zech, 85/47 Hinz, 86/48 Olczyk, 86/52 Heldmann, 82/2 Kremer: kurzum
- Globalisierung/Internationalisierung:** 75/46 Brüggen, 75/52 Schuster, 77/20 Rüter, 77/21 Hällhag, 77/51 Cabalo, 78/49 Ewen, 79/10 Zugehör, 85/37 Hirsch
- Grundsicherung:** 79/30 Offermann
- Grüne:** 80/10 Heilmann/Wolf, 81/15 Schrapers, 83/36 Schumann, 84/16 Tschiche, 85/42 Wolf
- Internationales:** 80/52 Sieling, 80/55 Tieber, 80/56 Bultmann, 81/54 Schuster, 81/57 Zugehör, 81/58 Moritz, 83/56 Zugehör, 84/46 Unger, 84/48 Schuster, 84/52 Martin, 84/56 Schönsee, 84/58 Moritz, 86/10 Trosien, 86/12 Bättig, 86/24 Kremer, 86/25 Falk, 86/29 Bimboes, 86/36 Kebir, 86/40 Kretschmer
- Islam:** 86/36 Kebir
- IUSY:** 77/20 Rüter, 77/21 Hällhag
- Jahresregister:** 1992/1993 78/27
- Jugend:** 76/14 Schulz, 83/38 Jobelius/Vougioukas, 85/11 Koerber
- Jusos:** 82/10 Schostok, 83/52 Wilhelmy, 84/25 Schostok/Westphal, 85/9 Meyer
- Kapitalismus:** 81/54 Schuster, 82/12 Krämer, 82/16 Priewe, 82/22 Elsenhans, 82/28 Brandt, 82/34 Huffschmidt
- Klassen:** 80/17 Schmitz, 80/18 Kremer, 80/24 Koch, 80/30 Bieling, 81/28 Wittich
- Konservatismus:** 84/48 Schuster
- Kreislaufwirtschaft:** 76/16 Bimboes
- Kultur:** 77/12 Lücke, 78/54 Marschall, 78/55 Didier, 78/56 Olczyk, 83/42 Rausch, 85/20 Knoell, 85/4 Gössner, 86/14 Fintel
- Kurdien/Kurdistan:** 75/11 Alm-Merk, 84/56 Schönsee
- Linke:** 76/20 Koschützke, 76/42 Martin, 81/18 Krämer, 81/19 Hanewinkel, 81/22 Peter, 81/38 Vilmar, 81/57 Zugehör, 81/58 Moritz, 82/2 Kremer: kurzum, 82/28 Brandt, 83/52 Wilhelmy, 83/56 Zugehör, 84/4 Krämer, 84/40 Göll, 84/58 Moritz, 86/22 Krämer, 86/4 Schostok

- Marxismus:* 85/12 Jakomeit, 85/29 Jessop, 85/37 Hirsch, 86/44 Euchner
- Medien:* 77/15 Piantini, 80/40 Kandziora, 80/45 Lünstroth, 84/36 Hoofacker
- Musik:* 77/10 Post
- Nation:* 76/51 Meyer
- Nationalsozialismus:* 80/50 Bimboes
- Öffentlicher Dienst/Verwaltung:* 78/14 Heldmann, 79/50 Ewen
- Ostdeutschland/Neue Bundesländer:* 81/19 Hanewinckel, 81/22 Peter, 81/24 Dümcke, 81/28 Wittich, 81/34 Kuppe, 84/16 Tschiche
- Parteien:* 75/12 Piantini, 79/54 Gutjahr, 80/10 Heilmann/Wolf, 80/12 Dietzel, 80/14 Peter, 80/56 Bultmann, 81/15 Schrapers, 82/44 Wilhelmy 85/42 Wolf
- PDS:* 78/2 Kremer: kurzum, 80/12 Dietzel, 82/44 Wilhelmy, 82/46 Brie
- Politik:* 85/11 Koerber
- Politische Theorie:* 80/18 Kremer, 80/24 Koch, 80/30 Bieling, 81/48 Dehm, 82/34 Huffs Schmidt, 82/46 Brie, 85/12 Jakomeit, 85/15 Dehm, 80/17 Schmitz
- Post/-reform:* 76/13 Straube 78/18 Schöffberger
- Postfordismus:* 77/42 Graf, 77/48 Underberg 77/51 Cabalo, 82/28 Brandt
- Rechtstextremismus/Rassismus:* 76/54 Dörre, 75/56 Butterwegge, 77/10 Post, 83/6 Farin/Fromm
- Rot-Grün:* 76/6 Appel/Böttger 77/23 spw-Redaktion, 77/24 Brüggem/Bulmann/Müller/Peter, 77/30 Oertzen, 77/35 Jäger, 77/38 Schulze/Wortmann, 83/12 Bell, 83/14 Bartelheimer, 84/11 Kreutz, 84/13 Behler/Horstmann, 84/16 Tschiche, 84/25 Schostok/Westphal, 86/4 Schostok
- Solarer Umbau:* 78/35 spw-Redaktion, 78/36 Scheer, 78/44 Eurosolar, 81/12 Scheer
- Sozialdemokratie, Parteilinke:* 85/2 Kremer: kurzum, 75/2 Kremer: kurzum, 75/34 Möbbeck/Schulze/Westphal, 76/4 Schuster, 78/2 Kremer: kurzum, 80/15 Larcher, 82/8 Larcher, 84/20 Arenz, 85/8 Larcher
- Sozialdemokratie, regional:* 85/2 Kremer: kurzum, 82/38 Wehr (Berlin), 84/18 Sieling (Bremen), 82/6 Schulze/Rünker (Nordrhein-Westfalen), 84/13 Behler/Horstmann (NRW), 81/16 Didier (Sachsen),
- Sozialdemokratie/allgemein:* 75/28 Peter, 75/30 Krämer, 76/51 Meyer, 77/4 Müller, 77/6 Sieling, 78/4 Westphal, 78/6 Rüter, 79/4 Wehr, 79/46 Kremer, 80/14 Peter, 80/4 Krämer, 80/15 Larcher, 81/4 Westphal, 82/8 Larcher, 82/12 Kramm, 82/42 Meyer, 83/10 SPD-Abgeordnete im Bundestag, 83/52 Wilhelmy, 84/2 Kremer: kurzum, 84/20 Arenz, 84/25 Schostok/Westphal, 84/28 Widuckel-Mathias, 84/46 Unger/Wehr, 84/6 Müntefering, 85/6 Wasserhövel, 85/8 Larcher, 86/6 Krämer/Mikfeld/Schuster, 86/9 Meyer
- Sozialhilfe:* 83/4 Offermann
- Sozialismus:* 78/54 Marschall, 78/55 Didier, 81/42 Kremer, 82/2 Kremer: kurzum, 84/40 Göll, 86/44 Euchner
- Sozialstaat:* 75/13 Krämer 75/14 Bäcker, 75/20 Weg, 75/24 Rudolf, 76/11 Arenz, 77/8 Offermann, 79/30 Offermann, 79/34 Tofaute, 80/26 Nahnsen, 82/48 Nabel, 82/50 Bell, 82/52 Nabel/Welti, 83/4 Offermann, 85/47 Hinz, 85/51 Didier
- Sozialstruktur:* 77/30 Oertzen, 84/32 Didier
- spw/ProMS:* 75/7 Schmitz, 76/5 spw-Geschäftsführung, 77/14 spw, 78/2 Kremer: kurzum, 78/2 spw-Gf., 78/27 Jahresregister 1992/1993, 80/2 spw-Gf., 81/18 Krämer, 81/7 spw-Gf., 84/31 Bell, 85/16 spw-Red., 86/8 spw-Red.
- Staat:* 76/11 Arenz, 76/13 Straube, 78/14 Heldmann, 79/50 Ewen, 85/29 Jessop, 85/37 Hirsch, 86/22 Krämer
- Staaten/Länder/Regionen (außer Deutschland, DDR):* 76/38 Kebir (Algerien), 76/42 Martin (Frankreich), 84/52 Martin (Frankreich), 80/52 Sieling (Großbritannien), 75/12 Piantini (Italien), 77/15 Piantini (Italien), 80/40 Kandziora (Italien), 78/52 Wilhelmy (Jugoslawien), 79/12 Nahles (Jugoslawien), 81/8 Kretschmer (Jugoslawien), 85/54 Glotz (Jugoslawien), 76/30 Lessmann (Kuba), 78/44 Eurosolar (Kuba), 76/19 Kremer (Lateinamerika), 76/20 Koschützke (Lateinamerika), 76/24 Messner (Lateinamerika), 76/30 Lessmann (Lateinamerika), 78/25 Franz/Reymann/Scharf (Lateinamerika), 84/58 Moritz (Lateinamerika), 80/56 Bultmann (Mexiko), 86/24 Kremer (Mittelmeer), 86/25 Falk (Mittelmeer), 86/29 Bimboes (Mittelmeer), 86/40 Kretschmer (Mittelmeer), 80/55 Tieber (Österreich), 81/57 Zugehör (Spanien), 83/56 Zugehör (Spanien), 79/10 Zugehör (Südafrika), 84/56 Schönsee (Türkei), 81/58 Moritz (Uruguay), 80/45 Lünstroth (USA)
- Städte/Kommunen:* 76/18 Ewald (allgemein), 82/38 Wehr (Berlin), 84/18 Sieling (Bremen), 83/14 Bartelheimer (Frankfurt), 84/30 Brandt (Hannover), 83/12 Bell (Köln), 81/15 Schrapers (Mülheim), 77/38 Schulze/Wortmann (Osnabrück)
- Standort:* 75/10 Catenhusen, 77/51 Cabalo, 79/42 Schui, 82/22 Elsenhans
- Steuerpolitik:* 76/18 Ewald 81/6 Ewald, 85/17 Krämer
- Strategie:* 81/48 Dehm, 82/46 Brie
- Strukturpolitik:* 79/22 Weg
- Umbau, sozialökologischer:* 76/2 Kremer: kurzum, 79/13 Krämer, 80/18 Kremer
- Umwelt/Ökologie:* 76/16 Bimboes, 77/4 Müller, 78/10 Ehrenberg, 78/36 Scheer, 78/49 Ewen, 78/50 Dörschel, 79/26 Müller, 79/50 Ewen, 79/6 Bimboes, 79/8 Hellmeister, 81/12 Scheer, 81/14 Bimboes, 85/17 Krämer, 86/16 Spangenberg
- Wahlen:* 75/2 Kremer: kurzum, 77/2 Kremer: kurzum, 78/2 Kremer: kurzum, 79/2 Kremer: kurzum, 79/46 Kremer, 80/4 Krämer, 80/10 Heilmann/Wolf, 80/12 Dietzel, 80/14 Peter, 84/52 Martin
- Weltökonomie:* 75/46 Brüggem, 78/19 Göll, 78/19 Göll,
- Wirtschaftsdemokratie:* 81/48 Dehm
- Wirtschaftspolitik/Ökonomie:* 75/30 Krämer, 77/42 Graf, 77/48 Underberg, 77/51 Cabalo, 77/8 Offermann, 78/10 Ehrenberg, 79/13 Krämer, 79/42 Schui, 82/12 Krämer, 82/16 Priewe, 82/22 Elsenhans, 82/34 Huffs Schmidt, 84/28 Widuckel-Mathias
- Wohnen:* 82/50 Bell

Einleitung zum Schwerpunkt

von Thomas Westphal*

Die öffentlichen Debatten über die Entwicklung der internationalen Finanzmärkte, die Risiken der Spekulationsökonomie, über die Banken-, Geld- und Währungspolitik und ihre volkswirtschaftlichen Auswirkungen hinterlassen beim Publikum immer öfter den Eindruck, in den „unendlichen Weiten des Geldraumes“ reichlich verloren und überflüssig zu sein. In der Welt des großen Geldes und der Finanzjongleure habe der „kleine Mann“ mit seinen schnöden Alltagsorgen keinen Platz. Dieser Eindruck ist - was die internationalen Finanzmärkte betrifft - auch gar nicht so falsch.

„Unendliche Weiten des Geldraums“

Die Zeiten, in denen Finanzmärkte lediglich die Kreditbeziehungen zwischen Sparern und Investierenden vermittelten oder im internationalen Waren- und Handelsverkehr die Währungsrisiken verminderten, sind längst vorbei. Neue Kommunikationstechnologien und Finanzinstrumente haben aus den ursprünglich von der Realwirtschaft abgeleiteten Finanzgeschäften eigenständige und im hohen Maße lukrative Gewinnquellen gemacht. Die Beiträge von Marterbauer und Struck-Möbbeck in diesem Schwerpunkt verdeutlichen allerdings auch, daß diese „unendlichen Weiten des Geldraumes“ das Produkt gewollter Politik, vor allem das Ergebnis von Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte sind. Verbindet man diese ausufernde Spekulationsökonomie mit anderen Phänomenen der Weltwirtschaft, wie etwa den von den französischen Autoren J. Couvrat und N. Pless beschriebenen „schwarzen Löcher der Weltwirtschaft“ entstehen die Konturen der „neuen Logik der Weltökonomie“:

Transnationale Industrie-, Finanz- und Handelsstrukturen (seien es strategischen Allianzen, Direktinvestition, internationale „swap-Geschäfte“ oder die von Couvrat und Pless erwähnten „Zweitregister“ und „off-shore-Zen-

ten“) erzeugen zwar fast grenzenlose Renditemöglichkeiten für wenige, aber sie zerstören gleichzeitig die gewachsenen Binnenmarktstrukturen, ihre volkswirtschaftlichen Kreisläufe, und reale Beschäftigungsmöglichkeiten für viele. Die in dem Beitrag von Werner Ruhoff beschriebene zunehmende Scherenentwicklung zwischen der Geschäfts- und der Beschäftigungsentwicklung bei bundesdeutschen Banken, scheint mir exemplarisch für diesen Widerspruch der spekulativen Weltökonomie zu sein und bestätigt den oben erwähnten „Alltagseindruck“!

Frage nach den wirtschaftspolitischen Konsequenzen

Damit stellt sich die Frage nach den wirtschaftspolitischen Konsequenzen! Die innere Logik der hierzulande grassierenden wirtschaftspolitischen Selbstaufgabe wird im Beitrag von Markus Marterbauer deutlich beschrieben. Die selben politischen Kräfte, die die „unendlichen Weiten des Geldraumes“ durch die Deregulierung nationaler Finanzmarktstrukturen geöffnet haben begründen ihre heutigen „Modernisierungsattacken auf den Sozialstaat“ mit ihren sonstigen wirtschaftspolitischen Souveränitätsverlusten. Völlig zurecht verlangt Marterbauer deshalb die Redimensionierung der Finanzmärkte für einen Durchbruch realwirtschaftlicher Zielsetzungen.

Allerdings taucht im Zusammenhang mit den von ihm vorgeschlagenen Instrumentarien ein zentrales Problem auf. Alternativ dazu: Im wesentlichen soll der spekulativ aufgeblähte Finanzmarkt durch die Erhöhung der Transaktionskosten (Spekulationssteuer) auf sein Normalmaß zurechtgestutzt werden. Allerdings reicht dies nicht aus, um solche realwirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen durchzusetzen. Denn die Expansion und relative Abkopplung der Finanzmärkte ist Spiegelbild der Wachstumsschwäche der Realwirtschaft. Um neue wirtschaftliche Impulse zu setzen und die Finanzmärkte wieder in ein angemesse-

nes Verhältnis zur realen Ökonomie zu setzen, muß deshalb die gegenwärtige restriktive Angebotsorientierung aufgegeben und eine Politik zur Förderung von Nachfrage und Investitionen entwickelt werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei ein ökologisch ausgerichtetes Zukunftsinvestitionsprogramm. Bei der Umsetzung einer solchen Politik spielen wiederum die Banken und Sparkassen als Kreditgeberinnen und mit ihren Unternehmensbeteiligungen eine wichtige Rolle, die bei der Entwicklung einer linken Strategie berücksichtigt werden muß.

Die Rolle der Banken und Sparkassen

In diesem Zusammenhang sei auf den Text von Olaf Struck-Möbbeck verwiesen, der in der sogenannten „konservativen Geldkultur“ des bundesdeutschen Finanzsystems, also in der ausgeprägten Sicherheits- und langfristigen Geschäftsorientierung der Banken und Sparkassen ein starkes institutionelles Fundament zur Bändigung der spekulativen Tendenzen ausmacht.

Mit anderen Worten: Vor dem Hintergrund der sich ausbreitenden Spekulationsökonomie stellen die Industriebeteiligungen der Geschäftsbanken und die in Deutschland existierende spezifische stabilitätsorientierte Kredit- und Wirtschaftskultur wichtige Potentiale für eine Logik jenseits des „Casino-Kapitalismus“ dar.

Für die radikalreformerische Linke bedeutet das, daß sie ihren „finanzmarktpolitischen Instrumentenkasten“ um Maßnahmen erweitern muß, die die Stabilitätsmomente im deutschen Finanzsystem verteidigen und ausbauen. Mehr noch, nur wenn es eine radikalreformerische Bank- und Investitionspolitik über die beliebten Machtbegrenzungs- und Entflechtungsstrategien hinaus gibt, kann aus den Konzepten für einen neuen gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektor oder für Maßnahmen einer ökologischen Infrastrukturoffensive (z.B. Solarenergie und Bodenreform) mehr werden als Blühträume auf der Schaumkrone der Spekulationsökonomie.

* Thomas Westphal, Hannover, Mitherausgeber der spw, hat für diesen Schwerpunkt in der Redaktion mitgearbeitet.

Dominanz der Finanzmärkte - Perspektiven der Wirtschaftspolitik

von Markus Marterbauer*

Der europäische Integrationsprozeß scheint nach der Rezession 1992/93 - ähnlich der Situation zu Beginn der 80er Jahre - in eine sehr labile Phase eingetreten zu sein. Das gemeinsame Projekt einer europäischen Währungsunion ist nicht mehr von jenem Mythos geprägt, der dem Integrationsprozeß neue Dynamik verleihen könnte. Es scheint in bemerkenswerter Weise an den konkreten und aktuellen ökonomischen und politischen Problemen vorbeizugehen, ja zunehmend kontraproduktive Züge anzunehmen. Bevölkerung und Wirtschaftspolitik nehmen in steigendem Ausmaß die Währungsunion als gegen Beschäftigungspolitik und gegen den europäischen Sozialstaat gerichtetes Projekt war. Diese Wahrnehmung scheint zum Teil auch begründet. Zahllos sind die Beispiele, wo die Wirtschaftspolitik restriktive Maßnahmen und Sozialstaatskürzungen mit der Erfordernis der Erreichung der Konvergenzkriterien des Maastrichter-Vertrages begründet. Weil sich dieses Politikmuster faktisch in allen europäischen Staaten wiederholt, ist die restriktive Fiskalpolitik - die um ein immer noch relativ hohes Zinsniveau ergänzt wird - der Hauptgrund für die anhaltende Schwäche des gegenwärtigen Aufschwungs und der Verfestigung hoher Arbeitslosigkeit auf dem Rezessionsniveau.

Andererseits scheint diese Konzentration der Kritik auf das Projekt der Währungsunion einigermaßen kurz gegriffen. Es übersieht die dahinterliegenden Charakteristika des gegenwärtigen ökonomischen Regulierungsregimes, das als Dominanz der Finanzmärkte beschrieben werden kann.

Dominanz der Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft

Technische und ökonomische Entwicklungen, aber auch wirtschaftspoliti-

sche Entscheidungen zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs und Deregulierung der nationalen Finanzmärkte haben in den 80er Jahren zu einem "neuen" internationalen Finanzsystem geführt. Von besonderer Bedeutung war das Entstehen neuer, derivativer Finanzinstrumente (Optionen, Futures etc., die sich auf zukünftige Wertveränderungen von Waren oder von Aktien oder anderen Wertpapieren beziehen, also von ihnen „abgeleitet“ sind, Anm. d. Red.). Sie haben zu einer enormen Aufblähung des Volumens von Finanztransaktionen beigetragen und ein Finanzsystem etabliert, das von extremer Unsicherheit, hoher Volatilität (Beweglichkeit und Schwankungsintensität, Anm. d. Red.) von Kursen und Renditen und spekulativem Verhalten der Anleger gekennzeichnet ist. Die Entwicklung auf den Finanzmärkten steht im Bann kurzfristiger Erwartungsänderungen mit entsprechenden kumulativen Effekten auf die Entwicklung der Finanzmärkte selbst, aber auch der Realwirtschaft.

Zunehmend rückten in den letzten Jahren deshalb die Systemrisiken der Finanzmärkte in den Mittelpunkt der Besorgnis realwirtschaftlich orientierter Ökonomen. Weil monetäre Vorgänge eben keinen "Schleier" über die realwirtschaftliche Entwicklung darstellen, sondern diese massiv beeinflussen, stellt die Verfaßtheit der Finanzmärkte ein realwirtschaftliches Problem dar. Die "Unvollkommenheit" der unregulierten Finanzmärkte äußert sich in verschiedenen Formen des "Marktversagens" (asymmetrische Informationsverteilung, externe Effekte, öffentliches Gut-Charakter eines stabilen Finanzsystems etc.). Die Finanzmärkte sind vor allem in funktioneller Hinsicht (d.h. in bezug auf ihre fundamentale Aufgabe des Mitteltransfers von den Anlegern - in makroökonomischer Hinsicht der Haushaltssektor - zu den Schuldern - Unternehmenssektor und öffentliche Hand) ineffizient. Die Regulierungsbedingungen auf den Finanzmärkten führen dazu, daß kurz-

fristige Bewertungsinteressen (auf den Finanz- und Vermögenmärkten) gegenüber langfristigen Stabilitätsinteressen (des Finanzsystems und der Gesamtwirtschaft) in den Vordergrund rücken. Diese Dominanz läßt sich an vielen empirischen Belegen festmachen. Einige davon möchte ich anführen.

Finanzmärkte definieren die "Glaubwürdigkeit" der Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der europäischen Nationalstaaten ist heute in hohem Ausmaß darauf ausgerichtet, den Vorstellungen „der Märkte“ von einer glaubwürdigen Wirtschaftspolitik zu entsprechen. Fiskal- und geldpolitische Entscheidungen erfolgen unter dem Primat, die „Forderungen“ der Finanzmärkte, die meist in den wirtschaftspolitischen Empfehlungen internationaler Organisationen, vorab der OECD, formuliert werden, zu erfüllen. In diesen Forderungen manifestiert sich aber eine extrem einseitige Priorität monetärer Zielsetzungen. „Sound public finances and price stability“ lautet das Credo der internationalen Wirtschaftspolitik. Dazu kommen Politikvorschläge zum Abbau des generellen Wohlfahrtsstaates zugunsten eines selektiven, redimensionierten Sozialstaates, weitgehende Deregulierungen der Arbeitsmärkte und Ähnliches. Es scheint heute nahezu ausgeschlossen, daß einzelne Regierungen in Konfliktsituationen zugunsten binnenwirtschaftlicher und realwirtschaftlicher Zielsetzungen wie Beschäftigung, Realinvestitionen, Wachstum, Einkommensverteilung und zuungunsten monetärer, „internationaler“ Zielsetzungen entscheiden.

Diese Orientierung der Wirtschaftspolitik verschärft sich im Zuge des Übergangs zu einer Europäischen Währungsunion. Je näher das Datum der Entscheidung über Teilnehmer und Teilnahmebedingungen für die Währungsunion rückt, desto restriktiver

* Markus Marterbauer, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

wird die Fiskalpolitik in allen Staaten, desto bedingungsloser die Durchhalteparolen zugunsten einer strikten Einhaltung der Konvergenzkriterien. Dabei weiß der Großteil der beteiligten Wirtschaftspolitiker, daß genau der Versuch der strikten Einhaltung der fiskalischen Konvergenzkriterien in allen Ländern dazu führt, daß es zu einer markanten Wachstumsabschwächung kommt, die die Einhaltung eben dieser Kriterien verunmöglicht. Es ist aus einfachen kreislauftheoretischen Überlegungen bekannt, daß „man sich auch zu Tode sparen kann“. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die hohen Defizite, die die meisten europäischen Staaten heute aufweisen, makroökonomisch und längerfristig auch verteilungspolitisch bedenklich sind. Die simultane Verschärfung des Restriktionsgrades der Fiskalpolitik in allen europäischen Staaten dämpft aber das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum nachhaltig. Rückläufige Investitionen der öffentlichen Hand in die Infrastruktur verschlechtern die Investitionsbedingungen und -anreize für die Unternehmen. Die Kürzung von Sozialtransfers dämpft die verfügbaren Einkommen und die Konsumnachfrage in überproportionalem Ausmaß. Weil alle europäischen Länder gleichzeitig Konsolidierungsmaßnahmen einleiten, bleibt auch der Export als drittes entscheidendes Nachfrageaggregat schwach. Diese Erkenntnis kann sich aber nicht in konkreter Politik umsetzen, weil alle Länder, die von den Beschwörungsritualen zugunsten einer „glaubwürdigen Wirtschaftspolitik“ ablassen würden, sofort mit Vertrauensentzug durch die internationalen Finanzmärkte zu rechnen hätten und wissen, daß sie dies in Form von Kapitalabflüssen und steigendem langfristigen Zinsniveau teuer zu stehen kommen würde.

Die Kapitalverkehrsliberalisierung hat das EWS zerstört

Diese Macht der Finanzmärkte in der europäischen Wirtschaftspolitik ist aber nicht ein Phänomen des Übergangs zur Währungsunion. Schon die Krise des Europäischen Währungssystems (EWS) in den 90er Jahren hat gezeigt, daß ein etabliertes System der Politikabstimmung und -koordination nicht dazu ausreicht, eine fundamental vernünftige

Wirtschaftspolitik gegenüber den Kapitalmärkten durchzusetzen. Die Geister, die sich hier selbständig gemacht haben, wurden von der Wirtschaftspolitik aber selbst gerufen. Die auf der neoklassischen (Lehrbuch-) Vorstellung der Effizienz „vollkommener Finanzmärkte“ beruhende Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs und Deregulierung nationaler Finanzmarktstrukturen war eine der wesentlichsten Ursachen für die Krise des EWS.

Zwischen 1990 und 1992 hat sie dazu geführt, daß die zunehmende Überbewertung der Schwachwährungsländer nicht durch die im EWS vorgesehenen Realignments (koordinierte Wechselkursanpassungen) bewältigt werden konnten. Hohe Kapitalzuflüsse der „euphorischen“ Kapitalmärkte begünstigten zwar die Finanzmarktinteressen

Der Versuch der strikten Einhaltung der fiskalischen Konvergenzkriterien in allen Ländern führt zu einer markanten Wachstumsabschwächung, die die Einhaltung eben dieser Kriterien verunmöglicht.

in diesen Ländern, nicht aber die realwirtschaftlichen Interessen, die unter der rasch abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit litten. Andererseits erfolgte die Wechselkurskorrektur in den Spekulationskrisen des EWS 1992/93 in viel zu hohem Ausmaß. Das Überschießen der Abwertungen nach dem Vertrauensentzug durch die Finanzmärkte führte zu einer Gefährdung des Binnenmarktes, weil diesmal die Hartwährungsländer dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die kräftigen Währungsaufwertungen seit 1992 sind übrigens die Hauptursache des ansonsten herbeigeredeten „Standortproblems“ in Hartwährungsländern wie Deutschland und Österreich. Faktum bleibt, daß die Finanzmärkte nicht in der Lage sind, gesamtwirtschaftlich begründete Wechselkurse herzustellen. Die europäische Wirtschaftspolitik hat sich andererseits in dieser Aufgabe gegenüber den Finanzmärkten als zu schwach erwiesen.

Platzen des Booms auf den Vermögensmärkten als wichtige Rezessionsursache

Die 80er Jahre brachten eine wohl einmalige Entwicklung auf den Vermögensmärkten. Während die Realwirtschaft von Deflationstendenzen gekennzeichnet war, kam es zu einer enormen Vermögensinflation. Die Vermögenswerte auf den Wertpapier- und Immobilienmärkten boomten in ungekanntem Ausmaß. Aus verteilungspolitischer Sicht haben von diesem Boom primär die Vermögensbesitzer und jene Institutionen profitiert, die die Transaktionen abwickelten (Banken). Weil die Vermögensverteilung meist deutlich ungleicher ist als die Einkommensverteilung, kam es zu einer kräftigen Auseinanderentwicklung in den Verteilungsrelationen. Langsames Wachstum der Arbeits-einkommen ging mit raschem Wachstum von „arbeitslosen“ Vermögenseinkommen einher.

Vor allem in Skandinavien und Großbritannien war dieser künstliche Boom auf den Vermögensmärkten auch stark kreditfinanziert. Die Vermögensinflation führte zu realwirtschaftlichen Überhitzungserscheinungen. Diese breiteten sich über den Bankensektor und die Bauwirtschaft auf die gesamte Volkswirtschaft aus. Analog dazu hatte dann auch das Platzen der spekulativen Vermögensblasen zu Beginn der 90er Jahre enorme realwirtschaftliche Auswirkungen. Die Rezession zu Beginn der 90er Jahre war in den Volkswirtschaften mit mißglückter Finanzmarktderegulierung und Spekulationsboom auf den Vermögensmärkten deutlich tiefer und mit erheblich stärkerem Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden als in den anderen Volkswirtschaften.

Spekulierende Unternehmer als Mitursache für die Wachstumsabschwächung

Die schwache Entwicklung der Realwirtschaft im Vergleich zum explosiven Wachstum der Vermögensmärkte hat auch erhebliche Auswirkungen auf das Anlegerverhalten gehabt. Trotz relativ guter Gewinnentwicklung sank in den 80er Jahren in Europa der Anteil realwirtschaftlicher Investitionen am Brut-

toinlandsprodukt von knapp 25% auf unter 20%. Die Ursachen für diese Entwicklung sind im hohen realen Zinsniveau, in den prosperierenden Vermögensmärkten und deren Effekten auf die effektive Nachfrage zu finden. Realinvestitionen konkurrieren zunehmend mit Finanzinvestitionen. Wenn nun wie in den 80er Jahren eine die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfende restriktive Wirtschaftspolitik mit boomenden Vermögensmärkten einhergeht, dann investieren auch die Unternehmen ihre liquiden Mittel lieber in hohe Zinsen versprechende Wertpapiere oder hohe Wertsteigerungen versprechende Aktien und Immobilien. Große Industrieunternehmen halten heute enorme Wertpapierportefeuilles, oft sind die Finanzkapitalerträge höher als die Gewinne aus Realkapitalinvestitionen. Als Folge davon sinken Beschäftigung, verfügbare Einkommen und privater Konsum. Bei schwächerem Wachstum des Steueraufkommens steigen die Ausgabenerfordernisse für den Staat (Arbeitslosengelder etc.). Der Spielraum für öffentliche Infrastrukturinvestitionen geht bei steigenden Finanzierungsproblemen weiter zurück.

Regulierungsperspektiven für die europäische Wirtschaftspolitik

Seit Beginn der 80er Jahre charakterisieren zwei Tendenzen die europäische Wirtschaftsentwicklung. Zum einen eine zunehmende Priorität monetärer wirtschaftspolitischer Zielsetzungen, wie Preisstabilität, Liberalisierung und Deregulierung von Finanz-, aber auch anderen Faktormärkten gegenüber realwirtschaftlichen Zielsetzungen wie hohen Investitionen, Wachstum, Beschäftigung und Einkommensverteilung. Zum anderen verlor die Wirtschaftspolitik in erheblichem Ausmaß Einfluß, vor allem gegenüber den Finanzmärkten. Innerhalb der wirtschaftspolitischen Institutionen erhöhte sich allerdings die Bedeutung von Notenbanken und Banken gegenüber fiskal- und beschäftigungspolitischen Instanzen. Das zentrale Problem der europäischen Wirtschaftspolitik liegt heute in den Regulierungsbedingungen der Finanzmärkte. Einen ersten Ansatzpunkt für eine Politik, die realwirtschaftlichen Zielsetzungen stärker zum Durchbruch verhelfen will, bildet deshalb eine Redi-

mensionierung der Finanzmärkte. Dafür sind verschiedene Instrumentarien vorstellbar.

Erhöhung der Transaktionskosten

Die traditionelle Ökonomie sieht in der Minimierung von Transaktionskosten (den „Unkosten“, die mit der Durchführung von ökonomischer Transaktionen verbunden sind, Anm. der Red.) ein enormes Potential für Effizienzsteigerungen. In den letzten Jahrzehnten ist es daher auf den Finanzmärkten zu einer - auch technologisch bestimmten - massiven Senkung der Transaktionskosten gekommen. Diese Entwicklung und ihre Folgen finden eine Entsprechung im Umweltbereich. Dort führten fehlende Zukunftsmärkte zu zu niedrig kalkulierten Transaktionskosten und zu stark steigenden Umweltbelastungen. Ganz ähnlich der Debatten in der modernen Verkehrs- und Umweltpolitik können Transaktionssteuern zu mehr Kostenwahrheit auch auf den Finanzmärkten führen. Der kurzfristige Horizont der Finanzmärkte, die Eigenarten einer kumulativen Erwartungsbildung (Spekulation im Herdentrieb), die hohen Volatilitäten und Reaktionsgeschwindigkeiten auf den spekulativen Märkten würden damit eingedämmt werden. Längerfristige, gesamtwirtschaftliche Interessen würden wieder gegenüber kurzfristigen, spekulativen Vermögensinteressen begünstigt.

Schon im Jahr 1978 hat James Tobin eine Umsatzsteuer auf Devisentransaktionen zur Eindämmung der negativen Effekte spekulativer Kapitaltransaktionen auf die Realwirtschaft vorgeschlagen. Die Devisentransaktionssteuer sollte kurzfristige destabilisierende Kapitaltransaktionen gegenüber langfristigen Veranlagungen weniger rentabel machen und damit Realinvestitionen gegenüber Finanzspekulation begünstigen. Im Zusammenhang mit der Spekulationskrise im Europäischen Währungssystem wurden mehrere innovative Vorschläge zum Einsatz ähnlicher Instrumente gemacht (Einbeziehung offener Devisenmarktpositionen in die Mindestreservenerfordernisse etc.). Transaktionssteuern sollten aber auch auf nationalen Finanzmärkten aufrechterhalten (Börsenumsatzsteuer) oder ausgedehnt werden.

Diese Politik muß nicht notwendigerweise im Widerspruch zur Philoso-

phie von Kapitalverkehrsliberalisierungen des Binnenmarktprogrammes und der Währungsunion stehen. Im Gegenteil, vernünftig konzipierte Transaktionskostenerhöhungen haben den großen, die Effektivität des wirtschaftspolitischen Eingriffs erhöhenden, Vorteil, daß sie marktkonform sind. Damit werden Umgehungsmöglichkeiten verringert und sinnlose Ausweichreaktionen nicht provoziert. Regulierungen müssen heute zunehmend den Marktgegebenheiten angepasst sein, um Erfolg zu haben. Angesichts zahlloser empirischer Erfahrungen müssen sie sich aber von der Lehrbuchideologie „effizienter Kapitalmärkte“ abwenden.

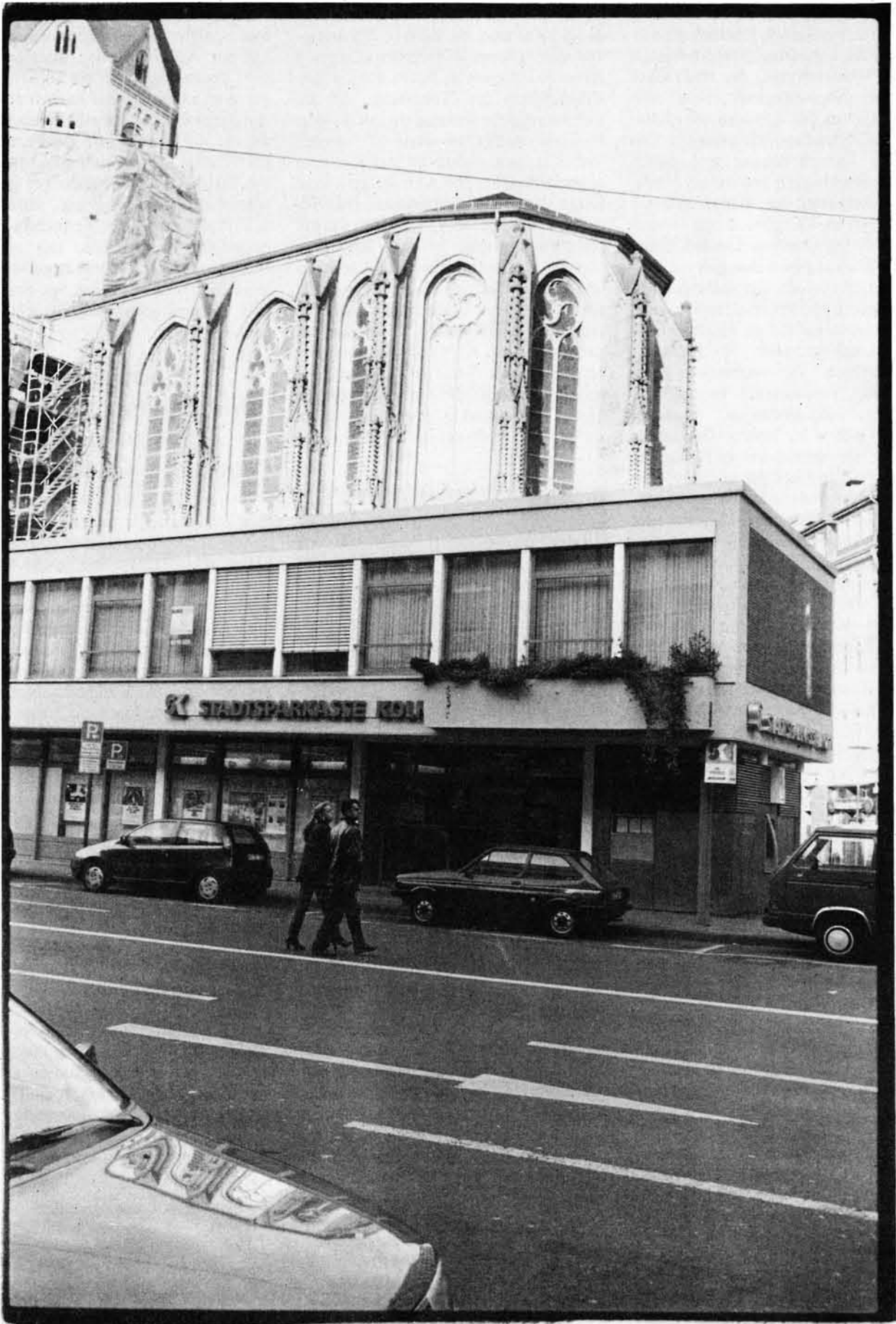
Innovative Entwicklungen im Steuersystem

Neben verschiedenen Formen der Transaktionssteuern kann auch die Erfassung spekulativer Engagements auf Immobilienmärkten und Börsen dazu beitragen, fundamental, das heißt realwirtschaftlich gerechtfertigten, Entwicklungen auf diesen Märkten stärker Rechnung zu tragen. Wertsteigerungssteuern würden dazu beitragen, die „spekulativen Blasen“ auf den Vermögensmärkten gar nicht entstehen zu lassen, spekulative Investitionen auf den Vermögensmärkten unattraktiver zu machen, die Einkommensentwicklungen wieder in etwas gerechtfertigtere Bahnen zu lenken und den finanziellen und spekulativen Druck von der Realwirtschaft zu nehmen.

Generell muß in reichen „Vermögensökonomien“, als die sich die hochentwickelten Volkswirtschaften Europas heute darstellen, den Vermögens-, Vermögenseinkommens- und Vermögensverkehrssteuern größere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Dies nicht nur aus verteilungspolitischen Gründen (die Vermögenseinkommen sind noch ungleicher verteilt als die Arbeitseinkommen), sondern auch aus fiskalpolitischen (steuerliche Erfassung der rasch wachsenden Einkommen) und wachstums- und konjunkturpolitischen Überlegungen (die Sparquote aus Vermögenseinkommen ist höher als jene aus Arbeitseinkommen, ihre Besteuerung daher weniger nachfragedämpfend).

Wechselkursstabilisierung

Der Status quo der Währungssituation in Europa ist inakzeptabel, weil er



„Bankgebäude 1“. Foto: Stephan Hoppe

selbst gegenüber dem EWS der 80er Jahre einen markanten Rückschritt darstellt. De facto bestehen heute in Europa flexible Wechselkurse, die makroökonomische Anpassungslast wird ausschließlich von den Ländern mit expansiverer Wirtschaftspolitik getragen. Das aufgrund wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen erwartbare Nicht-Zustandekommen der Währungsunion im gegebenen Zeitplan droht, diesen Zustand fortzuschreiben. Die Schaffung stabiler Währungsbeziehungen im Binnenmarkt ist deshalb ein wichtiges Regulierungserfordernis. Ziel muß es sein, von den wirtschaftlichen Fundamentalfaktoren unbegründete Wechselkurschwankungen zu verhindern und gleichzeitig fundamental begründbare Wechselkursveränderungen geordnet vor sich gehen zu lassen. Gelingt es nicht, die Devisenmärkte in Europa zu stabilisieren, so steht der gesamte ökonomische Integrationsprozeß zur Disposition. Die Maastrichter-Variante der Europäischen Währungsunion kann diese Bedingungen nicht erfüllen. Sie etabliert eine zu einseitig am Preisstabilitätsziel orientierte Zentralbank, die überhaupt nicht in die europäische Wirtschaftspolitik eingebunden ist. Sie stellt in der Übergangsperiode der Erfüllung der Konvergenzkriterien einen extrem deflationär wirkenden Impuls der Wirtschaftspolitik dar, der die rekordhohe Arbeitslosigkeit noch weiter nach oben zu treiben verspricht. Sie sieht keine institutionellen Vorkehrungen für jene Länder vor, die nicht in einer "ersten Geschwindigkeit" an der Währungsunion teilnehmen können.

Allerdings kann die Bildung einer Währungsunion für jene Länder ein Instrument zur Verhinderung spekulativ bedingter, realwirtschaftlich nicht begründbarer Währungsturbulenzen darstellen, die das Abwertungsinstrument aufgrund weitgehender realwirtschaftlicher Konvergenz nicht mehr benötigen. Dies kann ohne weitere Übergangsperioden erfolgen. Die Vorteile für die teilnehmenden Hartwährungsländer bestünden in Entlastung vom Druck der Spekulationsgefahr, sinkendem Zinsniveau, Transaktionskosteneinsparungen und einer Wiedergewinnung von geldpolitischem Einfluß durch die Beseitigung der Dominanz der Devisenmärkte und der Dominanz der deutschen Bundesbank.

Notwendig wäre es, die Regulierungsbedingungen der Europäischen

Zentralbank zu verändern. Ziel soll es dabei nicht sein, die EZB in Abhängigkeit von anderen wirtschaftspolitischen Akteuren kommen zu lassen. Für die Unabhängigkeit der Notenbank, die als technokratische Institution mit längerfristigen Aufgaben etabliert werden soll, sprechen, sofern es andere starke wirtschaftspolitische Akteure gibt, eine Reihe von guten Argumenten. Die Notenbank braucht aber, weil ihre Politik realwirtschaftliche Effekte hat, eine breitere Definition ihrer Zielsetzungen und eine Anbindung an den demokratischen Diskurs. Wachstums- und beschäftigungspolitische Zielsetzungen gehören zu den Aufgaben einer modernen Notenbank. Gerade weil die geldpolitischen Entscheidungen von unabhängigen Technokraten getroffen werden sollen, muß über sie in der Öffentlich-

Eine an realwirtschaftlichen Zielsetzungen orientierte Wirtschaftspolitik muß eine Redimensionierung monetärer Interessen einleiten.

keit (z.B. des Europäischen Parlaments) diskutiert werden.

Für eine Reihe von Ländern mit wirtschaftlichem und institutionellem Entwicklungsrückstand würde die Teilnahme an einer Währungsunion unlösliche Anpassungsprobleme mit sich bringen. Sie würden rasch an Wettbewerbsfähigkeit verlieren und könnten asymmetrischen Schocks (unerwartet eintretende heftige ökonomische Veränderungen, die sich auf verschiedene Branchen oder Länder unterschiedlich auswirken und deshalb ihre Austauschverhältnisse verändern, Anm. d. Red.) nicht mehr gegensteuern, weil ihnen einerseits traditionelle Instrumente der Wirtschaftspolitik (Abwertungen oder expansive Fiskalpolitik) auf nationaler Ebene nicht mehr und andererseits das bei fixen Wechselkursen wichtige makroökonomisch einsetzbare Instrument der Lohnpolitik aufgrund institutioneller Umstände (schwache Richtungsgewerkschaften) noch nicht zur Verfügung stehen. Dennoch muß die Teilnahme an der Währungsunion für diese Länder of-

fen bleiben und müssen symmetrische und stabile Wechselkursbeziehungen mit der Währungsunion etabliert werden. Vorstellbar wäre die Schaffung einer unabhängigen, auf realwirtschaftliche Zielsetzungen verpflichteten Behörde, die die Kompetenz zur Festlegung der Wechselkurse übertragen bekommt. Ein Instrument mit expansiver gesamtwirtschaftlicher Wirkung würde die Schaffung eines "europäischen Währungsfonds" darstellen, der zinslose Darlehen an Länder mit negativer Leistungsbilanz vergibt und aus einer Abgabe auf Leistungsbilanzüberschüsse finanziert wird.

Europäische Wirtschaftspolitik - neue Zielsetzungen und bessere Koordination

In einer Welt liberalisierter und volatiler Finanzmärkte kommt der Koordination und Kooperation der internationalen Wirtschaftspolitik große Bedeutung zu. Nationale Wirtschaftspolitik verliert rasch an Handlungsspielräumen. Die Regulierung von spekulativen Finanzmärkten, der Ausgleich asymmetrischer Schocks und eine erfolgreiche Wachstums- und Beschäftigungspolitik im allgemeinen kann mit hoher Effizienz nur auf internationaler Ebene erfolgen. Eine an realwirtschaftlichen Zielsetzungen orientierte Wirtschaftspolitik muß eine Redimensionierung monetärer Interessen einleiten. Das gilt nicht nur für die Bedeutung der Finanzmärkte, sondern auch für jene der Notenbanken. Daher bedarf es einer Stärkung der europäischen Wirtschaftspolitik in anderen Bereichen. Die Währungsunion (die tendenziell die Zentralbanken stärkt) darf nicht das einzige Integrationsprojekt in Europa darstellen, zu groß wäre die Gefahr desintegrativer Wirkungen. In letzter Zeit wurden im "Larsson-Bericht" zur Schaffung einer europäischen Beschäftigungsunion und im "Vranitzky-Report" zur sozialen Verträglichkeit der Währungsunion Vorschläge in diese Richtung gemacht, die es weiterzuverfolgen gelte.

Bankenstrategien in der Bundesrepublik Deutschland

von Olaf Struck-Möbbeck*

1. Einleitung

Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank" rechtfertigte Brechts Macheath seine Taten. Immer schon wurde auch in dieser Zeitschrift kritisch auf das Akkumulieren von Geld geschaut (vgl. Pfeiffer in 3/94, Sörgel in 5/94 und Dehm in 5/95). Zugleich wurde aber auch angemahnt, die Rolle der Banken als Steuerungselement des Strukturwandels zu thematisieren (so Kremer in 4/95). Im folgenden soll zunächst der allgemeine Trend zu Flexibilisierung und Globalisierung bundesrepublikanischer Banken verdeutlicht werden. Er birgt Gefahren des Beschäftigungsabbaus und der Spekulationsökonomie in sich. Der Trend verweist jedoch vor allem auf Akkumulationschwächen in der Realwirtschaft. Bislang galt, daß die im Vergleich zum westlichen Ausland "konservativen" deutschen Banken in besonderer Weise auf Sicherheit bedacht waren, durch Stabilitätsmerkmale gekennzeichnet sind und dabei ungebremst hohe Gewinne einfahren. Vor diesem Hintergrund sind sie bislang gerne bereit gewesen, staatlich gestützte Investitionen in Zukunftsfelder zu unterstützen.

Einleitend läßt sich festhalten: Ohne den politischen Willen zum ökologisch-sozialen Umbau durch Investitionsregulierung werden wirtschaftliches Know-How und Finanzkraft verspielt und en passant einer Spekulationsökonomie Vorschub geleistet. Volkswirtschaftlich gilt: Banken, Staat und Industrie sind - bei Strafe eines Finanzkrachs - gefordert, langfristige Realinvestitionen zu tätigen und abzusichern.¹ Ein liberaler Anpassungskurs, d.h. vorschnelle Flexibilisierung, vor allem aber Globalisierungsstrategien in den Banken und politische Deregulierung gefährdet das bisherige sozialstaatliche und wirtschaftspolitische Ordnungsgefüge.

2. Die Bundesrepublik als Finanzplatz

Die Bundesrepublik ist als ein Ganzes als Finanzplatz zu betrachten. Dies ist nicht selbstverständlich, gelten doch ansonsten einzelne Metropolstädte (London, New York, Tokio usw.) als zentrale Bank- und Börsenplätze. Auch wenn sich v.a. Terminmarktgeschäfte auf den Bankenplatz Frankfurt konzentrieren, wird der größte Teil der Finanzdienstleistungen außerhalb Hessens bereitgestellt. Nur etwa 25% der Wertschöpfung im Kreditwesen entfallen auf dieses Bundesland und 10% der Beschäftigten arbeiten im hessischen Ban-

"Spekulanten mögen unschädlich sein als Seifenblasen auf einem starken Strom der Unternehmenseinstrom. Aber die Lage wird ernsthaft, wenn die Unternehmenseinstrom die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird."²³

kensektor. Damit gilt: Banken sind lokal präsent und so teilweise eingebunden in die regionale Wirtschaftsstruktur und Strukturpolitik (insbesondere die Sparkassen und Landesbanken).

Die Rahmenbedingungen des Finanzplatzes Bundesrepublik stützen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. In erster Linie werden die Stabilitätspolitik der Bundesbank und das deutsche Universalbankensystem als Stärken des Finanzplatzes Bundesrepublik genannt, auch der technologische Standard zur Vereinfachung der Abwicklung des Finanzgeschäfts ist hoch. Entsprechend schätzen die Vorstände in den Geschäftsberichten der größeren deutschen

Banken die Stabilität des Wirtschaftspotentials als so hoch ein, daß mittelfristig die europäische Währungsunion und längerfristig die Märkte Ost-Europas und von Teilen Ost-Asiens eine weitere Nachfragesteigerung nach Finanzdienstleistungen bedingen werden.

Wie stellt sich vor diesem Hintergrund die Geschäftsentwicklung im einzelnen dar?

3. Allgemeine Entwicklung bei den Banken und Sparkassen

Betrachtet man die allgemeine Entwicklung bei den Banken und Sparkassen, dann läßt sich ein wirtschaftlich positives Bild zeichnen.² Das Geschäftsvolumen betrug 1990 noch 4,7 Milliarden DM und stieg in diesem Jahr um 9,7%. Im zweiten Jahr der Vereinigung konnte das Volumen um 8,6%, auf 5,6 Milliarden DM erhöht werden. Rechnet man die Aktiva der ostdeutschen Kreditinstitute hinzu, dann zeigt sich eine Steigerung von 5,2 Milliarden in 1990 auf 7,1 Milliarden DM im Juni 1995.

Die Ertragslage im Bankensektor ist unbeschadet von Krisenerscheinungen und Sonderaufwendungen für den Aufbau Ost als gut zu bezeichnen. Nach einer Steigerung vom 18,8% in 1991 wuchs das Teilergebnis der westdeutschen Banken auch 1992 um 15,6% auf knapp 27,5 Milliarden DM.³ Die Bundesbank kommentiert im ersten Satz ihres Jahresberichtes zur Ertragslage der Westdeutschen Kreditinstitute auch folgerichtig: "Die Westdeutschen Kreditinstitute erweisen sich im Geschäftsjahr 1992 erneut als sehr ertragstark".⁴

Im April 1994 legte die Deutsche Bundesbank erstmals Angaben zur Ertragslage der ostdeutschen Sparkassen und Kreditgenossenschaften vor.⁵ Auch hier wird die Ertragsentwicklung als "recht günstig" eingeschätzt und die "vielfältigen Probleme, mit denen die ostdeutschen Banken seit der Aufnahme der Geschäftstätigkeit 1990 konfrontiert waren" gelten als "durchaus erfolgreich

* Dr. Olaf Struck-Möbbeck, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich 186 der Universität Bremen.

bewältigt".⁶ Das insgesamt gute Ergebnis ermöglichte erhebliche Investitionen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, wie auch eine Erhöhung der Risikovorsorge. Festzuhalten ist jedoch auch, daß vor allem die staatlich unterstützte Sonderentwicklung (Transfers) in den neuen Bundesländern, die durch öffentliche Investitionsprogramme, staatlich gestützte Zinsen der Ausgleichsforderungen, hohe öffentliche Kreditaufnahmen, Kredite an Kreditinstitute in öffentlicher Hand usw. gekennzeichnet ist, die gute Ertragslage der ostdeutschen Sparkassen und Kreditgenossenschaften sicherte. Der Anteil der Aktivpositionen am Geschäftsvolumen, der mit Unternehmen und Selbständigen in Form von Kreditvergaben getätigt wurde, betrug 1992 bei den ostdeutschen Sparkassen 14% (im Westen 33,8%) und bei den Kreditgenossenschaften 22,7% (im Westen 32,2%).

Auch bei wachsendem Geschäftsvolumen und guten Bilanzergebnissen steigern die Kreditinstitute ihre Beschäftigtenzahlen lediglich in sehr geringem Umfang. Nach Auskünften des Arbeitgeberverbandes des privaten Bankgewerbes e.V. stieg 1994 die Zahl der Mitarbeiter(innen) im Westen um 0,35% auf derzeit 688.200 Beschäftigte, ein Jahr zuvor betrug die Steigerung 1,1%. In den neuen Bundesländern stagnierte die Anzahl der Beschäftigten⁷ 1993 bei ca. 69.500. 1994 stieg die Zahl der Beschäftigten um ca. 2,3% auf 71.150. Die nochmalige Steigerung geht auf die Personalerhöhung im genossenschaftlichen Kreditgewerbe zurück, die privaten Banken verringerten ihr Personal im selben Zeitraum um ca. 800 Beschäftigte. Insgesamt gilt damit der Stellenmarkt als gesättigt.⁸ Im Zusammenhang mit der Diskussion um geeignete Strukturierungs- und Rationalisierungskonzepte hält darüber hinaus die Unternehmensberatungsfirma Arthur D. Little 100.000 Arbeitsplätze von ca. 650.000 des Bankgewerbes in der Bundesrepublik für überflüssig.⁹

4. Flexibilisierung

1990 gelang es Cartellieri (Vorstand Deutsche Bank) das Bankenmanagement aufzuschrecken, indem er von dem Kreditgewerbe als der möglichen Krisenbranche "Stahlindustrie der 90er Jahre" sprach. Angesichts verschärfter Weltmarktkonkurrenz, der Einführung neuer Technologien und ungenutzter

Mitarbeiterpotentiale schien ihm die eigene Branche nicht hinreichend vorbereitet für den internationalen Wettbewerb. Schnell zeichneten Finanzexperten ein Standort-Krisenszenario und mit dem Stichwort "lean banking" wurde ein integrierter Ansatz zur Neuausrichtung von Gesamtunternehmen angedacht.¹⁰

Heute beherrscht das Leitbild "Kundengruppenorientierung" die Banken und Sparkassen. Die Aufbau- und Ablauforganisation wie auch die Produkte sollen konsequent an Kundengruppen ausgerichtet werden. Im einzelnen unterscheiden sich dann Unternehmen der Bankenbranche bei der Identifikation ertragreicher Kundengruppen (Massengeschäft und/oder gezielte Kundensektoren wie Mittelstand, Landwirte, Unternehmen, Staat usw.) voneinander. Allge-

Dem bundesrepublikanischen Kreditgewerbe wird eine - gemessen z.B. an den angloamerikanischen Banken - "konservative Geldkultur" zugeschrieben, die Berechenbarkeit erzeugt.

mein gilt jedoch, daß das wenig lukrative Standardgeschäft in seiner Vertriebsstruktur (Selbstbedienungstechniken, Telefonservice) und in seinem Ablauf mittels neuer Technologien rationalisiert wird. Vollautomatisierte Servicestellen ersetzen eine Vielzahl von Kundenfilialen. Ziel ist es, Kundenwünsche so früh wie möglich der automatisierten Datenverarbeitung zuzuführen.

Die Trennung nach Geschäftsbereichen und Kundengruppen geht einher mit einer Differenzierung der Personalsysteme, der Organisationsstrukturen, der Arbeitsabläufe und des Controlling. Eine Reihe von Servicefunktionen verbleiben jedoch in einer Hand, werden von mehreren Banken genutzt und zum Teil von externen Anbietern übernommen. Mit diesen betriebs- und arbeitsorganisatorischen Veränderungen sind Verschiebungen der Qualifikationsanforderungen verbunden. Der Anteil der Routinetätigkeiten sinkt, hingegen steigt quantitativ wie qualitativ der Anteil qua-

lifizierter Tätigkeiten - hier zum einen im Bereich des »back-office« und zum anderen in der Kundenberatung. Quantitative positive Beschäftigungseffekte werden auf lange Zeit nicht erwartet.

Flexibilisierung ist die eine Anpassungsstrategie an den internationalen Wettbewerb, eine zweite ist die der Globalisierung.

5. Globale Expansion und Deregulierung des Finanzsektors

Die Expansion des internationalen Finanzsektors übertrifft die des Welt Handels und der ihn tragenden Produktion.¹¹ Die Herausbildung neuer Geld- und Kapitalzirkulationsinstrumente befördert die Dynamik im internationalen Finanzsystem. In 1991 betrug das Volumen des Welthandels 3.500 Milliarden Dollar, daraus entwickelte sich das traditionelle Finanzgeschäft mit 5.400 Milliarden Dollar. Der in diesem Jahr börslich und außerbörslich vollzogene Handel mit derivativen Geschäften belief sich auf einen Nettobetrag von knapp 8.000 Milliarden Dollar und übertraf damit das Bruttoinlandsprodukt der OECD-Staaten. Nach jüngeren Schätzungen des IWF beläuft sich der Umfang dieses Handels auf über 10.000 Milliarden Dollar.¹² Auch in Deutschland übersteigt in 1995 das Geschäftsvolumen von Finanzderivaten mit etwa 4.300 Milliarden DM das gesamte deutsche Bruttoinlandsprodukt von etwa 3.300 Milliarden DM. Der Schwerpunkt des derivativen Geschäfts liegt bei zinsbezogenen Kontrakten (insbesondere Zinsswap, Zinsoptionen, Forward Rate Agreements), die 80% der gemeldeten Nominalwerte ausmachen. Daneben fallen währungsbezogene Derivate (Währungsswaps und Devisenoptionen) mit einer Größenordnung von etwa 470 Milliarden DM ins Gewicht. Aktien- oder indexbezogene Derivate oder warenpreisbezogene Derivate, also näher an der realen Wertschöpfung befindliche Werte, spielen eine sehr untergeordnete Rolle.

Derivate werden z.T. außerbörslich gehandelt und schlagen sich nicht immer in den Bilanzen nieder. Genutzt werden sie von einer relativ kleinen, gleichwohl finanzstarken Kundengruppe. "Das Gewicht des außerbilanzlichen Geschäfts im Verhältnis zum bilanzwirksamen Geschäft beziffert sich da-

nach Ende des Jahres 1986 in Deutschland noch auf 29%, wuchs im Jahre 1989 bereits auf 56%", so stellt die Landesbank Berlin fest, und erreichte Ende 1992 "bereits einen Wert von 83%"¹³ Die schnelle Ausweitung der Finanzderivate hatte einen besonderen Einfluß auf diese Entwicklung. Wie immer in diesem Metier werden Risiken dezent behandelt und so wird konstatiert: "Finanzinnovationen führen nicht zu einer grundlegenden Risikominimierung in der Gesamtheit ..."¹⁴

Technologische Veränderung und Deregulierung verstärken die Ausweitung der Märkte und Finanzinstrumente und haben ihren Anteil an der Tendenz der relativen Verselbständigung des Finanzsektors. Ursächlicher für die relative Abkopplung der Finanzwirtschaft vom produktiven Kern und ihre Dynamisierung ist die Akkumulationsschwäche der Realwirtschaft (vgl. Marterbauer in diesem Heft).

Nun weist der Kapitalismus in der Bundesrepublik schon seit längerem abgeschwächtes Wachstum auf, nachdem Anfang der 70er Jahre die hohen Wachstumsraten und Investitionsraten im Rahmen der Nachkriegsentwicklung ausliefen. Die in den 50er Jahren sehr hohe Profitrate sank bis in die 70er und frühen 80er Jahre allmählich soweit ab, daß die durchschnittliche Rentabilität von Realinvestitionen in Hochzinsphasen in gefährliche Nähe des Zinssatzes für langfristige Finanzanlagen gelangte. Seitdem hat die Rentabilität sich stabilisiert und ist infolge der Umverteilung zu Lasten der Lohneinkommen wieder angestiegen.¹⁵ Aufgrund der schwachen Nachfrageentwicklung hat das aber nicht zu einem entsprechenden Wachstum von Investitionen in produktiv-wertschöpfenden Bereich geführt. Verfügbares Kapital wird in hohem Maße zugunsten finanzwirtschaftlicher Anlagen umgeleitet, im Finanzüberbau gebunden oder mittels Kreditaufnahmen besonders in konsumtiven Verwendungen (Verschuldung öffentlicher und privater Haushalte) verausgabt.

Die Schwäche der Realakkumulation beschleunigte die Geldkapitalakkumulation mit der Folge spekulativer Überzeichnungen auf den Finanzmärkten. Dabei sind die Portemonnaies der Unternehmen voll, auch wenn diese die Kosten einer Investitions- und Beschäftigungsinitiative beklagen. Mit der Schwäche im realwirtschaftlichen Unterbau geht eine Steigerung des Finanz-

vermögens der Unternehmen um mehr als 100 Milliarden DM jährlich einher.¹⁶

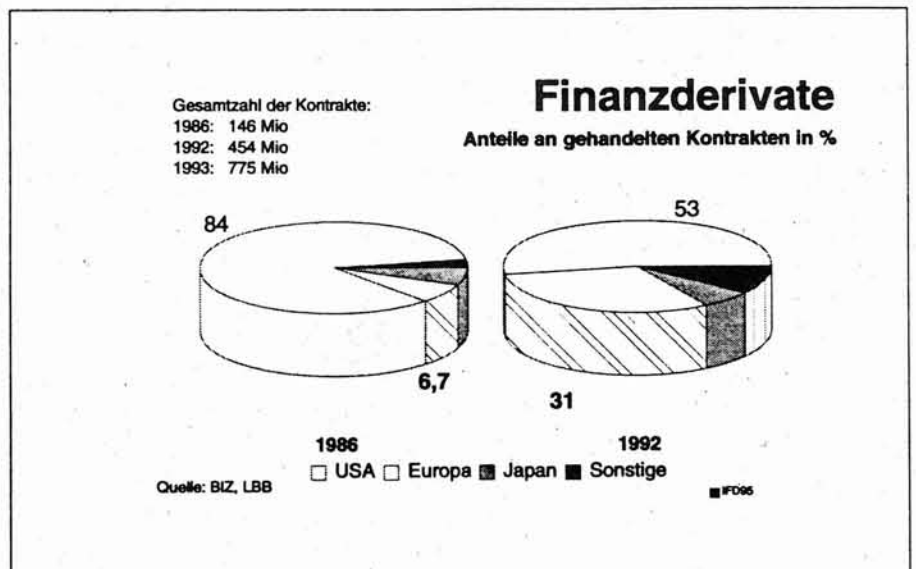
Mit der Expansion und Globalisierung des Finanzsektors sind Herausforderungen verbunden, denen sich der Finanzplatz Bundesrepublik zukünftig ausgesetzt sieht:

- Weltweite Deregulierungen werden eine Verschärfung des Wettbewerbs bedingen.
- Mit der Vollendung des EU-Binnenmarktes werden weitere Konzentrationen des Bankenmarktes erwartet.
- Neue Konkurrenten im Bereich der "Non- und "Near-banks" (Kreditkartenunternehmen, Versandhäuser und auch große Industrieunternehmen) übernehmen banknahe Funktionen oder gehen in traditionelle Geschäftsbereiche des Geld- und Devisenhandel, der Absatzfinanzierung, der Projektfinanzierung und des Wertpapierhandels.
- Deutschen Börsen erwächst Konkurrenz durch die Globalisierung des Handels mit reinen Finanztiteln in "Over-the-counter-Märkten". Diese beinhalten Risiken, da bilaterale Rechtsbeziehun-

wirksamen Geschäft - Anteil am Bilanzvolumen ca. 50 bis 60% (und damit über 6.000 Milliarden DM).

6. Stabilitätsmomente

Fassen wir zunächst einmal zusammen: Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Konkurrenzsituation auf den weltweiten Finanzplätzen hat der bundesrepublikanische Finanzplatz eine gute Position inne: Das Handlungspotential ist gekennzeichnet durch hohe Effizienz und Erträge sowie durch hohe innerbetriebliche Flexibilitätspotentiale. Zukünftigen Anforderungen soll durch Flexibilisierungs- und Globalisierungsstrategien, die durch eine staatliche Deregulierung begleitet werden, Rechnung getragen werden. Die neu eingeschlagene Marschrichtung ist deutlich konturiert. Gleichwohl scheint dem Betrachter, vor allem dann, wenn er das Gebaren auf anderen Finanzplätzen mit berücksichtigt, das Marschtempo sonderbar schwerfällig. Diesen "bremsenden Elementen" möchte ich mich kurz zuwenden. Die These ist, daß



gen unbeaufsichtigte Risikoakkumulationen einzelner Teilnehmer ermöglichen.

- Etwa 40% des Handels mit Finanztiteln erfolgt auf elektronischem Wege - Tendenz steigend. Nach wie vor gelten Computerbörsen als riskanter als Präsenzbörsen, da letztere bessere Einschätzungen der jeweiligen Börsensituation erlauben.
- Risikogeschäfte und hier bestehende Risiken aus dem sogenannten bilanzun-

es gerade diese Beharrungskräfte im bundesrepublikanischen Finanzsystem sind, die bislang stabilitätsichernd wirkten und dazu auch in Zukunft beitragen könnten.

Dem bundesrepublikanischen Kreditgewerbe wird eine - gemessen z.B. an den angloamerikanischen Banken - "konservative Geldkultur" zugeschrieben, die Berechenbarkeit erzeugt. Drei miteinander verknüpfte Momente sollen an dieser Stelle schlaglichtartig hervor-

gehoben werden. Sie sind für das deutsche Universalbanksystem kennzeichnend, lenken ab von einer allein auf kurzfristige Gewinnmaximierung gerichtete Kapitalstrategie und erleichtern längerfristig ausgelegte und gesicherte Finanztransfers. Es sind zum einen der häufig erwähnte Aspekt der Stabilität im Bankensystem, zum zweiten die unter Verflechtungsgesichtspunkten ebenfalls häufig erwähnte Nähe zur Industrie, und drittens die seltener thematisierte Eingebundenheit in einen gesellschaftlichen Rahmen, der Stabilität und Sicherheit für ökonomische Entscheidungen generiert.

1. Das zentrale Merkmal des deutschen Bankensystems sind die Stabilitätsmechanismen. Die restriktive Geldpolitik der Bundesbank hat - bei aller Kritik - zur Folge, daß die langfristige Zinsentwicklung bedeutend weniger schwankt als in anderen Ländern. Investitionen sind ökonomisch besser kalkulierbar. Darüber hinaus wurde mit dem im Vergleich zum Ausland frühen - Freigabe von Märkten und Zinsbildung in der Bundesrepublik zugleich auch ein strenges Reglement zur Risikominde- rung etabliert. So etwa Maßnahmen zur Eigenkapitalreserve und zur Deckung langfristiger Investitionskredite durch langfristige Passiva usw.¹⁷

2. Für die Bundesrepublik wird eine starke Verbindung zwischen dem produktiven industriellen Sektor und dem Finanzsektor konstatiert.¹⁸ Hinter dem zweiten Moment eines "konservativen Realismus" verbirgt sich eine Auffassung, die Unternehmen als produktive Einheiten und Anbieter von Arbeit begreift. In diesem - in der Gefahr des Schwindens begriffenen - Verständnis hat die Finanzwirtschaft vorrangig der (jeweiligen) inländischen Realwirtschaft zu dienen, also Finanzdienstleistungen in heimischer Währung für inländische Nachfrager bereitzustellen. Finanzierung durch die Banken hätte primär eine unterstützende Aufgabe für die Produktionsseite von Unternehmen. In der Rolle als Kreditgeber nehmen Banken längerfristige Perspektiven wahr als in „Performance-Managementsszenarien“ mit derivativen Finanzinstrumenten.

Ein wichtiges Element der langfristigen Beziehungen von Banken zur Industrie ist die Bereitschaft von Bund und Ländern, die Sanierung und Subventionierung von Großunternehmen zu betreiben. Dabei reduziert der Staat das

Kreditrisiko der Banken und so können sie dazu beitragen, daß Unternehmen der "Verlustspirale" entweichen, nach der in (branchenspezifischen) Krisenzeiten auf niedrige Preise Gewinnverluste und geringe Neuinvestitionen folgen (z.B. Flugzeugbau, Werften, Stahlerzeugung usw.). Erst seit vergleichsweise kurzer Zeit werden von den bundesdeutschen Banken verstärkt Anstrengungen im Bereich des Investment-Banking (Emission, Plazierung von Fremdkapital oder Anleihen und Unternehmens- und Beteiligungshandel sowie Beratung bei Fusionen und Buy-Outs usw.) und auf dem Feld der Eigenkapitalfinanzierung (neben Beratung und Unternehmens- und Beteiligungshandel, handelt es sich um die Bereiche Eigenkapital, Aktien, Kapitalbeteiligungsgeschäft, Emissionsformen mit Eigenkapitalkomponente wie Wandel- oder Optionsanleihen usw.) getätigt.¹⁹ Vorteile liegen für die Banken im Kompetenzgewinn im Wettbewerb um kleine- und mittelständische Unternehmen. Ein guter Marktüberblick in Technologie, Organisation, Vertrieb und Einkauf kann zum Ausbau der Leistung genutzt werden.

3. Nicht nur unter Berücksichtigung der Finanzwirtschaft gilt die Leitformel "Leistungsverausgabung gegen Sicherheit". Sie kennzeichnet vielmehr die erfolgreiche deutsche Nachkriegsgeschichte. Unternehmen wie Beschäftigte sind nur dann zur Leistungsverausgabung bereit (Investitionsentscheidungen von Unternehmen, Bildungsbeteiligung usw.), wenn gesellschaftlich verbindliche Regulierungen den Ertrag der Investition sicherstellen (Währungsstabilität, ordnungspolitische Sicherheit bis hin zu verbindlichen Regelungen für Bildungsabschlüsse, Rentenstabilität, aktiver Schutz vor Arbeitslosigkeit usw.). Hier bestimmt sich die Rolle des Staates.

Doch nicht nur auf gesellschaftlicher, auch auf betrieblicher Ebene kennzeichnet diese Formel das Verhältnis der beteiligten sozialen Akteure. Die notwendige flexible Marktanpassung wird in bundesrepublikanischen Unternehmen intern hergestellt. Arbeitszeitflexibilisierung, flexibler Arbeitseinsatz, hohe Weiterbildungsbereitschaft und Selbstverantwortung sind dabei verknüpft mit einem außerordentlich hohen Maß an Beschäftigungssicherheit. Dies sichert Unternehmen unmittelbar Investitionen in Aus- und Weiterbildung ihrer Beschäftigten, indirekt si-

chert es ihnen Absatzchancen auf nationalen Märkten. Der Staat hat ein Interesse an der Verbesserung seiner Einnahmen sowie an der Gewährleistung gesellschaftlicher Stabilität. Für Beschäftigte stellen stabile Beschäftigungsverläufe Planungssicherheit sowohl in der Lebensführung als auch in der Berufsausübung her und sie sichern sozialpolitische Anwartschaften.

Institutionelle Rigiditäten (Kündigungsschutz), starke Gewerkschaften und betriebszentristisch und korporatistisch verfasste industrielle Beziehungen bedingten eine relativ hohe Arbeitsplatzsicherheit (derer, die einmal ins Beschäftigungssystem gelangten). Die damit verbundene Einkommenssicherheit wie auch Arbeitsförderungsprogramme, staatliche Einkommenssicherungsmaßnahmen und eine staatlich unterstützte Vermögensbildung sind wichtig für die Bereitschaft, längerfristig zu sparen. Deutsche Banken haben dabei einen Zugang zu langfristigen Sparformen (Spareinlagen, Sparbriefe, Bankschuldverschreibungen usw.), der in anderen Ländern fehlt.

Mit dieser Langfristigkeit des Sparens verknüpft, ist eine weitere wichtige Nebenbedingung: Es besteht eine hohe Sparquote. Das Geldvermögen der privaten Haushalte betrug in 1993 etwa 3.925 Milliarden DM, davon entfielen ca. 23% auf Wertpapiere, 22% auf Spareinlagen und 21% auf Versicherungen und 3,7% auf Bausparanlagen.²⁰

Eingebunden in die institutionellen Rahmenbedingungen hat auch die Nachfrageseite, und hier vor allem der vielgepriesene Mittelstand, einen hohen Bedarf an längerfristigem Bankkapital, insbesondere in Form festverzinsten Kredite. Vor dem Hintergrund eines hohen Lohnniveaus sind die Betriebe gezwungen, kontinuierlich in Technologie, Qualifikation, Arbeitsorganisation und Produktentwicklung zu investieren.

Mit den genannten drei Punkten wurden die Verlässlichkeit und Stabilität generierenden Konstitutionsbedingungen des bisherigen sozialstaatlichen Ordnungsgefüges bestimmt. Ohne ihre Stärkung gestaltet sich eine erfolgreiche Lenkung von Kapital in realwirtschaftliche Investitionsfelder als schwierig.

7. Zukunftsinvestitionslenkung

Es kann nun natürlich nicht einfach darum gehen, Stabilitätsmomente zu

bewahren, von denen anzunehmen ist, daß sie auch zukünftig wirtschaftliche Prosperität fördern. Ebenso notwendig ist die Steuerungspolitik der Banken zu thematisieren und Investitionsfelder zu bestimmen.

Mit der "Macht der Banken" ist ein ganz erhebliches Demokratieproblem verbunden. Hierauf haben die in der Einleitung genannten Autoren in ihren Beiträgen in früheren Ausgaben der spw immer wieder hingewiesen. Die Bilanzen von Banken sind trotz Verlust- und Konkursrisiken immer noch nichtsagend, das Vorhandensein stiller Reserven, als Handelsbestand verschleierter Anteilsbesitz, Pauschalwertberichtigungen, unausgewiesene Machtpositionen im Depotstimmrecht usw. sind Anlaß der Kritik. Mit einer Verbesserung der Transparenz für Marktteilnehmer, der Stärkung der Bedeutung von Belegschafts- und Kleinaktionären und einer Verstärkung von Meldepflichten an die Bankaufsicht benennen die Kritiker die Stichworte zu einer Überwindung der Defizite. Diese Maßnahmen sind ebenso notwendig, wie eine ausreichende risikogewichtete Eigenkapitalunterlegung von Bankgeschäften und eine steuerliche Abschöpfung von (Spekulations-) Erträgen aus nicht investiertem Kapital etc.

Neben diesen Ansatzpunkten öffentlicher Regulierung besteht ein bedeutsamer weiterer: Eine ökonomische Stabilisierung, die zugleich Optionen in Richtung sozial-ökologischen Umbaus eröffnet, bedarf einer politischen Regulierung, die Anlagemöglichkeiten im realwirtschaftlichen Bereich schafft. Getragen durch die immensen Kapitalreserven geht es einer reformpolitischen Alternative zum wirtschaftsliberalen Handeln nach wie vor um die Mobilisierung und staatliche Absicherung eines ökologisch-sozialen Zukunftsinvestitionsprogramms.

Hier bestimmt sich dann vor allem die Rolle der Landesbanken, der Sparkassen, aber auch der Regionalbanken und der Genossenschaftsbanken. Gerade sie waren es, die in der Vergangenheit aufgrund ihrer spezifischen Geschäfts- und Kundenstruktur weitgehend abgeschottet waren von den Risiken einer Spekulationsökonomie. Bei ihnen finden sich besondere Potentiale einer Industrie- und Strukturpolitik, die ihren Schwerpunkt in der Region hat. Die Gemeinschaftsunternehmen sind in der Lage, dem Mittelstand moderne



„Bankgebäude 2“. Foto: Stephan Hoppe

Produkte, kurze Entscheidungswege und Kundennähe anzubieten. Sparkassen decken immerhin 40% des Geschäftsvolumens des bundesrepublikanischen Bankensystems ab. Hinzurechnen sind 15% der Kreditgenossenschaften.

Landesbanken und Sparkassen sind, gestützt durch ihren öffentlichen Auftrag, präsent in der regionalen Wirtschaftsförderung, der Erfüllung öffentlicher Aufträge wie der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und der Unterstützung des wirtschaftlichen Struk-

turwandels. Dies ist den Landesbanken bewußt, treffsicher bestimmt so beispielsweise die Berliner Bankgesellschaft²¹ ihre zukünftige Rolle, in dem sie konstatiert: "Die Metropole Berlin ist Standort und Auftrag". Dabei ist eine kooperative Arbeitsteilung zwischen Landesbank und Sparkasse möglich und hilfreich: Sparkassen, orientiert auf kleine und mittlere Betriebe, erhielten Emissionsrechte, Landesbanken, orientiert auf mittlere und Großunternehmen, kämen an die relativ zinsgünstigen Einlagen von Privatkunden.

Interessant ist vor diesem Hintergrund vor allem auch das steigende Interesse an Beteiligungen von Sparkassen und Banken an Unternehmen (zumeist über ausgegründete Beteiligungsgesellschaften). Beteiligungsschwerpunkt etwa der Sparkassentöchter sind dann vorrangig junge kleine und mittelständische Unternehmen des regionalen Umfeldes. Erklärtes Ziel ist dabei nicht zuletzt, die lokale Wirtschaftsstruktur zu verbessern. Ein erstes Pilotprojekt initiierte 1993 die Sparkasse der Stadt Siegen. Ende 1991 lag die Zahl bundesweiter Einzelinitiativen bereits bei über 260 Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von über 500 Millionen DM, und mit einem Umsatz der Unternehmen, an denen Beteiligungen bestanden, von ca. 16 Milliarden DM und ca. 46.000 Beschäftigten.²² Es finden sich also durchaus Potentiale sinnvoller Investitionslenkung über die Landesbanken und Sparkassen.

Auch die privaten Geschäftsbanken zeichnen sich in der Bundesrepublik durch Nähe zur Industrie aus und auch ihnen sind Beteiligungsgesellschaften alles andere als fremd. Gemeinsam ist ihnen in ihrer Geschäftspolitik, daß sie ihre Gewinnerwartungen mittelfristig ausrichten und ein vergleichsweise starkes Sicherheitsinteresse haben. Hier wird realistischer Weise anzusetzen sein. Die Rolle des Staates besteht dann zunächst auf einer vordergründigen Ebene in der Gewährleistung von Stabilität und Investitionssicherheit. Um diesem Zweck jedoch gerecht werden zu können, kommt ihm zugleich eine zentrale Lenkungsfunktion der Investitionen zu.

Nur ein Beispiel: Regelmäßig werden derzeit die neuen Rekordzahlen bei den Unternehmenspleiten beklagt. Wenn man die Effekte der ca. 14.000 Insolvenzen aus dem Jahre 1993 bedenkt (ca. 30 Mrd. DM volkswirtschaftlicher Gesamtschaden und ca. 170.000 vernichtete Arbeitsplätze) läßt sich leicht erahnen, welche Folgewirkungen die für 1996 geschätzten 32.500 Insolvenzen mit sich bringen. Darüber hinaus werden durch das Firmensterben oft ganze regionalwirtschaftliche Zusammenhänge gesprengt, was dazu führt, daß auch die bisher überlebenden Unternehmen Nachteile erleiden.

Immer wieder wird von Experten und Praktikern darauf hingewiesen, daß zentrale Insolvenzzursachen Managementfehler und eine ausgesprochene Eigenkapitalschwäche der kleinen und

mittleren Unternehmen sind. Dennoch sind die öffentlichen Hilfen nur von geringer Wirkung. Finanz- und Bürgerschaftshilfen der Bundesländer leiden z.B. an langwierigen und umständlichen Antragverfahren und bieten nicht einmal genügend Möglichkeiten der Erfolgskontrolle.

D.h. die Vernichtung ökonomischer Potentiale durch Pleitewellen ließe sich wesentlich effektiver Bekämpfen, wenn das Sicherheitsinteresse der Banken mit der Bereitstellung von Managementhilfen und schlüssigen Sanierungskonzepten (wie sie bei öffentlichen Bürgerschaftshilfen gefordert werden), verbunden werden würde. Dadurch entstünde außerdem eine erweiterte Perspektive für ökologische Produkt- und Prozeßinnovationen. Dazu ist es allerdings notwendig, daß sich verschiedene öffentli-

Eine schlichte Entflechtungs- und Machtbegrenzungsstrategie wird den wirtschaftspolitischen Herausforderungen nicht gerecht.

che, halböffentliche und private Institutionen und Geldgeber in einer „Sanierungsgemeinschaftsaktion“ zusammenfinden. Die in diesem Sinne von den Gewerkschaften vorgeschlagene Form der „Sanierungsbeteiligungsgesellschaft“ ist dafür ein aktuelles Beispiel. In der Praxis dürfte sich eine solche Sanierungsfinanzierung ohne Schwierigkeiten mit den Geschäftspolitiken der Sparkassen und Landesbanken verbinden lassen.

Mit anderen Worten: Eine schlichte Entflechtungs- und Machtbegrenzungsstrategie wird den wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Zeiten einer ausufernden Spekulationsökonomie nicht gerecht. Vielmehr ist es notwendig, die spezifischen Stabilitätsmomente der sogenannten „konservativen Geldkultur“ mit anderen Instrumenten der Struktur- und Industriepolitik effektiv zu verknüpfen.

1 Viele Hinweise und Anregungen erhielt ich durch die Mitarbeit in dem Berliner Forschungsprojekt „Finanzdienstleistung im Umbruch“ das von Hasko Hüning und Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel geleitet wurde.
2 Eine Einbeziehung der ostdeutschen Kreditin-

stitute in die Ertragsanalyse der Kreditinstitute ist im folgenden zunächst beschränkt auf die Kreditinstitute mit Sitz in den alten Bundesländern, die seit 1990 zum Teil jedoch mit Filialen in Ostdeutschland vertreten sind. Im April 1994 veröffentlichte die Deutsche Bundesbank einen ersten Bericht über die Ertragslage ostdeutscher Sparkassen und Kreditgenossenschaften. Aufgrund der heterogenen Funktionen und Geschäftszuschnitte, der Abwicklungs-, Fusions- und Aufbaupraxis ist auch die auf vergleichsweise homogene „Einheiten“ sich beschränkende Untersuchung der Bundesbank nur begrenzt aussagekräftig (vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, April 1994, S. 33ff.).

- 3 Nach Angaben der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen explodierten die Gewinne der deutschen Großbanken insbesondere nach 1992. Das Teilbetriebsergebnis (geschätzt auf der Basis des Oktober-Ergebnisses) lag 1993 bei der Deutschen Bank bei ca. 29%, bei der Dresdner Bank bei ca. 22% und bei der Commerzbank bei ca. 27% über dem Vorjahresergebnis. Insbesondere die Provisionsüberschüsse konnten auf weit mehr als 20% Zuwachs gesteigert werden (vgl. HBV-Informationen 2/94).
- 4 Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1993, S. 29.
- 5 Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1994.
- 6 Ebd., S. 33.
- 7 Lokales Personal ohne West-Ost-Delegierte.
- 8 Zwei bundesdeutsche Großbanken bauten im Zeitraum von Januar 1992 bis Ende 1993 fast 1.300 Stellen ab.
- 9 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 19.01.1994.
- 10 Vgl. etwa H. Bierer/H. Fassbender/Th. Rüdell: Auf dem Weg zur „schlanken Bank“, in: Die Bank, Heft 9/1992
- 11 Neben Banken tragen auch sogenannte institutionelle Anleger (Versicherungsgesellschaften, Investmentfonds, Pensionskassen) zu einer Expansion der Finanzmärkte bei. Sie halten immerhin etwa 40% des Finanzvermögens der privaten Haushalte.
- 12 Vgl. Sörgel in spw 5/1994.
- 13 Landesbank Berlin (1993): Wirtschaftsdienst, Heft 2.
- 14 Ebd.
- 15 Vgl. etwa Hartmut Görgens: Kapitalrentabilität bei derzeitiger Massenarbeitslosigkeit so hoch wie bei früherer Vollbeschäftigung, in: WSI-Mitteilungen 10/1995, S. 633-640
- 16 Nach Angaben der Deutschen Bundesbank, vgl. Claus Schäfer: Soziale Polarisierung bei Einkommen und Vermögen, in WSI-Mitteilungen 10/1995, S. 608
- 17 Die mit den Fällen „Metallgesellschaft“ oder „Schneider“ debattierten Kontrollfragen lenken ab von wirklichen Gefahren der Spekulationsökonomie. Es handelt sich, blickt man in die USA und auf den dortigen Einsturz von Finanzsektoren, tatsächlich um „peanuts“.
- 18 Vgl. W. Bühler: Finanzplatz Deutschland. Eine Standortanalyse, in: Dichtl (Hrsg.): Standort Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M. 1994
- 19 Mit der Gründung der Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH durch 27 Kreditinstitute wurde 1975 der Weg zur Strukturierung des deutschen Beteiligungsangebots von Seiten der Kreditwirtschaft bereitet.
- 20 Die Bank, Heft 10/1994.
- 21 Nach Gründung der Holding vor allem aus der Landesbank Berlin und der Berliner Bank nimmt die Berliner Bankgesellschaft Rang 6 in der deutschen Bankenskala ein. Sie befindet sich zu beinahe 57% in der Hand des Landes Berlin und ist zu 15% im Eigentum der NordLB).
- 22 Vgl. Jahresgutachten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1991.
- 23 J.M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1966, S. 134

Die Ökonomie des schwarzen Lochs

Über das „verborgene Gesicht der Weltwirtschaft“

von Werner Rügemer*

Besprechung zu: Jean-Francois Couvrat/Nicolas Pless: *Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft*. Münster 1993, Verlag Westfälisches Dampfboot. 295 Seiten, 48 DM.

Die französischen Wirtschaftsexperten Jean Francois Couvrat und Nicolas Pless, deren Buch bereits 1988 bei Hatier in Paris erschien, haben über den Zeitraum der letzten vierzig Jahre die internationalen Zahlungsstatistiken verglichen. Die Ware, die mit einem bestimmten Wert aus einer Volkswirtschaft an eine andere geliefert wird, müßte dort als Verbindlichkeit registriert werden und umgekehrt. Doch da tut sich in zunehmendem Umfang das auf, was die Ökonomen der UNO und der OECD etwas begriffslos das „schwarze Loch“ nennen. Das „schwarze Loch“ zeigt nach Couvrat und Pless „das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft“.

1939 richteten die europäischen Demokratien ihren dringenden Bedarf nach Waffen an den US-Präsidenten Roosevelt. Für den Transport baute die amerikanische Industrie in einigen Monaten am Fließband „Liberty Ships“, eine riesige, zusammengepfuschte Flotte. Um die geltenden Sicherheits- und Arbeitsrechtsstandards zu umgehen, richteten die US-Reeder mit staatlicher Förderung sogenannte „offene Register“ ein, in Panama und Honduras. Obwohl die US-Reeder gespenstische Gewinne machten, sank die US-Handelsbilanz, da die Lieferungen in Panama und Honduras registriert wurden, wenn überhaupt. Die Reeder brauchten wegen ihrer nationalen Verdienste keine Steuern zu zahlen. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde dieses know how auf weitere Länder ausgedehnt. Nach der Schließung des Suezkanals durch den ägyptischen Staatschef Nasser gewährte Liberia gegen ein geringes Entgelt seine Flagge allen Schiffen, die unter seinem Namen zugelassen werden: Keine Steuern, keine Sozialabgaben, keine Sicherheitsauflagen. Es



„Bankgebäude 3“. Foto:Stephan Hoppe

wurden so viele Schiffe in diesem Wunderregister zugelassen, daß Liberia 1966 offiziell die größte Seemacht der Welt vor Großbritannien wurde.

Ende der siebziger Jahre hat sich die Liste der Billigflaggen anbietenden

Länder verlängert: die Philippinen, die Seychellen, Barbados, die Cayman-Inseln und Vanuatu im Südpazifik. Die neueste Kreation sind die sogenannten „Zweitregister“: englische Schiffe sind im Steuerparadies der Kanalinsel Isle of

* Dr. Werner Rügemer, Philosoph, Publizist. Buchveröffentlichungen: Staatsgeheimnis Abwasser, Düsseldorf 1995; Staatskauf - Staatsende, Frankfurt 1996.

Man registriert, französische auf den vereisten Kerguelen-Inseln in der Antarktis, spanische auf den Kanarischen Inseln, holländische auf den Antillen. Mit ihren exotischen Standorten gehören diese etablierten Piraten des schwarzen Lochs zum normalen internationalen Handelsverkehr. 1980 transportierten die Schiffe unter Billigflagge ein Drittel der Importe der entwickelten westlichen Länder sowie ein Viertel ihrer Exporte.

Aufschlußreich sind die Angaben über den Gesamtumfang der Märkte für Drogen und Waffen und über die Beteiligung der Regierungen. Jedes Jahr geben die Haschischraucher, die Heroinsüchtigen, die Konsumenten von Koka-

in oder anderen Aufputzmitteln weltweit zwischen 200 und 300 Milliarden Dollar aus, ein Drittel davon in den USA. 1986 gaben die Autofahrer in den westlichen Ländern dagegen nur 135 Milliarden Dollar für Treibstoffe aus.

Wenn die UNO ein Waffenembargo beschließt, wird es auch umgangen, und zwar auch von denen, die es beschlossen haben. Der Iran-Irak-Konflikt gab dem illegalen Waffenhandel einen riesigen Auftrieb und führte dazu, daß zahlreiche Regierungen zu Mittätern wurden. Die Grenze zwischen legalem und illegalem Handel hat sich verwischt. Die Regierungen verlassen sich auf niemand anderen als sich selbst beim Fälschen der offiziellen Statistiken. Die Rubrik 951 der UNO-Nomenklatur soll „Kriegsfeuerwaffen und ihre Munition“ erfassen, Im- und Exporte geordnet nach Ländern. Frankreich gibt insgesamt nur Feuerwaffen in Höhe einiger Dutzend Millionen Dollar an, die für zivile Zwecke bestimmt sind. Andere Länder, darunter die USA und Großbritannien, sind ein wenig großzügiger, aber sehr zurückhaltend über die Empfängerländer. Global kommt die UNO-Statistik deshalb für 1986 auf 4,4 Milliarden Dollar Exporte und 2,7 Milliarden Dollar Importe. Diese Zahlen stellen höchstens ein Achtel der wirklichen Rüstungsexporte und höchstens ein Dreizehntel der Importe dar.

Die Wege ins „schwarze Loch“ und aus ihm heraus werden durch ein eigenes Finanzinstrumentarium geöffnet. Es wurde im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte in den sogenannten „off-shore“-Zentren aufgebaut. Viele sind auch Residenzen der Billigflaggen. Eins davon sind die als Urlaubsparadies bekannten Cayman-Inseln in der Karibik. Die britische Kolonie hat nicht einmal 10.000 Einwohner. Knapp hinter Frankreich mit 242 Milliarden Dollar an ausländischen Bankeinlagen und mehr als in Deutschland oder Luxemburg nehmen sie als Bankenplatz Rang sieben ein. Das mehr oder weniger geheime Geld fließt hier durch die Konten von über 30 Filialen internationaler Banken, von über 300 Bankenadressen und ungefähr 13.600 Scheinfirmen. Hier werden keine Steuern erhoben. Auflagen über Mindestreserven gibt es nicht. Das Bankgeheimnis ist eines der dichtesten der Welt.

Solche „off-shore“-Paradiese auf sonnigen Inseln gruppieren sich rund um die Erde: Cayman-Inseln, Bermu-

das, Bahamas, Turks- und Caicosinseln, Anguilla, Antigua, Barbuda, Saint-Martin, Saint-Vincent, Nauru, Vanuatu, Cookinseln, Isle of Man. Aus Werbeanzeigen der staatstragenden Tageszeitungen können Zahnärzte, Bundestagsabgeordnete und Oberstudienräte die Adresse abschreiben, wo sie ihre Anlagen steuerfrei unterbringen können. Ihre deutsche Hausbank übernimmt die Transaktion. Etwa ein Fünftel der Weltfinanzströme läuft inzwischen über die „off-shore“-Zentren.

Die verborgene Ökonomie des schwarzen Lochs ist damit größer als die Volkswirtschaft, die man sich angewöhnt hat als die größte der Welt anzusehen. Freilich gibt es besondere Beziehungen zwischen diesen beiden Ökonomien. Das stellte sich unter anderem

„Die Untergrundökonomie funktioniert in Symbiose mit der sichtbaren Ökonomie. Die Bankiers sind das Bindeglied.“

heraus, als die Zentralbank der USA untersuchte, was mit den ständig von ihr neu gedruckten und ständig wieder verschwindenden Dollars passiert. Die erwachsenen Amerikaner besitzen nicht mehr als zwanzig Milliarden Dollar. Da jeder Schein 4,7 mal im Monat den Besitzer wechselt, reichen sie aus, um ein Drittel der Zahlungen der amerikanischen Haushalte zu vollziehen. Für den Rest benutzen sie Schecks, Kreditkarten, Sparbuch, Kapitalanlagen und Banküberweisungen. Neun von zehn grünen Dollarscheinen sind nicht dort, wo man sie zu finden glaubt - in den Geldbeuteln der amerikanischen Haushalte. Die offiziell als fehlend registrierten Dollarscheine sind die universale Währung des „schwarzen Loches“. Mit ihrer Hilfe findet der größte Teil der Gelder aus dem Verkauf von Drogen und Waffen, aus Bestechung, Erpressung und dem großen Spektrum von Schwarzgeschäften den Weg in die großen Banken des Westens, somit in das sogenannte legale Finanzsystem. „Die Untergrundökonomie funktioniert in Symbiose mit der sichtbaren Ökonomie. Die Bankiers sind das Bindeglied.“

ami

Krieg und Frieden

Politik, Forschung
und Bewegung

Monatlich.
Probeheft gratis.

Themenhefte:

- Gewaltfreie Konfliktbearbeitung (12/95)
- Krisenregion Asien (10/95)
- Medien und Krieg (6/95)

Abo: (9 Normal-/3 Themenhefte)

DM 50,- Ausland: DM 60,-

Themenheft: DM 5,- (+Porto).

WWW: <http://fub46.zedat.fu-berlin.de:8080/~arend/ami.html>

Bezug: Telefon/Fax: ++30-215 10 35

e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de

☒ Elßholzstr. 11, 10781 Berlin

**antimilitarismus
information**

Geld oder Leben

Die HBV zwischen den Stühlen

von Werner Ruhoff*

Wie setzt sich die Gewerkschaft mit den Entwicklungstendenzen in der Bankenwelt auseinander? Dieser Frage soll im folgenden kritisch nachgegangen werden. Das Ziel der HBV ließe sich kurz in der Formel darstellen: Finanzwirtschaft, geteilt durch kollektive Tarifverträge, mal Motivation betriebswirtschaftlich handelnder Individuen, gleich mehr Beschäftigungschancen plus mehr volkswirtschaftliche Effizienz und sozialpsychologische Verträglichkeit. Ob diese Formel aufgeht, mag aus gutem Grund bezweifelt werden. Daß die BankunternehmerInnen den Nenner mit den Gewerkschaften wie in jeder Branche so klein wie möglich halten wollen, versteht sich aus ihrer Interessenlage von selbst. Teilen ist nicht ihr Beruf. Sie bauen hingegen auf die für sie vorteilhaften wie risikoreichen „Sachzwänge“, an denen sich die Gewerkschaften auch kräftebedingt nicht mehr messen können. Der Klassenkampf um die Verteilung der Arbeitsergebnisse und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen lockt kaum jemanden auf die Barrikaden.

Die Tarifaueinandersetzungen beschränken sich in jährlicher Abfolge auf die Verhandlungsdiplo-matie hinter verschlossenen Türen, während die Beschäftigten die Ergebnisse der Verhandlungen erwartungsvoll bis resigniert zur Kenntnis nehmen. Allein das erschwert schon das Weiter(er)leben der HBV im traditionell sehr schwach organisierten Bankenbereich (etwa 10% der Beschäftigten dürften gewerkschaftlich organisiert sein - und das mit sinkender Tendenz). Hinzu kommt der Generationswechsel zu einem anspruchserzogenen K-und-K-Nachwuchs (Konsum und Karriere), der mit gewerkschaftlichen Traditionen und Wertvorstellungen kaum noch Berührungspunkte hat. Stattdessen mobilisiert die zunehmende Individualisierung die „Privatisierung“ der Problemlösungsstrategien innerhalb der als logisch erscheinenden Sach-

zwänge. Das hat zur Folge, daß die Appelle an das solidarische Handeln in 's Leere stoßen, während die Definitionsmacht der UnternehmerInnen bei der Umsetzung betrieblicher Zielsetzungen immer mehr in den Vorteil einer Monopolstellung gelangt. Zu den Schlagworten solcher Definitionsmacht gehören u.a. der Begriff des „Standortes“, mit dem die Gewerkschaften in der öffentlichen Debatte in die Defensive gedrängt werden.

In den Banken spielt dieser Begriff allerdings keine so große Rolle, da Banken anders als Industriebetriebe (wie lange noch?) an ihre „Standorte“ gebunden sind. In dieser Branche geht es nicht um Produktionsverlagerungen in ' Ausland auf Kosten des „Standortes“ Bundesrepublik. Von daher spielt auch die Debatte innerhalb der HBV nicht die Rolle wie in den Industriegewerkschaften. Aber auch bei den Banken wird das Argument von der international wachsenden Konkurrenz um den Finanzplatz Deutschland im Zuge der Liberalisierung und Deregulierung dazu genutzt, um eventuelle und tatsächliche Ansprüche der ArbeitnehmerInnen abzuwehren. Das noch nicht ausgeschöpfte Rationalisierungspotential soll vor allen Dingen „zu Hause“ mit Siebenmeilenstiefeln genutzt werden, damit sich die Verzinsung der wachsenden, „eigenen“ Kapitale weiterhin lohnt. Andererseits haben die Banken bei der Internationalisierung der Produktionsbetriebe nicht nur eine Vermittlungsfunktion. Sie sind Motoren dieser Entwicklung.

Der Einfluß der globalen Spekulationen auf die Produktionsfaktoren

Folgendes Zitat beschreibt m.E. treffend das Problem: „Im Zentrum der Wirtschaft operieren Finanzsystem und die Organisations-Hierarchie der Zentralbanken, Geschäftsbanken und Kreditnehmer, während Produktion und Konsum an die Peripherie des Systems gedrängt sind und von den Kreditbedingungen abhängen. (...) Das Zentrum würde kollabieren, wenn es keine Peri-

pherie gäbe. (...) Diese Probleme können vom alten Parteienspektrum weder wahrgenommen, noch zum Gegenstand einer Wahlentscheidung gemacht werden. (...) Es müßte sich jetzt eine Partei bilden, die für Industrie und Arbeit einsteht“ (Niklas Luhmann, FAZ 23.10.1994).

Institutionelle wie private KapitalanlegerInnen erzielen mit stark risikobehafteten Spekulationen an internationalen Kapital- und Immobilienmärkten bessere Renditen, als wenn sie das Geld in Fabriken investieren. Die Manager der Industriebetriebe müssen die Produktionskosten drastisch senken, damit direkte Investitionen im Industriesektor attraktiver werden. Ganze Industriezweige werden in sog. Billiglohnländer verlagert. Der scheinbare Ausweg in die Standortkonkurrenz führt zur Aushöhlung der Tarifverträge. Den Gewerkschaften bläst mithin nicht nur der Wind aus der Richtung flexibler, automatisierter Fertigungstechniken entgegen. Parteien und Staat sind unfähig, das Dominanzproblem der internationalen Spekulationsaktivitäten zu lösen.

Der Internationalisierung der Kapitalströme ist immer weniger mit nationaler Tarifpolitik beizukommen, auch nicht dann, wenn die Gewerkschaften das Schlagwort vom deutschen Produktionsstandort mitdefinieren wollen. Die Internationalisierung erfordert dringend internationale Vereinbarungen und Abmachungen, um die Interessensausgleiche zwischen verschiedenen Ländern, Regionen, Industrie- und Finanzwelt sowie zwischen Kapital und Arbeit zu regeln und den Bedingungen für die Verwirklichung der Menschenrechte im umfassenden Sinn ihrer sozialen Bedeutung näherzukommen. Hier können die Gewerkschaften zwar keine Regierungen ersetzen. Es wäre aber ein Schritt in die richtige Richtung, dieses Problem in die gewerkschaftlichen Diskussionsprozesse zu integrieren und somit in das Bewußtsein der gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu bringen. Wie anders soll sonst eine Strategie entstehen können, die der Konkurrenz der nationalen Standorte etwas entgegensetzen kann?

* Werner Ruhoff, Köln, Bankkaufmann, HBV-Mitglied, Mitglied der Redaktion des SoFo (Sozialistisches Forum)

Sind die Banken die Krisenbranche der neunziger Jahre?

Der von einem französischen Industriellen gezogene Vergleich mit der Stahlbranche mag zwar überzogen sein, er entbehrt aber keineswegs gänzlich der Realität. Erstens leidet die internationale Finanzbranche an erheblichen Überkapazitäten, die nach der „Ölkrise“ der siebziger Jahre mit ihren inflationären Begleiterscheinungen und dem Recycling der Petrodollars aufgebaut wurden. Zweitens birgt die Neigung, den Druck auf die Zinsmargen durch lukrative aber stark risikobehaftete Spekulationsgeschäfte zu kompensieren, erhebliche Gefahren. Die spektakulären Börsencrashes, der Zusammenbruch der renomierten Barings-Bank, die Krise der japanischen Finanzwirtschaft usw. deuten auf die prekäre Situation hin. Inzwischen erreicht der tägliche Spekulationsumsatz weltweit eine Billion US-Dollar. Das entspricht dem Vierzigfachen des weltweiten Außenhandels (Die Welt vom 23.1.1993). Dementsprechend haben die Spekulationen nicht nur entscheidenden Einfluß auf die Währungsparitäten. Sie sind auch Auslöser heftiger Währungskrisen. Und das wirkt sich auf die Produktionsbedingungen der einzelnen Länder ganz erheblich aus. Die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte, die inflationäre Entwicklung neuer Spekulationsinstrumente, die Elektronisierung, das alles verschärft den Wettbewerb der Kreditinstitute und zwingt zu erheblich mehr Risikobereitschaft. Dieser Wettbewerb wird auch manche Bank auf dem internationalen Parkett wieder zum Verschwinden bringen.

Die „Modernisierung“ der Bankenbranche in Deutschland

Auch in Deutschland wird der Konzentrationsprozeß bei den Banken voranschreiten. Gab es 1960 noch ca. 13.000 eigenständige Kreditinstitute, so sind es heute noch gut viertausend. Ihre Zahl wird durch Fusionen noch weiter abnehmen. Hohe Investitionskosten für ausgetüftelte Informationssysteme und die Rationalisierung der Mengengeschäfte (Zahlungsverkehr, standardisierte „Produkte“) erfordern hohe Kapi-

taleinsätze und somit eine starke Kapitalbasis. Die steigenden Sachkosten sollen durch erhebliche Einsparungen beim Personal aufgefangen werden. Das betrifft sowohl eine allmähliche Absenkung der Eingruppierungen in den unteren Tarifgruppen als auch Stellenstreichungen in erheblichem Umfang. Nach einer Analyse der Unternehmensberatungsgesellschaft Arthur D. Little stehen ca. 100.000 von etwa 650.000 Bankarbeitsplätzen in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 zur Disposition.

Das Zauberwort, von dem sich die Manager der Geldhäuser viel versprechen, heißt „Lean-Banking“. Die Organisation der Banken wird einer Schlankheitskur und Straffung unterzogen. Ziel dieser Strategie ist die Leistungs- und Ertragssteigerung sowie eine bessere Konditionierung der Bankangestellten für den Wettbewerb. Statt nach Funktionen und Regionen werden die Banken nach kundenorientierten Geschäftssparten, die jeweils eigenständige Profit-

Der Internationalisierung der Kapitalströme ist immer weniger mit nationaler Tarifpolitik beizukommen.

Center bilden, organisiert. Die Beschäftigten werden auf unternehmensorientiertes Verhalten orientiert, und die Schlüsselkennziffer für die Personalbemessung ist der Ertrag. Die Gehälter der Beschäftigten sollen leistungsabhängige Komponenten enthalten, die auf der Basis des Umsatzes errechnet werden. Damit ist ein verstärkter Trend zu Überstunden vorprogrammiert. Bereits jetzt werden im Bankensektor jährlich etwa 21 Millionen Überstunden geleistet, was ca. 12.000 Stellen „ersetzt“. Mit der spartenmäßigen Segmentierung der Kundschaft, vermögende KundInnen, Firmen, Otto-NormalverbraucherInnen usw., erfolgt eine starre Hierarchisierung der Kundenberatung. Die Grenzen zwischen den verschiedenen Bereichen werden undurchlässiger. Und die Bereiche werden einem ausgefeilten Controlling unterzogen, mit dessen Hilfe die KundenberaterInnen bzw. die Teams zeitnah und zielstrebig gesteuert werden.

Die Produktpalette wird gestrafft. Die Zweigstellennetze werden ausge-

dünnt. Ein Teil der Filialen wird als weitgehend automatisierte Servicestellen betrieben, in denen sich die KundInnen bei Routinegeschäften rund um die Uhr selbst bedienen. Auch die individuelle Beratung der vermögenden KundInnen soll örtlich und zeitlich flexibel erfolgen. Die Bank wird somit zum Stützpunkt für die ausschwärmenden BeraterInnen, die der bedürftigen Kundschaft jederzeit zur Verfügung stehen sollen. Da sich die renomierten Banken in ihren Finanzangeboten kaum unterscheiden und preisliche Vergleiche bei den verschiedenen Instituten wegen der komplizierten Gestaltung der Konditionen für Laien kaum durchführbar sind, muß der Kampf um Marktanteile im verschärften Wettbewerb durch mehr Verfügbarkeit und Freundlichkeit der Bankangestellten und die Qualität der geleisteten Arbeit gewonnen werden.

Personalabbau stoppen - Arbeit neu verteilen

Diese etwas marktschreierische Formel steht als Überschrift auf einem aktuellen Tarif-Info der HBV. Die Gesamttarifkommission hat unter dieser Überschrift ein ganzes Forderungspaket geschnürt, für das die sog. Arbeitgeberseite an den Verhandlungstisch gebracht werden soll. Im Ergebnis der Verhandlungen sollen geplante Entlassungen weitgehend verhindert werden. Die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche wird reaktiviert. Während die Beschäftigten in der Metallbranche seit dem Oktober dieses Jahres nach jahrelangen Auseinandersetzungen nun endlich in den Genuß der 35-Stunden-Woche gekommen sind, arbeiten die Angestellten bei den Banken immer noch 39 Stunden, wenn mensch die alltäglichen Überstunden, insbesondere in den Filialen, außer acht läßt. Im übrigen liegen die Bankangestellten in Deutschland damit im westeuropäischen Vergleich am unteren Ende der Skala, in vielen anderen Ländern sind die Arbeitszeiten im Bankenbereich kürzer.

Das Thema Arbeitszeitverkürzung wurde aber auch bei den Bankangestellten mit zunehmender Leistungsverdichtung immer unbeliebter, weil jetzt mehr Arbeit bei verkürzter Arbeitszeit geleistet wird. Die ArbeitgeberInnen waren nicht bereit, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde bei der Personalplanung zu berücksichtigen.

Und so kommen immer mehr Beschäftigte an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Bei dieser spürbaren Grenze wirkt die Forderung nach einer weiteren Arbeitszeitverkürzung kontraproduktiv. Die Orientierung auf Arbeitszeitverkürzung verschwand also wieder hinter dem Wunsch, für die mehr geleistete Arbeit doch wenigstens einen spürbaren finanziellen Ausgleich zu erreichen, zumal die Lebenshaltungskosten für die Grundbedürfnisse einen immer größeren Anteil am Einkommen verschlingen.

Die Resonanz der HBV-Strategie wird bei den Beschäftigten in entscheidendem Maße davon abhängen, inwieweit die Gewerkschaft den Zusammenhang von Arbeitszeitverkürzung und Stellenplanung als zwei Seiten einer Medaille im öffentlichen Streit mit der gegnerischen Seite in einer mobilisierungsfähigen Kampagne verdichten kann. Wird ihr das nicht gelingen, wird die Motivation für die Arbeitszeitverkürzung bei den Beschäftigten gering bleiben, selbst wenn in anderen Branchen kürzere tarifliche Arbeitszeiten vereinbart sind. Hingegen könnte die Forderung nach individuell geregelter Teilzeitbeschäftigung innerhalb der tarifvertraglichen Vereinbarungen auf mehr Gegenliebe stoßen. Allerdings dürfte auch hier die Forderung nach Rückkehr zur „Normalarbeitszeit“ als nicht kompromißfähiger Verhandlungspuffer am Ende der Auseinandersetzung wieder verschwinden oder durch butterweiche Formulierungen in gänzliche Unverbindlichkeit aufgelöst werden. Wichtig finde ich auch die Forderung nach einem Sabbatjahr. Für manche Kollegin oder manchen Kollegen ist es ein lohnendes Ziel, statt Geld für ein neues Auto auf die Seite zu legen, eine Zeitlang aktiv eigenen Interessen, ungestört von den Zwängen des Geldverdienens, nachzugehen. Hinzu kommen weitere wichtige Forderungen, insbesondere die der Qualifizierungsmöglichkeiten und der Mitgestaltungsmöglichkeiten im Arbeitsteam.

Diese Aufzählung macht natürlich auch schon die Problematik der spiegelstrichartigen Behandlung deutlich. Alle Forderungen haben einen inneren Zusammenhang, der sich in der praktischen Auseinandersetzung in der Regel in abgestufter Form verliert. Unterschiedliche Betroffenheiten und Bedürfnisse wecken das Interesse bis zum eigenen „Tellerrand“. Auf diesem Ge-

schirr finden sich dann die Portiönchen wieder, die jedeR für sich herausnimmt. Der politische Charakter der Tarifverhandlungen ist längst hinter einer massenhaften Entpolitisierung des Bewußtseins zurückgefallen. Die wichtige Forderung nach einem siebenjährigen Elternurlaub bleibt im Tarif-Info leider ungenannt. Die VerfasserInnen des Flugblattes, vielleicht waren es „nur“ Männer, signalisieren eine Wahrnehmung, die der Reproduktionsarbeit immer noch wenig Bedeutung beimißt, weil sie nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet wird. Folglich zählen solche Belange aus männlicher Sicht scheinbar zu der Kategorie weitaus weniger relevanter Bedürfnisse.

Geld oder Leben

Die Gewerkschaften stehen mitten in einem unauflösbaren Problem. Internationalisierung und Elektronisierung bedeuten Rückenwind für die Unternehmer, und die konservative Regierung sorgt für die politischen Rahmenbedingungen einer ungehemmten Profitwirtschaft. Die Entpolitisierung beherrscht mehr und mehr das sichtbare Erscheinungsbild quer durch alle Bevölkerungsschichten.

Die epochalen Ansprüche selbstbewußter, radikaler Frauen, die zunehmende Verarmung ganzer Kontinente, die immer bedrohlicher werdende Umweltzerstörung, erfordern alternative Lösungsansätze, denen mit politisch abgenutzten Strategien oder „moderner“ Dienstleistungsvarianten nicht mehr beizukommen ist. Solche Lösungsansätze erfordern ein Umdenken, das die traditionellen Organisationen aus sich heraus nicht bewerkstelligen können. Der Versuch z.B., Ökologie mit Wachstum, Konkurrenz und Kapitalverzinsungszwang in Einklang zu bringen, wird zwangsläufig scheitern müssen, weil Menschen und Mitwelt Grenzen haben, deren Überschreitung auf Dauer in die Katastrophe führt. Dieses Problem hat auch mancheR Bankangestellte erkannt. Der zunehmende Leistungsdruck und die wachsenden Ansprüche an die Verfügbarkeit unter dem Motto einer unternehmerischen Wir-Gefühl-Propaganda bringen mancheN an die eigenen Grenzen und zwingen zum Innehalten. Immer mehr Menschen erkennen, daß die zusätzlichen Anstrengungen immer weniger zu bezahlen sind, daß die Gesundheit gefährdet wird und

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Rainer Hoffmann
Jean-Louis (Hrsg.)
Arbeitszeit - Lebenszeit
Perspektiven
einer europäischen
Arbeitszeitpolitik

In Zusammenarbeit mit dem
EG - Europäischen Gewerkschaftsbund

1995 - 287 S.
DM 39,80 - ÖS 295 - SFR 41,00
ISBN 3-929586-49-5

Jean-Francois Couvrat/ Nicolas Pless

Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft
Das internationale Geschäft mit Drogen, Waffen und Geld
1993 - 295 S.
DM 48,00 - ÖS 355 - SFR 49,40
ISBN 3-924550-78-6

Zeitschrift
für kritische
Sozialwissenschaft

PROKLA

Hefte zum Thema Geld

- 101 Kapitalistische Kulturen (Dez. 1995)
- 99 Verteilungsfragen
- 97 Netzwerke zwischen Markt und Staat
- 95 Internationale Institutionen 50 Jahre nach Bretton Woods
- 93 Frauen in der Ökonomie

ca. 180 S. - DM 18,00
oder DM 14,50 im Abo

WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26 · 48145 Münster · Tel. 02 51 / 6 08 60 80

daß auch in der Freizeit Lebensqualität mehr und mehr verloren geht, weil die Kräfte für die eigene Kreativität aufgebraucht sind.

In einer Zukunftswerkstatt, die wir in unserer Gewerkschaftsorsverwaltung organisiert haben, kam der ganze Frust über die Beanspruchung heraus. Die KollegInnen konnten ihr eigenes Ich wiederentdecken und ihren Bedürfnissen, Fantasien und Utopien freien Lauf lassen. Hier stand die Zeit für sich selbst und die Mitmenschen im Vordergrund, kamen ökologische Einsichten zum Vorschein und die Frauen artikulierten selbstbewußt ihre Ansprüche an eine Mitwelt jenseits von Karriere und passivem Konsumverhalten. Der Anspruch, die Arbeit im Unternehmen humaner zu gestalten und in den Dienst des eigenen Lebens zu stellen, verband sich mit Einsichten in umweltgerechtes Handeln, mit dem Bedürfnis zu lernen und Zeit für sich und andere zu haben. Solche Einsichten verbinden sich mit der zunehmenden Erkenntnis, daß die modernen Gesellschaften in einen Problemstau geraten, welcher mit der sich selbst beschleunigenden Geld-Leistungs-Spirale nicht aufzulösen ist, und daß diese Spirale ein Grundelement des Problems selbst ist.

In diesem Zusammenhang muß vor einem Entgegenkommen der HBV in der Frage einer „erfolgsgerechten“ (was ist das?) Bezahlung mit variablen Vergütungskomponenten gewarnt werden. Das für Banken zuständige HBV-Vorstandsmitglied Klaus Carlin äußerte sich in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Rundschau diesbezüglich aufgeschlossen. Den Bemühungen, Überstunden spürbar abzubauen und der Verfügbarkeit der Bankangestellten durch die Betriebe engere Grenzen zu setzen, dürfte dies entgegenstehen. Die Beschleunigung der Geld-Leistungsspirale erhält dadurch zusätzlichen Rückenwind, verfestigt die Konkurrenz zwischen den Angestellten und orientiert zwangsläufig auf entpolitisierte Handlungsmotive.

Die Sackgasse der Entpolitisierung

Der Zwang, sich wie im Hamsterrad immer schneller abzu trampeln, überträgt sich von der Arbeit auf das Konsumverhalten. Wenn das Unternehmen von mir verlangt, die Ansprüche der KundInnen rund um die Uhr zu erfüllen,

dann möchte ich bitte als Kunde auch meine SklavInnen haben dürfen. Das kompensiert schließlich und poliert vielen offensichtlich auch das im Betrieb lädierte Selbstbewußtsein wieder auf. Das Problem dieses sich gegenseitig hochschaukelnden Beanspruchtwerdens und Anpruchhabens versucht die Tarifpolitik auf der Produktionsseite abzumildern und in „humanere“ Bahnen zu lenken. Andererseits stecken die Gewerkschaften, die in harten Auseinandersetzungen mit den UnternehmerInnen für einen beachtlichen Anteil der ArbeitnehmerInnen am materiellen Wohlstand gesorgt haben, in der Tradition eines auf Geld fixierten Konsums, der von Tag zu Tag sinnloser wird. Der materielle Verteilungskampf behält seine Notwendigkeit und gewinnt wach-

Der zunehmende Leistungsdruck und die wachsenden Ansprüche an die Verfügbarkeit unter dem Motto einer unternehmerischen Wir-Gefühl-Propaganda bringen manche an die eigenen Grenzen.

sende Bedeutung im Kampf gegen diejenigen, welche von der sichtbar ansteigenden Armut profitieren. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche, politische Aufgabe, die über das „enge“ Tariffeld weit hinausgeht und deswegen eine Politisierung des Verteilungskampfes voraussetzt.

Die betriebswirtschaftlich orientierte Tarifpolitik wird dagegen den Verteilungskampf immer mehr auf den unmittelbaren Zeitfaktor und die qualitativen Gestaltungsmomente zu richten haben. Dabei spielen zunehmend die Freiräume für Selbstbestimmungsmöglichkeiten und die Bedürfnisse nach mehr Lebensqualität jenseits des Leistungszwangs und des materiellen Konsums eine Rolle. Wenn die Gewerkschaften solche Bedürfnisse in einem von der organisierten wie nicht organisierten Basis mitgestalteten Diskussions- und Handlungsprozeß mobilisieren können, kommt Sand in's Getriebe der Beschleunigung.

Am Beispiel der Ladenschlußdiskussion im Einzelhandel wird deutlich, wie weit die HBV von der Politisierung der Bedürfnisse entfernt ist. Selbst innerhalb der HBV sind die Branchenbelange von Einzelhandel, Versicherungen und Banken strikt getrennt, obwohl sich die sachlichen wie politischen Anknüpfungspunkte hier geradezu aufdrängen. Auch die Bank- und Versicherungsanstalten könnten von verlängerten Ladenöffnungszeiten im Einzelhandel betroffen werden. Die Organisierung einer *gemeinsamen* Strategie gegen das herrschende Anspruchsdenken der uneingeschränkten Verfügbarkeit von Menschen ist selbst hier, wo ein gemeinsamer, unmittelbarer Interessenzusammenhang unter dem Dach ein- und derselben Organisation besteht, nicht möglich. Noch viel weniger gilt dies für den gesamten Organisationsbereich des DGB. Die Gewerkschaften definieren ihre Zuständigkeit ausschließlich auf der Ebene des ArbeitnehmerInnen-Schicksals. Daß die ArbeitnehmerInnen zugleich KonsumentInnen sind, bleibt außerhalb der politischen Reichweite von Gewerkschaftspolitik. Wenn die Barrieren gegen den Ladenschluß dann auch mit Beteiligung gewerkschaftlich organisierter ArbeitnehmerInnen niedergerannt sind, haben die TarifexpertInnen der HBV die ehrenvolle Aufgabe, für die VerkäuferInnen weitere Leistungszulagen herauszuschlagen. Derweil dreht sich das Hamsterrad zu unser aller Nachteil immer schneller weiter. Die KapitaleignerInnen wird's freuen, wenn die Banken weiterhin für gute Erträge sorgen können, womit sich der verhängnisvolle Kreislauf schließt. Gute AnlageberaterInnen dürften also kaum erwerbslos werden.

PS: Ich möchte die LeserInnen des spw auf ein Büchlein aufmerksam machen, das im Rahmen eines Wettbewerbs zum Thema „Gewerkschaften im Jahr 2000“ entstand. Es enthält eine kleine Sammlung von Kurzgeschichten, in denen KollegInnen ihre Ängste und Utopien für die Gestaltung der Gegenwart phantasievoll beschreiben. Diese Kultur muß aus den Räumen würdevoller Veranstaltungen in die Niederungen der täglichen Arbeit eindringen: *Alles Okay? Gewerkschaften im Jahre 2000*. Büchergilde Gutenberg.

Gute Zeiten für sozialdemokratische Hobbyhistoriker?

Eine Replik auf den Beitrag von Peter/Sprafke in spw 85

von Peter Reif-Spirek*

Viele westdeutsche Linke scheinen sich die gute alte Bundesrepublik zurückzuwünschen, wo die Fronten noch so schön klar waren und linke Aufklärer gegen rechte Geschichtsrevisionisten zu Felde zogen. Nach dem Epochenbruch von 1989 ist (fast) nichts mehr wie es war: Die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und der DDR wird die geschichtspolitische Diskussion der nächsten Jahre bestimmen. Diese Debatte wird in der Tat benutzt, die nazistischen Menschheitsverbrechen zu relativieren und aus dem öffentlichen Bewußtsein zu drängen. Aber daß dieser Geschichtsrevisionismus wieder in die Offensive gekommen ist, hat eine Linke mitzuverantworten, die vor der großen, auch radikal-selbstkritischen Anstrengung, den Stalinismus theoretisch zu begreifen, zurückschreckt und hinsichtlich der Aufarbeitung der DDR-Geschichte eine Schlußstrich-Mentalität an den Tag legt, die bislang das Privileg der Rechten war. Es wäre schon viel gewonnen, wenn wenigstens die Fakten zur Kenntnis genommen würden: „Vieles, was jetzt ans Licht kommt, übertrifft das, was von den schärfsten Kritikern, wenn man so will, von den unerbittlichsten Antikomunisten behauptet worden ist“¹. Der Beitrag von Peter/Sprafke stellt sich dieser veränderten Situation nicht. Ihr Geschichtsdiskurs erweist sich als einseitig-westdeutscher Blick, der die Leidenserfahrungen Mittel- und Osteuropas ausblendet. Die demokratische Linke wird im Hegemonialkampf um Erinnerung untergehen, wenn sie derart unaufgeklärt auf dem neuen geschichtspolitischen Terrain agiert.

Nach 1989 hat sich die Archivsituation radikal geändert, so daß jetzt die Möglichkeit einer empirischen Überprüfung bisheriger Großtheorien besteht. Die Analyse der „Terroratio“ (Jan Philipp Reemtsma), die vergleichende Erforschung der Völkermorde und Staatsverbrechen in diesem Jahrhundert

steht erst am Anfang. Als theoretische Bezugspunkte zu nennen sind hier beispielsweise die Arbeiten von Zygmunt Bauman über den Zusammenhang von Moderne, Terror und Vernichtungspoli-

Mit der schlichten Warnung von Peter/Sprafke vor den „Topoi der Totalitarismustheorie“ ist es nicht getan.

tik sowie die Forschungsprojekte des Hamburger Instituts für Sozialforschung². In den gleichen Kontext gehört die Diskussion, ob die Totalitarismustheorie von ihrer Funktionalisierung im Kalten Krieg befreit werden kann, um wichtige Erkenntnisse über die Eigen-dynamik repressiver staatlicher Praktiken zu liefern, die auch eine linke Theoriebildung zur Zivilgesellschaft befruchten. Wer einen „Diskurs um das Erbe“ führen und Gegenpositionen politisch unterstützen will, sollte erstmal die „Positionen von Historikern, die dem Mainstream entgegenlaufen“, selbst zur Kenntnis nehmen. Mit der schlichten Warnung von Peter/Sprafke vor den „Topoi der Totalitarismustheorie“ ist es jedenfalls nicht getan.

Zur Debatte um die Gedenkstätte Buchenwald

In ihrer Bilanz des Gedenkjahrs 1995 konstatieren Peter/Sprafke eine Relativierung der Selbstbefreiungsversuche der KZ-Häftlinge. Die Funktion der Konzentrationslager „als Instrument der innenpolitischen Unterdrückung und Vernichtung der Opposition (werde) über den rassenpolitischen Leisten geschlagen“. Die Neudefinition der Gedenkstätte Buchenwald sei in diesem Zusammenhang „prototypisch“. Nach

einer kurzen Erwähnung der Diskussion um die Rolle der „roten Kapos“ wird mit großem Pathos der moralische Schluß vorgetragen: „Noch sind nicht alle Opfer des Faschismus rehabilitiert, noch sind nicht alle Täter bekannt und verurteilt, da werden die Täter entlastet, indem Opfer zu Mitschuldigen erklärt werden. Opfer dieses historischen Schnitts sind diejenigen, die stets Opfer waren: im Faschismus, in der Adenauerrepublik und jetzt erneut.“ Ach, wenn die Welt doch so einfach wär!

Erstens: Das KZ-System selbst unterlag einem Prozeß der Veränderung und des Funktionswandels³. Ein Instrument der Unterdrückung innenpolitischer Gegner war es vor allem in der ersten Phase der nazistischen Machtetablierung. Im Sommer 1935 waren weniger als 4000 Häftlinge in den deutschen Konzentrationslagern - die anti-nazistische Opposition war zerschlagen. Ab 1936 kommt es zu einem Funktionswandel des KZ-Systems, der mit einer Ausweitung des Gegnerbegriffs verbunden ist: Sogenannte Arbeitsscheue, Asoziale und Berufsverbrecher - Vergessene der Geschichtsschreibung beider deutscher Staaten! - werden in die KZs eingeliefert und verändern die Häftlingsstruktur. In diese Phase fällt die Neugründung großer Konzentrationslager wie z.B. Buchenwald (1937). Nach dem Novemberpogrom 1938 werden die KZs auch zum Instrument der antisemitischen Politik. Kurz vor Beginn des II. Weltkriegs stellen die „Politischen“ etwa ein Drittel der Häftlingsgesellschaft. Im Krieg schnellen die Häftlingszahlen nach oben; die Konzentrationslager sind in dieser letzten Phase primär Instrument der rassistischen Neuordnung und der Vernichtung des europäischen Judentums. Der große Mehrzahl der KZ-Häftlinge sind Angehörige der von den Nazis überfallenen Nachbarländer. Der Anteil der deutschen politischen Häftlinge liegt bei Kriegsende unter 1%.

Im Alltagsverstand vieler Linker hat sich ein verzerrtes Faschismusbild tra-

* Peter Reif-Spirek, Politologe, Erfurt

diert, in dem die rassistische Vernichtungspolitik marginalisiert ist. Fixiert auf die von Peter/Sprafke benannte innenpolitische Repressionsfunktion des KZ-Systems wird die quantitative Bedeutung des Arbeiterwiderstands maßlos überschätzt. Die Analyse des kapitalistischen Charakters des nazistischen Systems und die Betonung antifaschistischer Traditionslinien bleiben sicherlich ein Verdienst der 68er Bewegung; erstmals wurden tabuisierte Themenbereiche der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft öffentlich artikuliert. Die Geschichtswissenschaft hat jedoch diese Reduktion des Nazismus auf die Pole Verfolgung und Widerstand schon lange überwunden. Die zahlreichen Einzelstudien wurden aber kaum noch theoretisch verarbeitet; Faschismustheorie ist heute eines der Defizitfelder der Linken.

Die Rolle der „roten Kapos“

Zweitens: In der Diskussion um die „roten Kapos“ wäre es ratsam, wenn Peter/Sprafke den Forschungsstand zur Kenntnis nehmen würden. Wolfgang Sofsky hat in seiner brillanten Analyse der „Ordnung des Terrors“ deutlich gemacht, daß die Häftlingsgesellschaft keine Solidargemeinschaft, sondern ein extrem vermachteter, durch Strukturen krasser sozialer Ungleichheit geprägter Raum war, in dem die soziale Stellung über das Überleben mitentschied. Die deutschen politischen Häftlinge gehörten in dieser Hierarchie zur Oberklasse. Zur inneren Ordnung der Konzentrationslager setzte die SS sogenannte Funktionshäftlinge ein, eine „intermediäre Instanz zwischen SS-Personal und Häftlingsgesellschaft... Die Selbstverwaltung verschaffte der absoluten Macht einen organisatorischen Unterbau. Die Machtstaffelung erhob eine Elite über die andern. Sie machte Häftlinge zu Komplizen des Wachpersonals und damit zu Feinden der Häftlinge. Gewiß eröffnete sie einer Minderheit von verantwortungsbewußten und unbestechlichen Gefangenen die Chance, Widerstand zu organisieren und Menschenleben zu retten. Der sittliche Mut, die Disziplin und Solidarität dieser Funktionäre können gar nicht hoch genug bewertet werden. Doch auch sie waren außerstande, das strukturelle Dilemma des gestaffelten Machtsystems aufzulösen. Im Konzentrationslager war Hilfe für

alle unmöglich. Hilfe war immer Bevorzugung weniger. Um jedoch überhaupt helfen zu können, mußte sich der Gefangene zum Komplizen machen. Es lag in der Funktionslogik dieses Systems, daß sie Solidarität an erzwungene Kollaboration knüpfte. Eine größere Macht läßt sich kaum denken als diejenige, die die Opfer zu Exekutionsgehilfen ihrer selbst macht⁴⁴. Diese komplexe Struktur der KZ-Gesellschaft, in der Solidarität immer partikular, auf die eigene Gruppe bezogen und zugleich andere Häftlingsgruppen ausschließend war, muß bei der Diskussion um das Verhalten der „roten Kapos“ in Buchenwald mitbedacht werden.

In Buchenwald besetzten die Kommunisten die entscheidenden Funktionen in der sogenannten Häftlingsverwaltung und erhöhten dadurch ihre Überlebenschancen. „Die SED hat später versucht, ihre Toten in Buchenwald namentlich auszumachen und verzeichnete 115 Opfer, darunter 72 frühere Kommunisten und 14 frühere Sozialdemokraten“⁴⁵ - bei einer Gesamtzahl von ca. 50.000 getöteten und verstorbenen Häftlingen. Das als Widerstand intendierte Agieren in der Machtstruktur des Lagers hatte aber auch seinen Preis in schweren moralischen Verwerfungen der „roten Kapos“ bis hin zur Beteiligung an der Ermordung von Mitgefangenen, dem sogenannten „Abspritzen“. Hinzu kommt die Fortsetzung des KP-Stalinismus unter KZ-Bedingungen, die „rote Feme“ gegen „abweichende“ Genossen. „Die Stellung in der Lagerhierarchie erlaubte es dem Parteiaktiv, die stalinistische Verfolgung der Ketzer intern fortzusetzen. Das ergab sich aus der eingeübten Praxis der Partei selbst, weniger aus dem Strukturdilemma der Machtstaffelung. Man wird diese Sachverhalte strikt auseinanderhalten müssen...“⁴⁶.

Es ist an der Zeit, daß sich die Erinnerungsarbeit den konkreten Handlungsbedingungen zuwendet. Mit den antifaschistischen Heldengeschichten, die das Ambivalente und Widersprüchliche absprengen und tabuisieren, ist das gesamte Leiden der Häftlinge jedenfalls nicht zu erfassen.

Die „Selbstbefreiung“ Buchenwalds

Drittens: Die These von der „Selbstbefreiung“ des KZ Buchenwald, deren Relativierung Peter/Sprafke beklagen,

gehört zu den zentralen Legendenbildungen der DDR-Geschichtspolitik, die auch in der Alt-Bundesrepublik - beispielsweise in der Bildungsarbeit der IG Metall - eifrig reproduziert wurde⁷.

In zeitgenössischen Dokumenten wird hingegen der entscheidende Beitrag US-amerikanischer Truppen an der Befreiung Buchenwalds gewürdigt⁸. Deren Vormarsch zwingt die SS, das Lager am 11. April 1945 zu verlassen, bevor es die Amerikaner am Nachmittag des gleichen Tages erreichen. In der Zwischenzeit besetzen bewaffnete Häftlinge die Lagertürme und nehmen versprengte SS-Leute gefangen, so daß die US-Truppen ein befreites Lager vorfinden. „Die Vernunft, den Aufstand auf jenes symbolische Maß und auf jenen späten Zeitpunkt zu beschränken, an dem er gegen die Nachhut der abgezogenen und bereits von amerikanischen Tanks verfolgten SS gewonnen werden konnte, hatte aber Kosten. Die Macht der Kommunisten war nicht groß genug, zuvor die Evakuierung völlig hinauszuzögern, sondern nur sie entsprechend der Rassenhierarchie der SS zu rationieren: die Juden und die Slawen waren insofern die gefährdetsten, und unter den sowjetischen Kriegsgefangenen, die dann auf die Todesmärsche geschickt wurden, war der Drang zum spontanen Aufstand groß gewesen. Die deutschen Genossen haben ihn verhindert, die Russen und viele Juden notwendigerweise preisgegeben und damit zwei Drittel des Lagers gerettet, darunter die eigenen Kader. Mit dieser Leistung zu leben war schwer, zumal für kommunistische Politiker unter russischer Besatzung. Mit der Legende der Selbstbefreiung haben sie sich entlastet“⁹.

DDR-Geschichtspolitik und Antifaschismus

Viertens: Mittlerweile liegen materialreiche Studien vor, die zeigen, wie frühzeitig und auf welch beschämende Weise der Offizial-Antifaschismus der DDR nicht-kommunistische Opfergruppen ausgrenzte und die Widerstandstradition für staatliche Legitimationsinteressen mißbrauchte¹⁰. Die KZ-Gedenkstätten waren zentrale Inszenierungsorte dieses Offizial-Antifaschismus, so daß nach 1989 eine Neuorientierung der Gedenkstätten unabdingbar war. Wissenschaftliche Expertenkommissionen haben für die Gedenkstätten in Bran-

denburg und Thüringen konzeptionelle Empfehlungen erarbeitet, die die parteipolitische Instrumentalisierung durch die SED-Geschichtspolitik überwinden, aber zugleich dem rechten Geschichtsrevisionismus eine eindeutige Absage erteilen.¹¹ Abgesehen von einem kleinen Kreis historisch Interessierter aus Gedenkstätten und politischer Bildung hat die westdeutsche Linke diese Veränderungen in ihrer Differenziertheit kaum zur Kenntnis genommen, sondern vielfach dogmatischen Kräften Vorschub geleistet, die jegliche Veränderung der Gedenkstätten abgelehnt haben. Auch Peter/Sprafke verlieren über den problematischen Kern der DDR-Geschichtspolitik keine Silbe; ihre Äußerungen zu Buchenwald entbehren jeglicher Sachkenntnis.

Fünftens: Mit dem dichotomischen Täter-Opfer-Bild von Peter/Sprafke ist dem Problem der stalinistischen Überformung des Antifaschismus nicht gerecht zu werden. Im Namen des Antifaschismus wurde in der DDR eine repressive Machtstruktur etabliert, die auch von Widerstandskämpfern repräsentiert wurde. „Das waren keine Kumpel aus Buchenwald mehr, das waren Polizeibeamte“¹², heißt es in Jorge Sempruns großem Erinnerungsbuch „Was für ein schöner Sonntag!“ angesichts der Polizei- und MfS-Karrieren ehemaliger Buchenwalder. Währenddessen wurden andere Antifaschisten - wie z.B. Heinz Brandt - Opfer dieser neuen Machtstruktur. An deren „doppelten Widerstand“ wäre gerade heute zu erinnern. „Wer vom Stalinismus nicht reden will, sollte auch vom Sozialismus schweigen; und nur wer überzeugend gegen den Stalinismus eintritt, kann in der nötigen Breite gegen den Faschismus wirken“¹³.

Der Antifaschismus hat nur dann eine Perspektive, wenn er - über das Anti hinaus - auf eine radikale Politik universeller Menschenrechte verweist. Ein solcher Antifaschismus hätte sich zuerst im Schutz jener Flüchtlinge zu erweisen, die Opfer der Asylrechtsdemontage werden, jener materiellen Entsorgung der deutschen Geschichte.

„Ich glaube, daß man immer auf der Seite der Verfolgten sein muß, wer sie auch sein mögen. Man muß dem Verfolgten eine Wohnung geben, man muß ihn im Keller verstecken, man darf keine Angst davor haben, und man muß generell gegen diejenigen sein, die verfolgen“, sagt Marek Edelman, stellvertre-

tender Kommandant des Warschauer Ghettoaufstandes von 1943¹⁴.

- 1 B. Faulenbach: Eine neue Sicht der Geschichte? Zur Diskussion über deutsche Vergangenheiten. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1992, S. 809-817, hier S. 809.
- 2 F. Chalk/K. Jonassohn: The history and sociology of genocide. Analyses and case studies. New Haven/London 1990. G. Armanski: Maschinen des Terrors. Das Lager. KZ und GULAG in der Moderne. Münster 1993. Vgl. auch die vorzügliche Zeitschrift des Hamburger Instituts „Mittelweg 36“. Z. Bauman: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust. Hamburg 1992. Ders.: Das Urteil von Nürnberg hat keinen Bestand. Rassismus, Antirassismus und moralischer Fortschritt. In: Das Argument 200, S. 519-531.
- 3 Die Zahlenangaben entstammen dem Aufsatz von U. Herbert: Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. In: Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes. Perspektiven, Kontroversen und internationale Vergleiche. (Hg. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg), Berlin 1992, S. 21-27.
- 4 W. Sofsky: Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager, Frankfurt 1993., S. 153 bzw. S. 168.
- 5 L. Niethammer (Hg.): Der >gesäuberte< Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Berlin 1994, S. 45.
- 6 W. Sofsky: Analyse des Schreckens. Eugen Kogons „Der SS-Staat“ und die Perspektiven der KZ-Forschung. In: Polis 15, Schriftenreihe der HLZ, Wiesbaden 1995, S. 10; H. Weber: Im Dschungel der Wolfsgesellschaft. In: Die Zeit 4.11.1994; E. Kogon: Der SS-Staat. 23. Aufl. München 1991, S. 329ff.
- 7 Vgl. hierzu das in der IG Metall-Bildungsarbeit wichtige Buch: Willi Bleicher. Ein Leben für die Gewerkschaften, hg. von G. Benz u.a. Frankfurt 1983. In mehreren Beiträgen dieses Sammelbandes wird die Selbstbefreiungsthese übernommen.
- 8 vgl. die Dokumente in: M. Overesch: Buchenwald und die DDR oder die Suche nach Selbstlegitimation, Göttingen 1995; H. Langbein: ...nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Frankfurt 1980, S. 367-377; E. Kogon: a.a.O., S. 361f.
- 9 Niethammer: a.a.O. S. 51.
- 10 J. Danyel (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995; R. Giordano: Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987; U. Herbert/O. Groehler: Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992; Mythos Antifaschismus. Ein Traditionskabinett wird kommentiert, hg. vom Kulturamt Prenzlauer Berg und dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Berlin 1992.
- 11 vgl. Brandenburgische Gedenkstätten...a.a.O.; Zur Neuorientierung der Gedenkstätte Buchenwald. Die Empfehlungen der vom Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Thüringen berufenen Historikerkommission, Weimar-Buchenwald 1992.
- 12 J. Semprun: Was für ein schöner Sonntag! Frankfurt 1984, S. 199.
- 13 W. F. Haug: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, Hamburg 1987, S. 23.
- 14 A. Grupinski: Im inneren Kreis. Gespräche mit jüdischen Kämpfern, Frankfurt 1993, S. 28.

Karl Korsch Gesamtausgabe

Im Auftrag des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam
Institut für Politische Wissenschaft
an der Universität Hannover
unter Mitarbeit von
Götz Langkau und Jürgen Seifert
Herausgegeben von
Michael Buckmiller

Bd. 1: Recht, Geist und Kultur.
Schriften 1909-1918.
554 Seiten kart. 58,- DM

Bd. 2: Rätebewegung und Klassenkampf.
Schriften zur Praxis der Arbeiterbewegung
1919-1923.
701 Seiten Leinen. 94,- DM

Bd. 3: Marxismus und Philosophie.
Schriften zur Theorie der
Arbeiterbewegung
502 Seiten Leinen. 122,80 DM

Bd. 5: Krise des Marxismus.
Schriften 1928-1935.
Ca. 1000 Seiten Leinen. 159,80 DM

Demnächst erscheinen die
Bände 8 und 9: Briefe.
Hrsg. von Michael Buckmiller, Michel Prat
und Meike Werner.
Je Band ca. 800 Seiten

Bei Subskription der Gesamtausgabe 15%
Rabatt

Arbeiterbewegung und Betrieb

Beiträge zu einer anderen Geschichte
Hannovers. Für Christian Reichers.
Herausgegeben von Michael Buckmiller,
Reinhard Jacobs und Hannelore Renners.
Mit einem Vorwort von Jürgen Seifert.
kart. 24,80 DM.

Diskussionsbeiträge

Reihe des Instituts für Politische
Wissenschaft der Universität Hannover

Bd. 20: Peter Hilger:
Aufbruch in die Bedeutungslosigkeit?
Zur Marginalisierung der Oppositions-
gruppen in der DDR im Jahr der "Wende".
120 Seiten. 16,80 DM

Bd. 21: Kerstin Freudiger:
**Selbstbestimmung der Frau und
Verfassung.**
Die Auseinandersetzung um
die Reform des § 218 StGB
vor dem Bundesverfassungsgericht.
Mit einem Geleitwort von Joachim Perels.
158 Seiten. 16,80 DM

Offizin - Verlag

Bödekerstr. 75 - 30161 Hannover
Tel/Fax: 0511 - 62 47 30

Karl Korsch - Erneuerer der Marx'schen Theorie und früher Kritiker des Stalinismus

von Michael Buckmiller*

Wenn eine geschichtliche Gestalt zu Grabe getragen wird, suchen die Trauernden nach dem Bleibenden. Mit dem Untergang des Stalinismus ist auch der überwiegende Teil seiner Antipoden in der geschichtlichen Versenkung verschwunden.

Die Suche nach einem lebensfähigen poststalinistischen Marxismus war gleichzeitig auch die Suche nach entwicklungsfähigen prästalinistischen marxistischen Denkern.¹ Obgleich diese Suche keinen logischen, sondern nur psychologischen Grund der Wahrheitsfindung für sich in Anspruch nehmen könne, sei auf diese Weise immerhin der „interessante Autor“ Karl Korsch wiederentdeckt worden, der nicht die geringste „Chance hatte, die Stalinära als intellektueller Führer (...) zu überleben“.²

Im April 1926 wurde Korsch aus der KPD ausgeschlossen und zur Feindfigur stilisiert. Sinowjew gab Korsch auf dem 5. Weltkongreß 1924 mit einer gezielt antiintellektuellen Stimmungsrede gegen die „Professoren“ in der Komintern den Rat, „zunächst den Marxismus und den Leninismus zu studieren“³, obgleich alle wichtigen marxistischen Schulungstexte von Korsch bereits ins Russische übersetzt waren, „Marxismus und Philosophie“ sogar zweimal.⁴ Seine Befähigung zum Lehrer des Marxismus war bis dahin in der KPD unbestritten, mit Ausnahme vom „Oberlehrer“ Hermann Duncker.⁵ Hat er uns heute noch etwas zu sagen?

Karl Korsch, am 15. August 1886 in Tostedt geboren, studierte Rechtswissenschaften, war aktiv in der sozialliberalen Studentenbewegung vor 1914, schloß sich in England 1912 der Fabian Society an. Der 1. Weltkrieg war ein tiefer Einschnitt. „Du mußt bedenken“, schrieb er einem Freund 1916, „daß für mich dieser Krieg der Zusammenbruch alles dessen war, wofür ich leben wollte.“

Das Verhältnis des Menschen zum Menschen feiner, geistiger zu gestalten, dadurch das Leben reicher, voller, breiter, lebendiger zu machen und dieses lebendige Leben durch und durch zu vergeistigen, - das ungefähr war mein Traum, damals von mir für einen kontinuierlich ausführbaren, in seinen Anfängen bereits ausgeführten Plan gehalten und 'Sozialismus' genannt.“⁶

Marxismus und Syndikalismus

In der Novemberrevolution verfaßt Korsch als Assistent der Sozialisierungskommission die noch heute aktu-

Der Gemeinsinn für die sozialistische Produktion soll begleitend gefördert werden durch die langfristig wirkende Aufklärung und Erziehung zum Sozialismus.

elle Programmschrift „Was ist Sozialisierung?“ (1919). Korsch hält wenig vom geschichtlichen Schematismus der Marxisten der II. Internationale, wonach die ökonomische Entwicklung selbst mit eiserner Faust eine Lösung für die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ bereitstellen werde, wenn geschichtlich die Situation herangereift sei. Sozialismus als erste Stufe der Entwicklung zur Befreiung der Arbeit, als „industrielle Autonomie“, muß den Gegensatz von Produzenten und Konsumenten zum Ausgleich bringen, auch auf rechtlich-institutionelle Weise: in der Räte-demokratie.

Die Verknüpfung von politischer Revolution und sozialem Aktivismus soll nach Korsch in der räte-demokratischen Rechtsform die Gefahr des staatlichen Bürokratismus und der syndikalisti-

schen Eigenbrötlerei wechselseitig in Schach halten. Wirkliches sozialistisches Gemeineigentum entsteht dadurch, „daß in jeder Industrie (...) als Ausüßer der Herrschaft über den Produktionsprozeß an die Stelle des bisherigen Privateigentümers (...) die Vertreter aller arbeitenden Produktionsbeteiligten treten, während gleichzeitig die schon dem privatkapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln durch staatliche 'Sozialpolitik' aufgenötigten Einschränkungen des Eigentums zu einem effektiven Obereigentum der Gesamtheit weiter entwickelt werden.“⁷

Korsch's Sozialisierungsvorschlag will die befürchtete bürokratische Schematisierung und Erstarrung durch Stärkung der betrieblichen Eigeninitiative, durch Ausweitung der „Autonomie“ auf alle Betriebsangehörige, während die Produktionsregulierung über den Markt ersetzt werden soll durch eine demokratische Bedarfsplanung. Der Gemeinsinn für die sozialistische Produktion soll begleitend gefördert werden durch die langfristig wirkende Aufklärung und Erziehung zum Sozialismus.

Diese Synthese aus Elementen des Marxismus und Syndikalismus ließen sich im „revolutionären“ Deutschland von 1919 mit der SPD, der Korsch noch angehörte, nicht verwirklichen; sie zog im Bündnis mit Reichswehr und Freikorps die Wiederherstellung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie mit der Weimarer Reichsverfassung im August 1919 dem räte-demokratischen Modell Korsch'scher Provenienz vor. Obwohl „dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus äußerlich nichts mehr im Wege stand“, so glaubte Korsch, fehlte überall der „fortschreitende Glaube an die sofortige Realisierbarkeit des sozialistischen Wirtschaftssystems vereint mit einem klaren Wissen um die Natur der zunächst zu unternehmenden Schritte“.⁸ Neben diesen sozialpsychologischen Gründen machte Korsch v. a. die „schon fast unverständliche Rückständigkeit der sozialisti-

* Prof. Dr. Michael Buckmiller, Hannover

schen Theorie gegenüber allen Problemen der praktischen Verwirklichung“ des Sozialismus für die erneute Festigung der Bourgeoisie als politisch und ökonomisch herrschende Klasse verantwortlich.⁹

Korsch tritt zunächst in der USPD, dann KPD für die Durchsetzung der Einheitsfrontpolitik und eine Arbeiter- und Bauernregierung in Sachsen und Thüringen 1923 ein, wo er fünf Wochen als Justizminister mit den Sozialdemokraten an einem Kabinetttisch saß.¹⁰ Die SPD in Berlin torpedierte durch militärische Reichsexekution gegen die eigenen Genossen das Experiment. Der Graben zwischen SPD und KPD, durch wechselseitige Schuldzuweisungen, wird unüberbrückbar bis zur Katastrophe von 1933. Korsch setzt kurzfristig auf eine leninistische Radikalisierung der KPD, wird Chefredakteur des theoretischen Organs „Die Internationale“. Doch die Ernüchterung folgt auf den Fuß. Der unter dem Titel „Bolschewisierung“ erfolgte Zugriff der KPdSU auf die Komintern zwang die ihr untergeordneten Sektionen zur vollständigen Preisgabe jeglicher Autonomie.¹¹ Korsch's innerparteiliche Opposition mit seiner Zeitschrift „Kommunistische Politik“ gegen die Stalinsche Machtpolitik gerät ebenfalls in den Mahlstrom der Fraktionstümelei und ist Ende 1927 fast vollständig aufgegeben.¹²

Kritik der russischen Revolution

Anders als Lukács unterwirft sich Korsch auch nicht taktisch den Disziplinierungsmaßnahmen der Partei. Statt dessen wendet er den Marxismus auf die historische Entwicklung der „proletarischen Revolution“ seit der Weltkriegskrise in Theorie und Praxis an, unternimmt quasi die öffentliche Funktion der theoretischen Selbstkritik der revolutionären Bewegung. Dies zeigt sich zum einen in

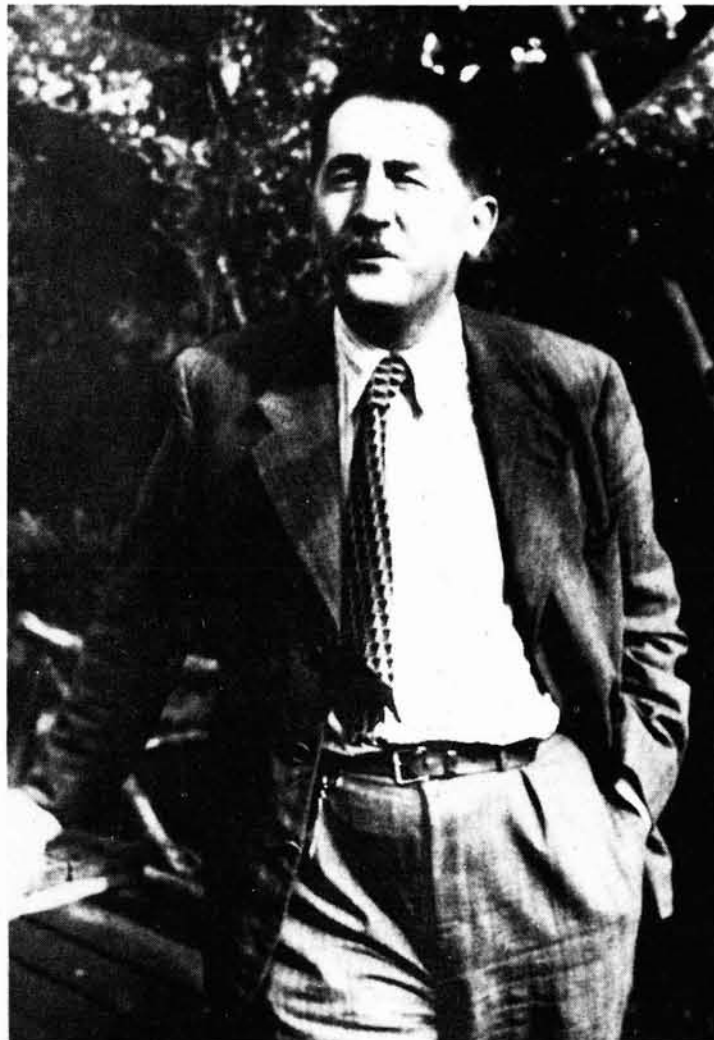
seiner veränderten Haltung zur „Russischen Revolution“ und zum anderen in allgemeiner Hinsicht in seiner Weiterentwicklung der Funktionsbestimmung der Marxschen Theorie.

In zahlreichen Aufsätzen bestimmt Korsch die empirischen und historisch ideologischen Gründe für den Funktionswandel des Marxismus in Rußland, die bis zu Marxens Zeiten zurückreichen. Er zeigt die Metamorphosen auf von Marx' Zugeständnissen an die Narodniki, der Narodniki an die Marxsche Theorie, sowie dem Stalinschen „Nationalsozialismus“ und auch dem Trotzki'schen Sozialismus der „permanenten Revolution“ und vor allem Lenins Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NEP): Trotz aller politisch-ideologischen Gegensätze stimmen sie überein in der Übernahme der revidierten Theorie der Narodniki von der „Unmöglich-

keit einer normalen und organischen Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“. Dies führte in der sozialistisch idealisierten Tendenz dazu, daß schon Lenin entgegen seiner früheren Position voll bewußt nach Einführung der NEP vom grundsätzlich sozialistischen Charakter des Sowjetstaates sprach und damit „gegen die Wirklichkeit“ und für den „marxistischen Mythos“ optiert hat, d.h. für die endgültige Ideologisierung des russischen Marxismus zur förmlichen Staatsreligion. Die Entwicklung des „westlichen Marxismus“ blieb davon freilich nicht unberührt. Denn grundsätzlich bedeutete dies ja auch, daß von Marx bis Lenin alle wichtigen marxistischen Theoretiker und Praktiker entgegen ihrer Einsichten im Falle des Nichteintreffens der erwarteten Revolution entweder von der proletarischen Revolution selbst abließen, oder

eben zur Aktivierung der Massen sich gegen die „Wirklichkeit“ und für den „Mythos“ entschieden. Aber der positive, aktionsstiftende Mythos der russischen Revolution war schon durch Lenin, aber besonders durch den Stalinismus und die damit eingetretenen Tatsachen von selbst zerfallen.

Was also bleibt? Korsch verteidigt die russische Revolution als „die erste siegreiche proletarische Revolution der Weltgeschichte“, die nicht wie die 'Pariser Kommune' durch einfache Rückkehr der alten Machthaber beseitigt werden konnte. „Das weltgeschichtliche Ereignis der russischen Revolution von 1917, die konsequente Durchführung der von der Bourgeoisie preisgegebenen Ziele einer bürgerlichen Revolution durch die selbständige, selbstbewußte Aktion des Proletariats und der gewaltige Anlauf des Proletariats über die Grenzen der bürgerlichen Revolution hinaus, auch wenn dieser Anlauf in den übermächtigen objektiven Schwierigkeiten seiner konsequenten Durchführung vorläufig steckenblieb



Korsch 1936

und zum Teil sogar schon zurückgestoßen wurde, das Ereignis ist groß genug, um auch bei kritischer und nüchterner Beurteilung der Wirklichkeit, wie sie war, ist und wird, das Selbstbewußtsein und die Tatbereitschaft des internationalen Proletariats in seinen gegenwärtigen und zukünftigen Aktionen anzufeuern, genau so stark und hartnäckiger als irgendeine revolutionäre Legende es vermögen könnte - was im Augenblick das wichtigste ist - unter Ausschaltung der nach jeder Illusion unvermeidlich folgenden Desillusion und Entmutigung.“ Es geht ihm darum, die Halbwahrheiten und vollen Lügen über die russische Revolution den Feinden und falschen Freunden des Proletariats zu entreißen und daraus eine „Waffe zu schmieden für heutige und zukünftige proletarische Aktionen.“¹³

Korsch stellt mit diesem Argument einen direkten Zusammenhang her zwischen der ins Stocken geratenen proletarischen Weltrevolution und dem in der französischen Revolution begonnenen Projekt der Menschheitsemanzipation; denn es stützt sich direkt auf Kants Position in Bezug auf den Versuch von 1789, der schrieb: „Die Revolution eines geistreichen Volks, die wir in unseren Tagen haben vor sich gehen sehen, mag gelingen oder scheitern; sie mag mit Elend und Greuelthaten dermaßen angefüllt sein, daß ein wohl denkender Mensch sie, wenn er sie, zum zweitensmale unternehmend, glücklich auszuführen hoffen könnte, doch das Experiment auf solche Kosten zu machen nie beschließen würde - diese Revolution (...) findet doch in den Gemütern aller Zuschauer (...) eine Teilnehmung dem Wunsche nach, die nahe an Enthusiasmus grenzt (...) ein solches Phänomen in der Menschengeschichte vergißt sich nicht mehr. (...) Denn jene Begebenheit ist zu groß, zu sehr mit dem Interesse der Menschheit verwebt (...), als daß sie nicht den Völkern, bei irgendeiner Veranlassung günstiger Umstände, in Erinnerung gebracht und zu Wiederholung neuer Versuche dieser Art erweckt werden sollte.“¹⁴

Korsch geht es um die moralische und bewußtseinsmäßige Verankerung der durch Erfahrung gesättigten Möglichkeit einer zukünftigen proletarischen, d.h. menscheitsbefreienden Aktion und ihrer geschichtlichen Perspektive. Denn für ihn steht außer Zweifel, daß in den Phasen der Stagnation der genuin proletarischen Bewegung ohne-

hin Mythen und Ideologien vorherrschen.

Wirksamkeit der Konterrevolution

Die gegen den Faschismus/Nationalsozialismus ebenso wie gegen den Stalinismus kämpfende Arbeiterbewegung muß als Konsequenz dieser schrecklichen Erfahrung sich loslösen von der Vorstellung, mit der zentralistischen Partei für die sozialen Zwecke den Staat erobern zu müssen. Dies sei längst von Mussolini, Hitler und Stalin erreicht. Die Arbeiterbewegung muß wieder anknüpfen an den „größeren Formenreichtum“ der Periode der I. Internationale. „Hier gab es eine so große Mannigfaltigkeit von Organisationen, Gruppen, Strömungen, Zeitungen, Theorien, Institu-

Der positive, aktionsstiftende Mythos der russischen Revolution war schon durch Lenin, aber besonders durch den Stalinismus zerfallen.

tionen, Bündnissen, Kampfformen usw., daß es niemandem einfallen konnte, seine eigene Aktion und sein eigenes Bewußtsein mit der Aktion und dem Bewußtsein 'der' Arbeiter'klasse' zu verwechseln oder auch nur in 'seiner Partei' das Ganze des Klassenbewußtseins und Klassenkampfes zu 'integrieren'.“¹⁵ Eine erste praktische Tendenz dieser Richtung sieht Korsch im revolutionären Prozeß der spanischen Bewegung seit Beginn der 30er Jahre und in der heroischen Phase des Bürgerkriegs.

Auch in der Isolation der amerikanischen Emigration ab 1937 bis zu seinem Tod 1961 arbeitet er an einem immer tiefer gehenden Verständnis der geschichtlichen Entwicklung der Theorie und Praxis der sozialen Revolution. Wenn es zutrifft, so fragt er 1938, daß zwar „der erste proletarische Sieg“ in Rußland nicht einfach durch die alten Mächte von gestern beseitigt werden konnte, aber gleichzeitig der „neue Arbeiterstaat seinen eindeutig revolutionären Charakter schon lange verloren hat“ und durch die Folgerichtigkeit und umfassende antidemokratische Natur und totalitäre Entwicklung sogar die „faschistischen Züge der offen konterrevolu-

tionären Staaten Europas und Asiens oft vorweggenommen hat“, dann stellt sich ja die grundsätzliche Frage, wie sich das Verhältnis von „Staat und Revolution“ und „Staat und Konterrevolution“ durch diese Revolution verändert hat.¹⁶ Korsch stellt mit Verblüffung fest, daß offenbar von Marx, über Proudhon bis hin zu den neueren marxistischen Schulen eine große „Unkenntnis der besonderen Natur konterrevolutionären Geschehens“ vorliege. Wie läßt sich die für viele Marxisten quälende Frage klären, daß der erste Arbeiterstaat nicht nur alle proletarischen und sozialistischen, sondern sogar alle elementaren demokratischen Tendenzen unterdrückt und ohne „Thermidor“ oder „Brumaire“ sich langsam zum Instrument der europäischen Konterrevolution entwickelt hat.

Die Verwandtschaft zwischen Stalinismus und Faschismus liegt für Korsch nicht so sehr in der Zweideutigkeit der Marxschen Revolutionstheorie und ihrer jakobinischen Muttermale, auch nicht in der politischen Form der zentralistischen Partei begründet als vielmehr in der bislang noch nicht aufgetretenen verborgenen Funktion der Konterrevolution, die in beiden Fällen, aber auch schon in der bürgerlichen Demokratie, als Vorstufe zum Faschismus wirksam wurde. Diese Funktion besteht darin, daß aufgrund der objektiven ökonomischen Entwicklung die Existenzsicherung des Kapitalismus sich nicht mehr einfach durch klassische restaurative Methoden der Konterrevolution gewährleisten lasse, sondern nur noch durch die Niederlagen und Ausschaltung der proletarisch revolutionären Kräfte schlechthin. Dazu aber ist es notwendig, daß die Form der Konterrevolution selbst ins Gewand der Revolution schlüpft. „Das wirklich Bemerkenswerte, das es nie vorher in der Geschichte gab, besteht darin, daß gerade jene neuen, für antibürgerlich gehaltenen Züge des russischen Staates, die als Mittel der Verteidigung des proletarischen Gehalts der russischen Gesellschaft gedacht waren - zusammen mit den 'neuen' gegenrevolutionären, nach dem Modell der russischen Diktatur gestalteten Staaten - als Instrument nicht nur der Umkehrung des Sozialismus in Rußland, sondern auch einer neuen, bewußt gegenrevolutionären Umformung des gesamten traditionellen Rahmens der europäischen kapitalistischen Gesellschaft gedient haben.“¹⁷

Kritik an Kautsky und Lenin

Damit war aber auch der Marxismus selbst nicht mehr nur als Theorie der sozialen Revolution wirksam, sondern zugleich Moment der gegenrevolutionären Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratien im Weltmaßstab. Es ist kaum verwunderlich, daß Korsch nach dem II. Weltkrieg und insbesondere im Zuge der chinesischen Revolution 1948/49 dieses Verhältnis einer neuen Reflexion unterzogen hat nach dem neuen geschichtlichen Funktionswandel Ausschau hielt, welche Aufgaben dem stalinistischen Staat im kalten Krieg als Bastion im antiimperialistischen und antikolonialen Kampf eventuell zugefallen waren: Die totalitäre Sowjetunion als Modell der antiimperialistischen Entwicklungsdiktatur der staatskapitalistisch betriebenen ursprünglichen Akkumulation in den Ländern der Dritten Welt.¹⁸ In seinen letzten Arbeiten hat er immer wieder die Marxschen Schemata analysiert und überprüft nach einer möglichen Tragfähigkeit zur Bestimmung der „Abschaffung“ des Kapitalismus und des „Übergangs in den Sozialismus“. So scheint es für den ersten Blick überraschend, daß der frühe antistalinistische „westliche“ Marxist Korsch in seiner eigenen Theoriekonzeption offenbar weit enger mit dem Schicksal der russischen Revolution, dem Leninismus und Stalinismus „verbunden“ war, als das seiner sonstigen marxistischen Theorieproduktion zu entnehmen wäre.

Korsch's Rezeption und Verarbeitung der Marxschen Theorie stand seit Anfang der 20er Jahre unter dem Vorzeichen des Aktivismus und der Aktualität der proletarischen Revolution. Wissenschafts- und erkenntnistheoretisch lagen seine Voraussetzungen eher beim Positivismus als beim deutschen Idealismus, obgleich auch bei ihm deutlich Spuren einer tiefen Kantrezeption zu erkennen sind. In seiner ersten großen marxistischen Untersuchung über das Verhältnis von „Marxismus und Philosophie“ im Jahre 1923 wendet er als erster Marxist die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung auch auf die Geschichte der Marxschen Theorie selbst an, um herauszufinden, aus welchen objektiven und subjektiven Gründen die Marxsche Theorie der sozialen Revolution zu einer zu nichts mehr verpflichtenden Ideologie herabgesunken

sei. Dieses Theorieverständnis zeigt trotz aller späteren politischen Gegensätze eine deutliche Nähe zur Originalität des marxistischen Denkers Eduard Bernstein gegenüber dem orthodoxen „banalen Flachkopf Karl Kautsky“¹⁹, dessen voluminöses „Hauptwerk“ über die materialistische Geschichtsauffassung Korsch 1929 in einem eigenen Buch kritisiert und den tief verwurzelten naturwissenschaftlich geprägten Evolutionismus in Kautskys „Marxismus“ nachweist. Hier sieht er auch die nachwirkende Resonanz bei dessen Schüler Lenin, der ebenfalls, aufgrund der vorbürgerlichen ökonomischen und sozialen Verhältnisse in Rußland die materialistische Dialektik in eine bürgerlich, naturwissenschaftlich gefärbte materialistische Weltanschauung umwandelte und den Dualismus von Sein und Bewußtsein umkehrt durch die Ersetzung des Hegelschen Geistes durch die Materie. Seine theoretische Kritik des Leninismus und der Dialektik weitet Korsch auch auf Marx' Dialektikbegriff aus, wie er in der Einleitung zu einer neuen, von ihm selbst besorgten Ausgabe des Marxschen „Kapital“ 1932 ausführt. Sein Buch über Karl Marx, das er im Svendborger Exil bei Brecht schrieb, ist der gelungene Versuch einer Darstellung der positiven und kritischen Elemente der Marxschen Theorie.²⁰ Es eignet sich noch heute für einen produktiven Einstieg in die Marxsche Theorie.

Sein Schüler Heinz Langerhans fragte ihn beim Wiedersehen in Amerika in einem Gedicht mit dem Titel „Der Lehrer“: „Warum wendest du deinen Blick so weit nach rückwärts?“ fragte ich den Lehrer, als ich bemerkte, daß er in alten Büchern blätterte. Die uralte Herrschaft sei noch älter, als wir bisher angenommen hatten, sagte er. 'Es ist also schwerer, sie abzuschütteln, nicht leichter.'²¹

Bekanntlich können alte Bücher und Archive auch Dämme gegen den Tod des Gedächtnisses sein, und der Hinweis auf und die Beschäftigung mit „vergessenen“ Theoretikern des Marxismus und der Arbeiterbewegung wie Karl Korsch kann vorschnell Abgelegtes und Verdrängtes in der heutigen Zeit zu neuem Leben und zu neuer Wahrheit erwecken. „Wie die heutigen Protestbewegungen hat Korsch die Frage nach neuen Organisations- und Aktionsformen gestellt. Für ihn blieb allerdings die soziale Revolution unabdingbares Ziel, Notwendigkeit und Chance. Auch wenn

er bisher nicht Theoretiker neuer Bewegungen ist und wenn die neuen Protestbewegungen sich nicht als 'zweite Partei' im Sinne von Korsch verstehen, so ist doch denkbar, daß seine Fragen und Analysen allgemeiner Ausdruck tatsächlicher Kämpfe werden.“²²

- 1 Eric Hobsbawm: Revolution und Revolte. Frankfurt/M. 1977. S. 215; der Aufsatz des englischen Kommunisten über Korsch stammt aus dem Jahr 1968.
- 2 Ebd.; daß es gleichwohl einen geschichtlich-„logischen“ Grund für diese „Wiederentdeckung“ gab, schildert überzeugend Rudi Dutschke: Warum ich Marxist bin - doch Marx sagte: „Ich bin kein Marxist“. In: Fritz J. Raddatz (Hrsg.), Warum ich Marxist bin. München 1978. S. 112ff.
- 3 Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Bd.1. Hamburg 1924. S. 54.
- 4 Siehe dazu die Einleitung von G. Bammel zur zweiten russischen Ausgabe, in: M. Buckmiller (Hrsg.), Zur Aktualität von Karl Korsch. Frankfurt 1981. S. 68-88.
- 5 Vgl. die Kontroverse zwischen Korsch und Duncker in KoGa Bd. 3.
- 6 Korsch an Walter Fränzel am 27.09.1916. KoGA Bd. 9 (erscheint 1996).
- 7 K. Korsch: Was ist Sozialisierung? In: KoGA Bd. 2. S. 118.
- 8 Grundsätzliches über Sozialisierung, KoGA Bd. 2. S. 218.
- 9 Ebd., S. 219.
- 10 Vgl. dazu Erhard Wörfel: Die Arbeiterregierung in Thüringen im Jahre 1923. Erfurt 1974.
- 11 S. Bahne: Einige Bemerkungen zur Geschichte der KPD, besonders in den Jahren 1928-1929. In: Centenaire Jules Humbert-Droz. Colloque sur l'Internationale communiste. La Chaux-de-Fonds 15-28 septembre 1991. La Chaux-de-Fonds 1992.
- 12 Vgl. K. Korsch: Die marxistische Linke in Deutschland und die Aufgaben der marxistischen Revolutionäre in der Internationale (1928). In: M. Buckmiller (Hrsg.): Zur Aktualität, a.a.O. S. 107ff.
- 13 K. Korsch: Fünfzehn Jahre Oktoberrevolution. Legende und Wirklichkeit des Sozialismus in Sowjetrußland. (1932). In: KoGA, Bd. 5.
- 14 Kant: Werke. Hrsg. von W. Weischedel. Bd. XI. Frankfurt/M 1964. S. 358ff.
- 15 K. Korsch: Politische Losungen Anfang November 1933. In: Buckmiller (Hrsg.): Aktualität, a.a.O. S. 133.
- 16 K. Korsch: Staat und Konterrevolution. In: ders.: Politische Texte. Hrsg. von J. Seifert. Köln 1974. S. 329 (KoGA Bd. 7).
- 17 Ebd., S. 336
- 18 Die zahlreichen Fragmente, Notizen, Entwürfe und Exzerpte vor allem zu Marx und Lenin werden im Band 7 der Gesamtausgabe erscheinen; wichtige Hinweise finden sich freilich auch schon in der Korrespondenz, v. a. mit Roman Rosdolsky und Ruth Fischer in Bd. 9 der KoGA.
- 19 Karl Korsch an Adrien Turel vom 4.10.1929. In: KoGA Bd. 8.
- 20 Karl Korsch: Karl Marx, London/New York 1938, auf deutsch hrsg. von Götz Langkau, Frankfurt a.M./Wien 1967
- 21 Heinz Langerhans: Der Lehrer. (Gedicht) In: Buckmiller: Aktualität, a.a.O. S. 154. - Korsch hatte 1934 durch Herausgabe einer fingierten dänischen Zeitschrift wesentlich zur Rettung von Langerhans vor der Todesstrafe beigetragen. Siehe dazu M. Buckmiller/J. Kammler: Revolution und Konterrevolution. Eine Diskussion mit Heinz Langerhans. In: C. Pozzoli (Hrsg.): Jahrbuch Arbeiterbewegung. Bd. 1. Über Karl Korsch. Frankfurt/M. 1973. S. 267ff.
- 22 Jürgen Seifert: Konterrevolution, Staat und Arbeiterbewegung. In: Buckmiller: Aktualität, a.a.O. S. 125f.

SPW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

T A U S C H H A N D E L

spw gibt gute Bücher für neue **spw**-Abonnements!
(Bitte die Buchstaben auf der **spw**-Abokarte angeben!)

Zwei Bücher für ein **spw**-Abo:

Elmar Altvater

Der Preis des Wohlstands

Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung
Ladenpreis: DM 29,80



A



B

Brigitte Hasenjürgen/Sabine Preuß

Frauenarbeit - Frauenpolitik

Eine provokante Analyse der internationalen Diskussion
Ladenpreis: DM 29,80

Alain Lipietz

Berlin, Bagdad, Rio

Neue Sichtweisen für Umbrüche in der Entwicklung
von Ökonomie, Politik und Ökologie
Ladenpreis: DM 25,-



C



D

Hermannus Pfeiffer

Grün Anlagen

Geld anlegen mit ökologischer und sozialer Verantwortung
Ladenpreis: DM 19,80

MEMORANDUM 95

Stärkung des Sozialstaates –
Wirtschaftspolitik für Arbeit und ökologischen Umbau
Ladenpreis: DM 29,80



E



F

Michael Brie/Martin Herzig/Thomas Koch (Hg.)

Die PDS

Empirische Befunde und kontroverse Analysen
Ladenpreis: DM 24,80

Sigrid Jacobeit/Wolfgang Jacobeit

Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945.
Geschichte aus der Sicht „von unten“ anhand der Problematik der Arbeit
(ca. 600 S.) Ladenpreis: DM 98,-



**Ein
dickes
Buch
für
zwei
spw**-Abos

X